

Sezession

Autorenporträt
Jordan Peterson

Ellen Kositza
Gülle im Kopf

Benedikt Kaiser
Die linke Kluft

Eberhard Staub
Salvinis Lombardei

Ein offener Brief
von Uwe Tellkamp

87

Dezember 2018
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert (Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister am Amtsgericht Stendal, Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und Erik Lehnert

16. Jahrgang, Heft 87, Dezember 2018

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

 Manuskripte sind übrigens stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9 000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 99
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

Bild und Text

Grundlagen

Bildteil

Bücher

Angaben zu den Autoren finden Sie in diesem Heft auf Seite 25.

Das Titelbild zeigt das Gemälde des Malers Oskar Zwintscher »Bildnis einer Dame mit Zigarette« (1904).

Ausschlachten oder eintauchen?

von Götz Kubitschek

Auch wir lesen vernutzend, leider. Ich sprach darüber mit Ellen Kositza, als wir für unseren Messeauftritt in Frankfurt geeignete Plakatsprüche zusammentrugen. »Journalisten lesen nicht, sie suchen Stellen« war einer, für den wir uns entschieden, denn er bringt das Herumstöbern in einem Buch auf der Suche nach skandalösen Sätzen abschätzig genug auf den Punkt. Auf diese Weise ausschlachtend zu lesen ist kein Lesen, sondern ein Auswerten, ein unmusischer Vorgang.

Auch Kositza und ich werten aus, Kaiser und Lehnert ebenso. Wir durchforsten Bücher, weil wir über sie Artikel schreiben wollen, die unsere Sache voranbringen. Wir blättern, weil wir entscheiden müssen, ob wir unseren Lesern (und das sind auch: unsere Kunden) etwas zur Lektüre empfehlen oder von ihr abraten sollten. Wir suchen nach Stellen, in denen ungerecht oder dumm oder justiziabel über uns geurteilt wird, und die Bücher dieser Kategorie sind die einzigen, die das eintauchende Lesen auch gar nicht verdient haben.

Wir sind zwischen die Mühlsteine aus erweitertem Verlegertum und einer manchmal ratlosen Partei geraten – woher sollen Verhaltenslehren für eine aus den Fugen rutschende Zeit kommen, woher Verteidigungsstrategien gegen Denunziationen und dreiste Behauptungen? Glaube, Gebet und Kirchgang könnten eine Säule sein, aber nein, Sonntag für Sonntag, zumal in fremden Städten, bange Minuten: welche Lieder, welche Kombo, welcher Tölpel am Altar, welches dümmliche Predigtthema? Statt beschenkt zu werden: Panik davor, daß wieder ein Unberufener den Alltag über die Kirchenschwelle zerrt und vor unseren Augen so etwas wie eine ökumenische Ethik gegen rechts daraus ableitet.

Das eintauchende Lesen: Wann war es mir im ablaufenden Jahr vergönnt? Abgesehen von einigen Antaios-Titeln vier Mal: Im Frühjahr las mir Kositza während einer langen Autofahrt Martin Mosebachs *Die 21* vor. Ich sehe in diesem Buch eine »Stiftung«. Ich studierte Iwan Iljins *Über den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse* und erhielt dazu Unterweisungen von einem Abt, der nie nimmt, sondern stets schenkt. Und zu Amor Towles' *Ein Gentleman in Moskau* griffen auf meine Empfehlung hin viele unserer Leser. Mir und anderen bescherte der Roman im durchglühten Sommer großartige Lesestunden.

Am vierten Buch sitze ich, sitzen wir noch. Mein Sohn und ich lesen es uns vor, wenn wir abends Zeit haben oder einer von uns beiden eine monotone Tätigkeit verrichten muß. *Die Wiederkehr der Wölfe* von Hans Bergel ist ein Wälzer, der zweite Teil einer Trilogie und jedenfalls ein »welterschließender Roman« (ein Ausdruck von Armin Mohler). Während ich meinem vierzehnjährigen Sohn vorlese (oder er mir), findet diese Erschließung, diese Aufschlüsselung der Welt tatsächlich statt. Ein siebenbürgischer Schüler steht im Zentrum der Handlung, Rosenau und Kronstadt am Rande der Karpaten liegen wie unter einem Brennglas. Von einer Fahrradtour am Vorabend des Kriegs bis zur Verschleppung der Volksdeutschen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion spannt Bergel den autobiographischen Erzählbogen. Wir müssen die Lektüre oft unterbrechen, um im Atlas nach Ploiesti oder Turnu Severin zu suchen oder anhand einer Kriegsgeschichte des Zweiten Weltkriegs die Truppenbewegungen im Südosten nachzuvollziehen.

Wir alle können aber aus dürren Zahlen und Jahresdaten nichts Wesentliches lernen, sondern nur aus Geschichten, Szenen, verknüpfenden Ereignissen und den Schicksalen ganzer Dörfer. *Die Wiederkehr der Wölfe* beschreibt – neben vielen ineinander verwobenen Strängen – die Rekrutierung rumäniendeutscher junger Männer für die Gebirgsdivision »Prinz Eugen« und die vielen Gespräche der Abiturienten mit ihren Vätern und Lehrern. Nichts ist einhellig, vieles ist nachvollziehbar, sogar der Wahn. Daß einer seiner Urgroßväter in Montenegro als Gebirgspionier unter General Arthur Phleps gegen die Partisanen kämpfen mußte und 1948 aus der Kriegsgefangenschaft abgemagert nach Oberschwaben zurückkehrte, beginnt erst über den Umweg durch die Lektüre des Romans auf meinem Sohn zu lasten als etwas, das ihn hoffentlich im richtigen Moment vom Falschen abhält, sei es von einer fatalen Entscheidung, einem leichtfertigen Urteil oder auch nur von einem dummen Witz.

Ich empfehle den völlig unterschätzten Bergel als Winterlektüre, als Lektürebad. ■

Ich hab total oft Gülle im Kopf

von Ellen Kositza

X: »… ja, das ist alles schön und gut, was Eure Bundeszentrale macht. Euer *Fluter* ist in Ordnung – für höhere Schüler. Jugendsprache, aber nicht anbiedernd, Coolnessfaktor: wunderbar. Und ja, Schule läuft wunderbar, dissidente Lehrer gibt es so gut wie nicht, *Schule ohne Rassismus* läuft prima, und diese Amadeu-Antonio-Stiftung gibt ja auch schön Butter bei die Fische …«

Y (genervt): » Deren Personal ist natürlich auch … begrenzt. «

X: »Genau. Die bestärken die, die wir eh schon in der Tasche haben. Wir brauchen Identifikationspotential für die einfachen Leute, die es nicht kapieren wollen. Für Leute, die »diffus dagegen« sind – irgendwas, das die Pubertären kanalisiert. Eine Richtung, wo deren Energie abfließen kann!«

Y: »Machen wir doch. Haben wir doch. Die Ärzte. Herbert Grönemeyer. Campino. Das sind unsere Influencer, die bringen unsere Messages.«

X (seufzend): »Bitte mal das Durchschnittsalter dieser Fachleute? 57, oder? Das ist kein Material für die Kids auf der Kippe. Die Rechten höhnen schon ›Bundespunker‹, stimmt ja auch. Was damals richtig gut geklappt hat …«

Y: »Ich weiß, was Sie meinen. Die Ultras. Das war ein Coup, den feier ich heute noch. Das hätten wir uns nie erträumen können: eine antifaschistische Fußballszene! Die Frage ist, wie schaffen wir das mit der Popkultur?«

X: »Wir bräuchten jemanden … von dort.«

Y: »Wilder Osten!«

X: »Exakt. Einen Typ mit Ecken, Kanten und Brüchen. Bloß kein Intellektueller, gern unterbelichtet.«

Y: »Ich präzisiere: Um unsere Botschaft unters, ähm, Volk zu bringen, bräuchten wir jemanden, der habituell wie ein tumber Ossi rüberkommt, aber eben auf unserer Seite steht, ja? Schön ausgedacht. Aber woher nehmen, wenn nicht stehlen?«

X: »Den Typen haben wir!« (Packt obiges Photo aus.)

Y: »Ein Rechtsrocker! Dick und doof!«

X: »Brav! Und jetzt mal genau hinschauen, was lesen wir auf dem T-Shirt dieses Herrn? Und was sagt uns diese Tätowierung?«

Y (glucksend): »Das ist unser Mann!«

Unser Mann heißt Jan Gorkow, ist 27 Jahre alt und lebt im ländlichen Vorpommern. Seine Freunde nennen ihn Monchi, in Anlehnung an das pummelige Affenbärtier. Er kommt aus gutem Haus (Mutter Zahnärztin; Gorkow: »Meine Muddäh is Zahnäztin, ich weiß, wie es ist, auf die Fresse zu kriegen!«, Vater Bauunternehmer) und dürfte seinen Eltern zunächst Sorgen bereitet haben. Schulabbruch, Haftstrafe, starkes Übergewicht, misogyne Ansichten. Dann gründete er mit Kumpels diese Band, FSF. Mittlerweile buchstabiert man dieses Kürzel als »Feine Sahne Fischfilet« aus, das gängige FSF hingegen entspricht variiert dem, was bei den Toten-Hosen-Fans von anno dazumal als FBB auf dem T-Shirt getragen wurde: Ficken, bumsen, blasen, Kehrreim eines Liedleins von 1983. Unter den Söhnen der Hosen-Generation ist fressen, saufen, ficken angesagt. Gorkow zu seiner Basismotivation: »Wir wollten einfach nur saufen, ficken, bißchen Musik machen.«

Zwischen 2011 und 2014 stand die Rockkapelle im Verfassungsschutzbericht des Bundeslandes, ihr wurde eine »explizit antistaatliche Haltung« nachgewiesen. Das bezog sich zum einen auf die Texte: »Die Bullenhelme, sie sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein!« oder, besonders gekonnt gereimt: »Ich habe mir nichts vorzuwerfen/Bin bei weitem nicht frei von Sünde/aber trete vor zum Werfen«, zum anderen darauf, daß auf der Netzseite der Gruppe eine Bauanleitung für Molotow-Cocktails zu finden war.

Gorkow nennt das »Satire«, gibt aber zu: »Ich hab total oft Gülle im Kopf.« Der bekannte Schauspieler Charly Hübner, der auch »von dort« stammt, hatte jüngst einen Kinofilm mit dem romantischen Titel *Wildes Herz* über Gorkow und seine Mannen gedreht. Für Hübner »sind deren Stücke einfach nur Punksongs. ›Die Ostsee soll frei von Bullen sein‹ – solche Texte sind Punktradition. Wie kann jemand denken, dass diese Musiker ernsthaft was gegen den Staat haben? (…) Das sind Punks, die in alkoholseligen Songs ihre Gefühle besingen, weil sie regelmäßig am Wochenende auf irgendwelchen Demos in Hader mit der Polizei geraten sind. Dass solche Leute zu Systemfeinden erklärt und irgendwelche Sprüche umgewandelt werden in ideologische Theoreme, das hat mich irritiert.«



In der Tat dürfte Gorkow wenig mit »ideologischen Theoremen« zu tun haben. Ein Interview, das Klaas Heuer-Umlauf mit dem Sänger führte, kann man gemäß Gorkows Aussagen so zusammenfassen: »Kein Bock … geile Leute … Scheiße … keine Ahnung … hammergeil … AfD-Wichser … geiler Scheiß … Diggäh.« Und: »Wer in seinem Leben noch keine Mülltonne geworfen hat, weiß nicht, was Freiheit ist.« In anderen Belangen gibt sich Gorkow lernfähig: »Ich hab Jahre lang vertreten, dass Frauen beim Fussball nichts zu suchen haben. Und dann kamen Leute zu mir, die sich ernsthaft mit mir auseinandergesetzt haben (…). Das hat mir viel gebracht, dass zwei, drei Leute, die in organisierten Antifa-Gruppen waren, sich wirklich mit mir richtig viel Mühe gegeben haben. Das heisst nicht, dass ich nicht heute auch noch mega viel Scheisse im Kopf hab.«

Auf dem Photo fallen auf: Zum einen die Mikrophonhaltung. Auf anderen Bildern hält Gorkow frei in den Mund laufende Bierflaschen in gleichem Winkel. Es ist eine Siegerpose, auch am V- wie Victory-Winkel erkennbar. (Mireille Matthieu, Roland Kaiser und andere Sangeskollegen pflegen bekanntlich eine abweichende Mikro- bzw. Trinkgefäßhaltung.) Die Tätowierung auf dem Unterarm, »161«, verweist weder auf sexuelle noch lukullische Gelüste, sondern steht für »AfA«, Antifaschistische Aktion; Antifaschist, sagt Gorkow, sei die einzige Schublade, die er sich gefallen lasse.

Er hat es weit gebracht damit. Beizeiten hatte Heiko Maas per Twitter für Konzerte der linksradikalen Combo geworben, jüngst hatte bekanntlich auch Bundespräsident Steinmeier das »bunte, antirassistische Konzert« in Chemnitz gelobt, auf dem FSF federführend wirkten. Auf Gorkows T-Shirt lesen wir: »Partisanen gegen Deutschland«. Innerhalb eines phantastischen Wappens sehen wir ein vermummtes Gesicht, links und rechts davon zwei Sturmgewehre.

Y: »Partisanen … also eine irreguläre Truppe irgendwie, ja?«

X: »Carl Schmitt. Kennen Sie? *Theorie des Partisanen*? Irregularität ist nur eines seiner Kennzeichen. Hinzu träte gesteigerte Mobilität, also taktische Bewegungsfreiheit – können wir gewährleisten. Und Intensität, also Haltung und Kampfmoral – sehr easy in diesem Fall.«

Y: »Ja, ich habe Schmitt gelesen. Er sagt dem Partisanen allerdings auch einen tellurischen, erdverbundenen Charakter nach. Wie könnte also ein Deutscher ›gegen Deutschland‹ sein?«

X: »Na, lesen Sie Ihren Schmitt zu Ende. Letztlich fungiert der Partisan als Entorteter. Er wird zum auswechselbaren Werkzeug einer mächtigen, Weltpolitik treibenden Zentrale. Schreibt Schmitt.«

Y: Und wo bliebe der Feind?«

X: »Diese Menschen, denen der Partisan nutzt, sehen sich gezwungen, diese anderen Menschen, d. h. ihre Opfer und Objekte, auch moralisch zu vernichten. Sie müssen die Gegenseite als Ganzes für verbrecherisch und unmenschlich erklären, für einen totalen Unwert. Sonst sind sie eben selber Verbrecher und Unmenschen. Auch: Schmitt.« ■

Jordan Peterson – Porträt eines Torwächters

von Martin Lichtmesz

12 Rules for Life statt »Anschwellender Bocksgesang«? Marc Felix Serrao empfahl in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 27. Juli 2018 den deutschen Konservativen einen Ausweg aus der Sackgasse der kulturpessimistischen Selbstmarginalisierung: »Fragt man jüngere Deutsche, die politisch interessiert sind, nach relevanten rechten Denkern«, so Serrao, »dann bekommt man als Antwort ein paar Tote und vielleicht den einen oder anderen Ausländer genannt.« An diesem Zustand seien »Botho Strauß und seine Bewunderer mitverantwortlich.« Statt »die Schuld für die eigene Bedeutungslosigkeit immerzu bei den Linken, der deutschen Geschichtsschreibung oder dem Westen zu suchen«, könnten sie doch mal die Rolle, die ihnen ihr »Held« aus der Uckermark »zugeraunt« habe, fahren lassen und stattdessen den Erfolgsrezepten eines nordamerikanischen Gurus lauschen: »Wie es anders geht, läßt sich derzeit auf faszinierende Weise an einem nichtlinken Intellektuellen aus Kanada beobachten. Der Psychologe und Kulturkritiker Jordan Peterson hat in der englischsprachigen Welt binnen kürzester Zeit einen Kultstatus erreicht, der beispiellos ist. Wo der hagere Professor auftritt, füllt er riesige Hallen mit jungen Menschen. Peterson bietet eine Art Überlebenshilfe gegen das, was er kulturellen Marxismus nennt. ›Steh aufrecht‹, lautet die erste Regel seines Buchs *12 Rules for Life: An Antidote to Chaos*. Wer das tue, fange an, die ›schreckliche Verantwortung für das Leben‹ zu akzeptieren. Petersons Ton ist der eines strengen Vaters, und sein Menschenbild ist so pessimistisch, wie es sich für einen Konservativen gehört. Aber der Appell an die Leser ist liberal: Jeder müsse lernen, aus den Opferrollen herauszukommen, die andere ihm andienen – keinem Kollektiv, sondern sich selbst zuliebe.«

Petersons Anfang 2018 erschienenes Buch ist nun auch auf Deutsch erhältlich. Der 1962 geborene Psychologieprofessor, der an der Universität Toronto lehrt, ist innerhalb von nur zwei Jahren zum angeblich »einflußreichsten populären Intellektuellen der westlichen Welt« *(New York Times)* aufgestiegen. Peterson wird häufig in die Nähe der »Altright«-Schublade gerückt, die er selbst vehement zurückweist. Seine Karriere ist allerdings eng mit der »alternativ-rechten« Welle des Jahres 2016 verbunden, als im Zuge der Wahlkampagne Donald Trumps neue Akteure die politisch unkorrekte Medienbühne betraten und der Bekanntheitsgrad anderer drastisch anstieg: unter ihnen etwa Steve Bannon, Milo Yiannopoulos, Lauren Southern, Mike Cernovich, Paul Joseph Watson oder Richard Spencer. Deshalb wurde Peterson zunächst von Freund und Feind durchaus als Teil der damals noch sehr weit gespannten Bewegung betrachtet und von seinen Verehrern mit »Pepe der Frosch«-Devotionalien beschenkt, was vielleicht auch auf seine berüchtigt nasale Stimme anspielte, die böse Zungen mit »Kermit« aus der Muppet-Show vergleichen.

Petersons jäher Ruhm verdankt sich einem Eklat: Im September 2016 veröffentlichte er auf seinem YouTube-Kanal einen Vortrag, in dem er

»Wir wurden davon überzeugt, daß in westlichen Ländern ein tyrannisches Patriarchat herrscht. Männern wird eingeredet, daß sie sich für ihre Erfolge schuldig fühlen müssen. Es herrscht die Vorstellung, daß Männer nicht wegen ihrer Kompetenz erfolgreich sind, sondern wegen der Macht des Patriarchats. Was für ein Unsinn! Wer in seinem Job aufsteigt, hat das seinen Fähigkeiten zu verdanken.

Linke Aktivisten rauben den Männern ihre besten Fähigkeiten. Schuld sind die Hochschulen. Sie haben in den Geistes- und Sozialwissenschaften und insbesondere den Gender Studies eine radikal linke Politik installiert, die kaum mehr etwas mit Wissenschaft zu tun hat. Die akademischen Standards wurden gesenkt, die Ideologie hat überhandgenommen. Studierende werden wie in einem Kult indoktriniert.

Die Aktivisten führen Toleranz und Mitgefühl an, um ihre eigene Politik und Interessen durchzusetzen. Oft steckt aber bloß Neid oder Feindseligkeit dahinter.«

Jordan Peterson: Interview mit der *Aargauer Zeitung*, vom 3. November 2018.

sich dagegen aussprach, »Transgender«-Personen mit geschlechtsneutralen Pronomen anzusprechen, also Kunstwörtern wie »Ze« und »Xe«. Dies und die generelle Kritik an kanadischen Antidiskriminierungsgesetzen und politischen Maulkorbzwängen auf dem Campus löste, wie zu erwarten, das Gebell der getroffenen Hunde aus. »Social Justice Warriors« und Antifanten störten in Scharen seine Vorlesungen und beschuldigten ihn der »Haßrede«. Seine Kommentare seien »inakzeptabel, emotional verstörend und schmerzhaft«, würden Haß und Aggression auf »Transmenschen« schüren. Dabei ist Petersons Position zu diesem Thema durchaus differenziert: Er würde im Einzelfall einer transsexuellen Person nicht die gewünschte geschlechtsspezifische Anrede verweigern, wehre sich aber gegen alle Versuche, besonders juristischer Art, anderen Menschen Sprachregelungen aufzuzwingen, die in den Sümpfen sektiererischer Theorien gewachsen seien. Begriffe wie »Genderidentität« haben einen »radikal sozial-konstruktivistischen« und »kulturmarxistischen« Hintergrund, und wer ihren Gebrauch unter Strafandrohung erpressen wolle, begebe sich ins totalitäre Fahrwasser. Es gelte an dieser Stelle entschieden die Rede- und Meinungsfreiheit zu verteidigen, für Peterson die »Grundlage der westlichen Zivilisation« schlechthin. Er hielt dem Druck stand und wurde mit einer explosionsartig wachsenden Fangemeinde belohnt, die ihn auf der Crowdfunding-Plattform »Patreon« mit Spenden von über 80.000 $ im Monat versorgt.

Im Oktober 2017 kam es zu einem Gespräch zwischen Peterson und Camille Paglia, die seit Jahrzehnten einen ähnlichen Kampf gegen »stalinistische« Tendenzen in den Universitäten und der feministischen Szene führt (»Modern Times: Camille Paglia & Jordan B Peterson«, YouTube, 2. Oktober 2017). Paglia war begeistert und ernannte Peterson daraufhin zum »wichtigsten und einflußreichsten kanadischen Denker seit Marshall McLuhan«. Petersons Kritik an der universitären Linken beschränkt sich allerdings nicht bloß auf deren Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen, sondern zielt mitten in ihren egalitären Kern. Berühmt wurde sein Vergleich zwischen Menschen und Hummern: An den Statuskämpfen und den damit korrelierenden Serotoninspiegeln der letzteren könne man ablesen, daß soziale Hierarchien alles andere als kulturelle »Konstrukte« seien, sondern eine tiefsitzende soziobiologische, evolutionäre und hormonelle Basis haben. Auf dieser Grundlage attackierte Peterson, ähnlich wie Paglia, den heute vorherrschenden Feminismus, der nicht nur Chancengleichheit schaffen, sondern Ergebnisgleichheit erzwingen wolle.

Was die Dynamik der Geschlechterbeziehungen, die weibliche »Hypergamie« und die Gesetze des Sexualmarktes angeht, ist Peterson ein nicht minder harter Realist als F. Roger Devlin, Autor der bahnbrechenden Aufsatzsammlung *Sex – Utopie – Macht* (Schnellroda 2017). Er stellt sich damit auch gegen die pauschale Verunglimpfung der Männlichkeit und gegen eine Sichtweise, die in der abendländischen Geschichte einen einzigen Alptraum aus Unterdrückung, Diskriminierung und »weißem Privileg« sehen will. Mit seiner Kombination aus Nüchternheit und Schlagfertigkeit gilt er seinen Anhängern als wahrer Debattengott. Sein bislang größter Hit war seine Diskussion mit der feministischen Journalistin Cathy Newman, deren Pappkameraden er nach allen Regeln der Kunst zerlegte. »Warum soll Ihr Recht auf freie Rede über dem Recht einer Transperson stehen, nicht beleidigt zu werden?«, fragte Newman. Peterson: »Wer imstande sein will, zu denken, muß riskieren, beleidigend zu sein. Sie nutzen Ihre Redefreiheit, bohren nach, um zu verstehen, was passiert, und riskieren damit, mich zu beleidigen. Und das ist in Ordnung. Nur drauf los, kann ich nur sagen!« Newman war für einen Moment sprachlos. Nach ein paar gestammelten Redeanläufen mußte sie kapitulieren: »Sie haben mich erwischt, ich muß mir das durch den Kopf gehen lassen …«

Petersons internationaler Bestseller *12 Rules for Life,* der zu »Ordnung und Struktur in einer chaotischen Welt« anleiten will, steht ganz in der Tradition der amerikanischen Selbsthilfe- und Selbstoptimierungsliteratur, allerdings auf einem relativ hohen und zugleich zugänglichen Niveau: Seine »zwölf Regeln« erscheinen auf den ersten Blick eher trivial und alles andere als neu oder originell. Peterson versteht es jedoch, ihnen mit einem gekonnten Griff in die interdisziplinäre Kiste – Psychologie, Religion, Mythologie, Literatur, Philosophie, Wissenschaft – Tiefe

VICE: »Wie holen Sie jemanden zurück, der mit rechtsradikalen Ideologien flirtet?«

Peterson: »Ich erzähle ihm eine bessere Geschichte.«

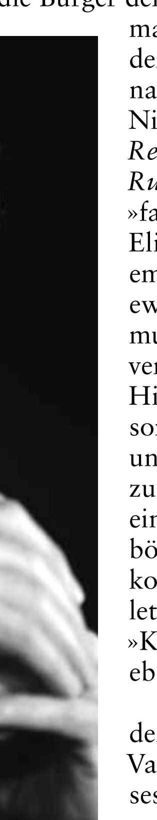
VICE: »Was ist die bessere Geschichte?«

Peterson: »Werde erwachsen, zum Teufel nochmal! Nimm deinen Platz in der Welt ein. Du hast etwas beizutragen. Fasse einen Plan. Lebe als ein Individuum. Halte dich fern von der Pathologie der Identitätspolitik. Das ist nur eine Ausrede, weil es dir nicht gelungen ist, dein eigenes Leben zu leben, auf eine respektable und noble Weise. Das ist eine viel bessere Geschichte als ›Geh und schwenke deine idiotische rechtsradikale Fahne auf irgendeiner Demonstration voller Schwachköpfe mit käsigen Gesichtern.‹«

Jordan Peterson: Interview mit VICE News, YouTube, 7. Februar 2018.

und Bedeutung zu verleihen. Seine Alltagsregeln haben Kultstatus, allen voran das lapidare »Räum dein Zimmer auf!«, aber auch »Steh aufrecht und mach die Schultern breit«, »Laß nicht zu, daß deine Kinder etwas tun, das sie dir unsympathisch macht«, »Gehe davon aus, daß die Person, mit der du sprichst, etwas weiß, was du nicht weißt«, »Strebe nach dem, was sinnvoll ist (nicht nach dem, was vorteilhaft ist)« oder »Sei präzise in deiner Ausdrucksweise«.

Für Regel Nr. 8 »Sag die Wahrheit – oder lüge zumindest nicht« beruft er sich unter anderem auf sein Idol Alexander Solschenizyn, der die Führung und die Bürger der Sowjetunion in einem berühmten Aufruf ermahnte: »Lebt nicht mit der Lüge.« Auch andere von Petersons Säulenheiligen weisen eher nach rechts als nach links: Carl Gustav Jung, Nietzsche und Dostojewskij. In der *New York Review of Books* glaubte ein Rezensent in *12 Rules for Life* mehr als nur einen Hauch von »faschistischem Mystizismus« à la Evola und Eliade zu entdecken, da Peterson den Männern empfiehlt, wieder »härter zu werden« und dem ewigen Hunger ihrer Seele nach dem »Heroismus des genuinen Seins« zu folgen. Peterson verspricht seinem Leser nicht das Blaue vom Himmel, wie es andere Bücher des Genres tun, sondern ermutigt ihn, die dunklen, irreparablen und tragischen Seiten des menschlichen Daseins zu verstehen und zu ertragen. Dabei vertritt er eine veritable Erbsündenlehre: »Sie haben ein böses Herz – wie die Person neben Ihnen«, bekommt das Publikum seiner häufig bis auf den letzten Platz ausverkauften Vorträge zu hören. »Kinder sind nicht von Natur aus gut – und Sie ebensowenig.«



Im Mai 2018 distanzierte sich ein alter akademischer Weggefährte namens Bernard Schiff, Vater einer »Transgender-Tochter«, wegen dieses Tonfalls öffentlich von Peterson. Dieser sei zwar ein »beeindruckender Redner«, »klug, mitfühlend, mitreißend«, »gedankenvoll und gütig«, habe sich aber inzwischen von einem talentierten, geistig agilen Lehrer in einen Missionar und Prediger, einen »Krieger« gegen links und die »mörderische Ideologie des Marxismus« verwandelt – wogegen von rechter Seite nichts einzuwenden wäre.

Die Linke wirft Peterson weiterhin vor, »Haß« zu provozieren, insbesondere, seine vorwiegend junge, männliche, weiße Fanbasis aufzustacheln, die sich etwas weniger nobel und sachlich als er selbst artikuliere; so soll Cathy Newman nach ihrer Debattenniederlage in den sozialen Medien mit einer Flut von »frauenfeindlichen« Beschimpfungen bedacht worden sein. Abgesehen davon, daß sich »Troll«-Attacken dieser Art leicht fabrizieren lassen, erkennt man hier die übliche linke Taktik, einer argumentativen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, indem der Gegner als »gefährlich« und »haßerfüllt« stigmatisiert wird. Tatsächlich sind sämtliche von Petersons politischen Positionen bei näherer Betrachtung eher moderat und ausgewogen. Er gehört zu jenen Konservativen, die im Zeitalter flächendeckender linker Ideologisierung schon durch bloßes Aussprechen von Binsenweisheiten und »common sense« übermäßigen Anstoß erregen.

Allerdings haben sich auch im rechten Spektrum viele ehemalige Fans enttäuscht von Peterson abgewandt. Das liegt nicht nur an seinem zunehmend guruhaften Auftreten und seinen exzentrischen Zügen, wie seiner Neigung, vor laufender Kamera in Tränen auszubrechen, was nicht gerade für eine vorbildlich väterlich-männliche Haltung spricht. Vor allem aber hat sich Peterson – der behauptet, als Mitglied in den Indigenenstamm der Kwakiutl aufgenommen worden zu sein – als »klassischer«, tendenziell apolitischer Liberaler erwiesen, der in guter angloamerikanischer Tradition die Souveränität des Individuums als höchsten Wert betrachtet. Dabei geht er so weit, die Identifikation mit einer Gruppe und

deren Interessen pauschal als »Kollektivismus« und Flucht vor dem »Erwachsensein« zu brandmarken. Damit hat er sich auf eine »zentristische« Position zurückgezogen, von der aus linke wie rechte »Identitätspolitik« als zwei Enden ein- und desselben fatalen Hufeisens erscheinen. Seine Botschaft an junge Menschen lautet, sich nicht von »kollektivistischen« Ideologien verhexen zu lassen, sondern den Weg einer »verantwortungsvollen« Individuation und Individualisierung zu gehen. Mit anderen Worten soll also jeder »sein Ding machen«.

Trotz seiner glühenden Beschwörungen des »Wunders« der »westlichen Zivilisation« verwirft Peterson jeglichen »Stolz« auf Kultur, Volk oder Nation: »Bin ich stolz darauf? *Ich* habe das nicht gemacht!« Die westliche Zivilisation sei »nichts, auf das man stolz sein soll, sondern etwas, vor dem man zittert, das man als ethische Bürde begreift, nicht, um mit einer Flagge zu wedeln, weil man so wunderbar ist und zufällig die gleiche Hautfarbe hat wie diejenigen, die sich all dies ausgedacht haben. Das ist nicht die richtige Antwort.« (»Jordan Peterson on European Pride«, YouTube, 13. April 2018). Und in einem Tweet schrieb er: »Diejenigen, die etwas als Individuen erreicht haben, fühlen kein Bedürfnis, stolz auf ihre Rasse zu sein.« (28. November 2017) Dem liegt die kurzsichtige Vorstellung zugrunde, daß Stolz nur dann gerechtfertigt sei, wenn er sich auf persönliche, individuelle Leistungen bezieht. Genauso gut könnte Peterson behaupten, ein Vater dürfe nicht stolz auf die Leistungen seines Sohnes sein und umgekehrt; oder ein Unternehmer nicht auf seine Firma, ein Sportler nicht auf sein Team, ein Mensch nicht auf seine Heimatstadt. Stolz ist nicht notwendigerweise dasselbe wie Hochmut, die »Superbia« der sieben Todsünden.

»Ist es etwa ›respektabel‹ oder ›nobel‹, nichts für die Menschen zu empfinden, denen man seine Existenz verdankt? Ist es ›respektabel‹ oder ›nobel‹, wenn es einem egal ist, ob sie weiterexistieren werden? Oder ob sie eine verachtete Minderheit in ihren eigenen Heimatländern werden? Sie haben Recht, Dr. Peterson, es ist Zeit, daß die verwöhnten, fehlgeleiteten weißen Völker zum Teufel noch mal erwachsen werden! Werdet zum Teufel noch mal erwachsen und erkennt, daß wir für die westliche Zivilisation kämpfen! Werdet zum Teufel noch mal erwachsen und erkennt, daß ihr nicht der Mittelpunkt des Universums seid! Ebenso sehr, wie ihr Individuen seid, seid ihr die Repräsentanten eines Volkes! Und ihr habt Verpflichtungen gegenüber diesem Volk, die nur ein bockiges Kind verneinen kann!«

Millennial Woes: »The Passion of Dr. Peterson«, YouTube, 25. Februar 2018.

Hier hat Peterson seine eigene Lektion der Hummer und Singvögel vergessen, die gleich zu Beginn seines Maximenkatalogs auftaucht. Diese Tierchen verteidigen ihr Revier mit einem aufwendigen Dominanz-, Souveränitäts- und Überlegenheitsgebaren, und wenn sie es nicht tun, droht ihnen der Tod. Die »ethische Bürde«, die eigene Zivilisation (also das große, überindividuelle Ganze) zu erhalten, zu tradieren und zu verbessern, wird dem Einzelnen eher durch stolze Identifikation mit dem Kollektiv und durch aneignende Begeisterung bewußt als durch rationale Überlegungen. Der Stolz auf die Leistungen der Vergangenheit und der eigenen Gruppe kann ein entscheidender, sinnstiftender Ansporn sein, sich seiner Vorfahren würdig zu erweisen, ihr Erbe zu verteidigen, zu erneuern und zu bereichern. Kein Ethos ohne Pathos und Thymos. Man hat auch eine »schreckliche Verantwortung« gegenüber seinem Volk, seiner Kultur, seiner Nation, seinem Gemeinwesen.

Demgegenüber schmeckt der Appell zum Rückzug ins Individuelle und Individualistische nach Selbstverwirklichungstrips, die alles andere als quer zum Zeitgeist liegen. Auch Petersons verdienstvolle »konservative« Fassung hat eine solche Schlagseite. Der kanadische Geschichtssoziologe Ricardo Duchesne, Autor des Buches *The Uniqueness of Western Civilization* (Leiden und Boston, 2011), kritisierte Peterson scharf, und verwies auf die Asymmetrie der »Identitätspolitik« im Zeitalter der Massenmigration. Die farbigen Völker, die Richtung Europa, Nordamerika, Australien und Neuseeland drängen, denken und fühlen überwiegend tribalistisch und kollektivistisch. Die politische Korrektheit, der Kulturmarxismus, die Ideologie der »Diversity« und des Antirassismus (ein Bereich, in den sich Peterson bezeichnenderweise kaum vorgewagt hat) haben am Ende immer nur ein einziges Ziel: den »weißen Mann« (damit auch die »weiße Frau«) seiner Identität und seiner Widerstandskräfte zu berauben, um die Zivilisation der weißen Völker zu unterminieren, aufzulösen, auszutauschen und zu plündern. »Identitätspolitik« funktioniert wie alle Kriege: Ist er einmal erklärt, kann man nicht mehr »nicht hingehen«. »Individualismus ist ein einzigartiges Attribut der europäischen Völker«, so Duchesne. »Er wurde bis zu einem gewissen Grad in andere Nationen exportiert, liegt aber meiner Ansicht nach nicht in deren Natur. Deshalb ist das Spiel ›Wir sind alle Individuen‹ aussichtslos. Wir müssen den Stolz auf unsere ethnische Identität und unser Erbe nähren, um diesen merkwürdigen Individualismus des Westens zu erhalten.« Daran führt kein Weg vorbei, und man muß leider auch Jordan Peterson zu den konservativen Torwächtern rechnen, die eine systemerhaltende Rolle erfüllen und ein wahrhaftes Umdenken blockieren. ■

»Peterson steckt in einem Kampf um den Individualismus fest, den er nicht gewinnen kann. Es ist egal, wie oft er wiederholt, daß er jegliche Identitätspolitik ablehnt. Natur und Geschichte haben die Menschen in sexuelle und ethno-nationale Gruppen aufgeteilt. Diese natürlichen Neigungen werden sich intensivieren, wenn die Feministinnen und die Diversity-Trainees ihren Kampf gegen Männer und Weiße fortführen werden. Man kann ein System, das multiple Identitäten ermutigt, nicht bekämpfen, indem man Männern und Weißen sagt, sie sollen sich wie Individuen verhalten. Das ist unilaterale Abrüstung.«

Ricardo Duchesne: »Jordan Peterson's Rejection Of Identity Politics Allows White Ethnocide«, www.eurocanadian.ca vom 5. Februar 2018.



Die amerikanische Alt-Right – Positionen und Profile

von Siegfried Gerlich

Vor einem selbstverschuldeten Schicksal, das die Vereinigten Staaten von Amerika immer gebieterischer heimsucht, hatte Theodore Roosevelt bereits 1915 weitsichtig gewarnt: »Der einzige absolut sichere Weg, den Ruin dieser Nation herbeizuführen und dafür zu sorgen, daß sie nicht länger eine Nation aller sein kann, bestünde darin, zuzulassen, daß sie ein Flickenteppich aus zerstrittenen Nationalitäten wird.« Und hundert Jahre später macht eine zornige rechte Bewegung von sich reden, die den amerikanischen Machteliten vorwirft, eben diesen ruinösen Weg beschritten und damit das Land in eine tiefgreifende Identitätskrise gestürzt zu haben. Die Radikalität mancher Lösungsvorschläge, welche die »alternative Rechte« für diese Krise anzubieten hat, läßt sie jedoch zuweilen selber als Teil des Problems erscheinen.

»Die Bestrebungen, die Identität Amerikas neu zu definieren, sind ein historischer Betrug, begangen von Ideologen, die mit unserer traditionellen Außenpolitik brechen und Amerika zu Kreuzzügen anstacheln wollen, um die Welt im demokratischen Sinne umzugestalten. Sie haben Amerikas Geburtsurkunde gefälscht, um die Vormundschaft über das Kind zu beanspruchen.«

Patrick J. Buchanan

Die Frage nach ihrer Identität begleitet die Amerikaner seit dem Anfang ihrer Geschichte, und entsprechend zeigt sich in der Abfolge der darauf gegebenen Antworten der geschichtliche Wandel des amerikanischen Selbstverständnisses, in welchem identitäre Substrate wie Ethnie, Rasse, Kultur, Staat, Nation und Ideologie sich sowohl überlagert haben als auch abwechselnd als dominante Profile hervorgetreten sind. Bereits Thomas Jeffersens berühmte Erklärung: »Amerika wurde geschaffen als eine Nation für weiße Männer mit gutem Charakter«, bedarf der genaueren Bestimmung, daß die Nachfahren der ersten britischen Siedler an der amerikanischen Atlantikküste die späteren irischen, italienischen, slawischen und jüdischen Zuwanderer keineswegs als weiße Rassegenossen willkommen hießen, sondern noch geraume Zeit als Angehörige minderwertiger Rassen verachteten. Diese aber waren willens und fähig, ihre ethnischen Identitäten abzulegen und sich konfessionsübergreifend der angloprotestantischen Leitkultur zu unterwerfen, die sich zu einem individualistischen Lebensstil mit puritanischem Arbeitsethos ausgeprägt hatte. Und so kam es schließlich doch noch zu einer zumindest kulturellen Verschmelzung der nordwest- und südosteuropäischen Einwanderer mit dem angelsächsischen Gründervolk zu »Weißen«, die sich in einvernehmlicher Abgrenzung gegen »Schwarze« und »Rothäute« ihrer rassischen Eigenart versicherten.

»Die Zivilisation, die wir als Weiße in Europa und Amerika hervorgebracht haben, hätte sich nicht unabhängig von den genetischen Anlagen der Völker entwickeln können, die sie schufen, und es gibt keinen Grund zur Annahme, daß eine Zivilisation von einer anderen Bevölkerung erfolgreich weitergeführt werden kann.«

Samuel T. Francis

Was freilich die »Nation« betrifft, so hatte sich das »amerikanische Credo« der Unabhängigkeitserklärung von 1776 ausdrücklich nicht auf sie, sondern auf eine »Union« von »Staaten« bezogen. Erst nach dem Bürgerkrieg und der Sklavenbefreiung von 1865 bildete sich ein staatsbürgerliches Nationalbewußtsein heraus, das nunmehr auch die Schwarzen als »Amerikaner« anerkannte, wobei deren Staatsbürgerschaft noch bis 1965 durch Rassengesetze beeinträchtigt blieb. Ins Jahr von deren Abschaffung fiel indessen auch die Verabschiedung von freizügigen Immigrationsgesetzen, die eine Massenzuwanderung von Asiaten und Lateinamerikanern auf den Weg brachten, unter denen insbesondere die Mexikaner

einen starken ethnokulturellen Selbsterhaltungswillen erkennen ließen. Anstatt jedoch auch ihnen die bewährte Leitkultur zuzumuten, trat das bis dahin vornehmlich weiße Amerika die Flucht nach vorn an, indem es sich ein rein zivilgesellschaftliches und multikulturelles Selbstverständnis zu eigen machte und damit den drohenden Zerfall der amerikanischen Nation in eine ethnopluralistische Ansammlung subnationaler Gruppen noch beförderte.

In der paradoxen Konsequenz führte die Zurückdrängung der weißen Vorherrschaft daher auch zur allmählichen Preisgabe einer ihr entgegengesetzten Utopie, welche der französisch-amerikanische Schriftsteller Hector St. John de Crévecoer bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts in die Worte gefaßt hatte, es gälte »Menschen aus allen Nationen zu einer neuen Rasse von Menschen zu verschmelzen«. Weite Verbreitung erlangte dieses Bild eines »Melting Pot« aber erst durch den jüdisch-britischen Autor Israel Zangwill, der in seinem 1909 uraufgeführten gleichnamigen Theaterstück die frohe Botschaft verkündete: »Amerika ist Gottes Feuerofen, der große Schmelztiegel, in dem alle Rassen Europas verschmelzen und sich neu bilden.« Diesem imaginären »Tiegel«, in welchen Zangwill später auch noch außereuropäische Rassen werfen wollte, setzte 1915 allerdings der jüdisch-amerikanische Philosoph Horace Kallen das realistischere Bild einer »Salatschüssel« entgegen. Denn für Kallen waren nationale Identitäten nun einmal »durch Abstammung determiniert«, und so konnte er sich das Einwanderungsland Amerika nur als eine von »kulturellem Pluralismus« geprägte »Konföderation der Nationalitäten« vorstellen. Tatsächlich sollten die Soziologen Nathan Glazer und Daniel Patrick Moynihan in ihrer 1963 publizierten Studie *Beyond the Melting Pot* am Beispiel der »Negroes, Puerto Ricans, Italians, Jews, and Irish of New York City« die traurige Bilanz ziehen, daß der Schmelztiegel schlicht nicht funktioniert hat.

»Hispano-amerikanische Rassisten, Patriarchen aus der Dritten Welt und mexikanische Irredentisten werden wahrscheinlich die gegenwärtige Regierungsform wegfegen, wenn sie aufgrund ihrer demographischen Entwicklung die Gelegenheit dazu bekommen werden.«

Paul E. Gottfried

Vor diesem Hintergrund konnte Präsident Clintons 1997 gehaltene Rede über eine »dritte amerikanische Revolution«, die beweisen müsse, »daß wir buchstäblich ohne eine dominante europäische Kultur leben können«, durchaus den Eindruck realitätsfremder Globalisierungspropaganda erwecken. Aber freilich wurde diese multikulturelle und postrassistische Sozialutopie von den Wirtschaftsinteressen kosmopolitischer Eliten ebenso getragen wie von dem Wunschdenken nomadisierender Intellektueller; und folgerichtig wurde auch die bereits von Präsident Kennedy eingeleitete »Affirmative Action« zu einer umfassenden Politik der positiven Diskriminierung ausgeweitet, welche die Restauration der ethnokulturellen Identitäten von farbigen Minderheiten mit einer Dekonstruktion der Identität der weißen Mehrheit verband. Im Ergebnis hat jedoch gerade diese identitätspolitische Doppelmoral die Wiederkehr eines weißen Nationalismus heraufbeschworen, welcher die allen »People of Color« eingeräumten Privilegien nunmehr auch für die Weißen selber beansprucht.

Schon um die Jahrhundertwende räumte die afroamerikanische Politologin Carol M. Swain ein, daß die neueren Bestrebungen, »das Rassenbewußtsein der Weißen und den weißen Nationalismus zu stärken«, nur die »nächste logische Etappe der Identitätspolitik in Amerika« darstellten. An der nationalen Basis beunruhigte Swain zwar eine »amorphe politische Bewegung, die aus dem Gefühl geboren wurde, daß die Rechte weißer Menschen mit Füßen getreten würden und niemand seine Stimme für ihre Sorgen erhob«; und von dieser Seite gehe »das Risiko eines Rassenkonflikts in einer Größenordnung (aus), wie wir das noch nicht erlebt haben«. Andererseits gebe es aber auch »intelligente« und »kultivierte« Köpfe, die »von einem anderen Schlag« seien als »die populistischen Politiker und vermummten KKK-Männer aus dem alten Süden«; und im Unterschied zu den älteren »weißen Suprematisten« strebten diese »neuen weißen Nationalisten« eben keine rassische Vorherrschaft mehr an, sondern forderten lediglich rassische Selbstbestimmung ein. Zur gleichen Zeit nahm auch der angloamerikanische Politologe Samuel Huntington wahr, wie sich unter den weißen Amerikanern »ein neues Rassenbewußtsein entwickelt, weil sie erleben, daß Amerika immer mehr zu einer nichtweißen Gesellschaft wird«. Und auch Huntington machte geltend, daß diese »weißen Nativisten nicht mit extremistischen Randgruppen verwechselt werden dürfen«, denn das »Ende der Ethnizität« habe bei

»Weiße haben so viel Angst vor dem Vorwurf des ›Rassismus‹, daß sie nicht einmal darüber zu diskutieren bereit sind, was sie tun könnten, um ihren Enkeln nicht ein Dritte-Welt-Land zu hinterlassen, in dem sie selber kaum würden leben wollen. Einflußreiche Mächte sind in Bewegung, welche, wenn sie nicht ausgeschaltet werden, den europäischen Menschen und die europäische Zivilisation allmählich beiseite schieben und dann einen Siegestanz auf ihrem Massengrab aufführen werden.«

Jared Taylor

den europäischstämmigen Amerikanern ein »Identitätsvakuum« entstehen lassen, welches nur noch durch »eine breiter gefaßte, weiße Rassenidentität« ausgefüllt werden könne.

Was zu Beginn dieses Jahrhunderts erst noch im Keim vorhanden war, ist unterdessen mit der Alt-Right-Bewegung zu voller Blüte gelangt. Daß es sich hierbei womöglich nur um eine Ressentiment-Bewegung all jener zu kurz gekommenen »Rednecks« und »Hillbillys« handele, die von Hillary Clinton als »Korb der Kläglichen« verächtlich gemacht und dafür von Donald Trump ins Herz geschlossen wurden, ist ein naheliegender Verdacht, den manche Alt-Rightler durch ihre affirmative Reklamation dieser diskriminierenden Ausdrücke auch noch selber genährt haben. Aber schon ein vergleichender Blick in die »Hillbilly-Elegie« von J.D. Vance, der in diesem autobiographischen Roman den Prekarisierten des »Rostgürtels« seine Stimme geliehen hat, kann darüber belehren, daß der harte Kern der Alt-Right keineswegs von sozioökonomischer Frustration geplagt, sondern von der Vision einer ethnokulturellen Regeneration angetrieben wird.

»Ich habe keine Zeit für politische Korrektheit. Und, ganz ehrlich, dieses Land hat auch keine Zeit mehr dafür.«

Donald Trump

In der Tat wird man in der Alt-Right das Wiedererwachen eines den linksliberalen wie den neokonservativen Eliten abhanden gekommenen uramerikanischen Bewußtseins feststellen dürfen, über das ansonsten allein noch in der »Old Right« verwurzelte »alte weiße Männer« wie Patrick Buchanan, Peter Brimelow und Sam Francis verfügen, die Paul Gottfried denn auch zu »Paläokonservativen« geadelt hat. Allerdings begnügen sich die Alt-Rightler nicht mit einer nostalgischen Anmahnung der vormaligen Selbstverständlichkeit, daß Amerika ursprünglich eine von weißen und für weiße Europäer geschaffene »Neue Welt« gewesen war, denn angesichts des geordneten demographischen Rückzugs der Weißen provoziert ihre panische Angst, zu spät zu kommen, sie zu einem äußerst aggressiven Auftrumpfen. Von diesem radikalen und revolutionären Impetus, der sich zwar hauptsächlich gegen den Neokonservatismus richtet, aber auch über den reformistischen Paläokonservatismus entschieden hinausgeht, zeugt ein 2018 erschienener programmatischer Sammelband, in dem *The Alt Right in the Words of its Members and Leaders* um *A Fair Hearing* bittet. Darin bringt der Herausgeber George T. Shaw mit »drei Prinzipien« sowohl den Ernst der Lage als auch die forsche Gesinnung der Bewegung auf den Punkt: »Demography is destiny«; »White genozide is underway«; »The Jewish Question is valid«.

»Trump ist der Ausbruch einer möglicherweise brutalen Behauptung weißer Rechte und weißer Identität. Von unserem Standpunkt aus ist Trump eines von zwei Dingen, und es liegt an uns, welches von beiden. Er ist entweder das Todesröcheln der westlichen Zivilisation, oder das Sich-Rühren eines erwachenden Riesen.«

Ethan Edwards

Die charismatische Führerfigur der »Alternative Right« ist freilich Richard Spencer, der mit diesem von seinem geistigen Mentor Paul Gottfried geprägten Ausdruck 2008 die Bewegung und 2013 ein Online-Magazin benannt hat und überdies seit 2013 mit dem »National Policy Institute« die einflußreichste Denkfabrik der radikalen Rechten leitet. Aber auch für deren weitere Radikalisierung hat Spencer nolens volens selber gesorgt, indem er am Ende einer den Wahlsieg Trumps feiernden Konferenz den rechten Arm zum »römischen Gruß« erhob und den Anwesenden launig zurief: »Hail Trump, hail our people, hail victory!« Einige seiner Gefolgsleute, die es ihm gleichtaten, verstanden jedoch keinen Spaß, und ein »Heil Hitler!«-Ruf ließ erahnen, daß hier wohl nicht nur einer den Arm zum »deutschen Gruß« erhoben hatte.

Kann die kokette Behauptung Spencers, echte Nazis würden ihn hassen, nach dieser Szene auch kaum mehr überzeugen, so darf man ihm doch getrost glauben, daß er selber die Wiederherstellung nicht des »Dritten Reiches«, sondern vielmehr jenes »Vierten Rom« herbeisehnt, als welches schon die amerikanischen Gründerväter ihre »Neue Welt« verstanden hatten. Auch Spencers unmißverständliche Verurteilung von Kolonialismus, Imperialismus und Sklaverei als den »größten Fehlern in der Geschichte der Weißen« spricht eher für seine bekundete Nähe zur französischen Neuen Rechten sowie zur europäischen Identitären Bewegung als für einen amerikanischen Neonazismus. Und obschon Spencer sich mit kühnen Bekenntnissen zu »weißer Überlegenheit« immer wieder weit von einem schüchternen Ethnopluralismus entfernt, rückt seine Überzeugung, daß ein multirassistisch zerrüttetes Amerika als Nation keine große Zukunft mehr habe und es deshalb einen »Schutzraum« für alle europäischstämmigen Menschen geben müsse, noch seinen Kampf um einen »weißen Ethnostaat« in ein milderes Licht.

Als legitimer Anführer der Alt-Right erweist sich Spencer nicht zuletzt durch die Vehemenz, mit der er für eine nietzscheanische Umwertung

aller christlichen Werte Amerikas eintritt und von Schönheit und Stärke der weißen Kultur und Rasse schwärmt. Und es dürfte gerade diesem neuheidnischen Angriff auf die angloprotestantische Kernkultur Amerikas geschuldet sein, daß aus dem, was im christlichen Konservatismus noch an religiösem Antijudaismus fortwirken mochte, nicht nur beim Fußvolk der Alt-Right wieder ein rassischer Antisemitismus hervorgebrochen ist. Aber freilich sollte die behauptete Virulenz der jüdischen Frage nicht schon darum bestritten werden, weil deren antisemitische Beantwortung auch den meisten Nichtjuden unerträglich ist; denn unstrittig ist allemal, daß die neokonservative und multikulturelle Wende in der amerikanischen Politik maßgeblich von jüdischen Strategen und Ideologen eingeleitet wurde. Wie Jared Howe in dem *Fair Hearing* hierzu mit einiger Übertreibung ausführt, waren die »Neocons« mehrheitlich Trotzkisten, bevor sie das Konzept einer »permanenten Revolution« an neoliberale Gegebenheiten anpaßten und in die »kulturmarxistischen« Programme inklusionistischer Entgrenzung und identitärer Selbstauflösung überführten. Jüdischen Libertären wirft Howe sogar vor, eine »heimtückische Pipeline« zur Alt-Right gelegt und damit antijüdische Reaktionen geradezu provoziert zu haben.

Was wie eine antisemitische Verschwörungstheorie anmutet, ist derweil von Milo Yiannopoulos, dem wohl prominentesten der »jüdischen Verschwörer«, auf seine Weise bestätigt worden. Für den konservativen Nachrichtenkanal »Breitbart News«, der 2007 von dem ebenfalls jüdischen Publizisten Andrew Breitbart gegründet worden war, hatte Yiannopoulos gemeinsam mit Allum Bokhari 2015 einen »Guide to the Alt-Right« verfaßt, worin diese »eklektische Mischung aus Renegaten« des linksliberalen Milieus, die allesamt »gefährlich schlau« seien und »Spaß an verbotenen Ideen« hätten, sich noch überaus wohlwollend porträtiert fand. Diese junge Alt-Right sei jedoch »gestorben«, als »ein Idiot wie Spencer die Kontrolle über die Bewegung« gewann, denn seither werde sie zunehmend von Rechtsextremen und Holocaust-Leugnern beherrscht, wie es die Mainstream-Presse von Anfang an herbeizuschreiben versucht habe: »Der extreme Rand der Alt-Right und die linken Medien arbeiteten zusammen, um die ›Alt-Right‹ zu etwas Engem und Häßlichem und vollkommen anderem zu machen, als es jene breite, kulturell libertäre Bewegung war«. Aber trotz dieser harschen Abrechnung gilt der ultralibertäre Polit-Entertainer den amerikanischen Medien weiterhin als das smarte Vorzeigegesicht der Alt-Right, und so fühlt sich Yiannopoulos inzwischen von dem neonazistischen Online-Magazin »Daily Stormer«, das ihn für eine »Nigger-liebende Juden-Schwuchtel« hält, weit besser verstanden.

»Wir können uns in dieser Welt nicht einseitig entwaffnen. Wenn wir Weißen überleben wollen, müssen wir vielleicht etwas härter, vielleicht sogar ein bißchen böse werden. Denn, ehrlich gesagt, sorge ich mich am Ende mehr um meine Leute, meine ›erweiterte Familie‹, als um die Vereinigten Staaten von Amerika.«

Richard Spencer

Nach Spencers »Hail victory!«-Auftritt verabschiedete sich indessen auch Vordenker Paul Gottfried von der Alt-Right, um wieder zur Old Right zurückzukehren, ohne sich dabei zu Verdammungsurteilen hinreißen zu lassen. Immerhin hatte der jüdische Politologe, der sich als »Schöpfer des Namens«, nicht hingegen »der Bewegung« sieht, die Alt-Right in ihren Anfängen mit dem geistigen Erbe der Konservativen Revolution vertraut gemacht, und noch 2016 wußte Gottfried die »Vielfalt rechter und konservativer Grüppchen und Fraktionen« in ihr zu schätzen. Aber gerade die »Rassisten und Antisemiten«, welche in der Alt-Right nur »eine Minderheit« bildeten, seien von »Linken und Medien« zu einem »Popanz« aufgeblasen worden, um die gesamte Bewegung zu diskreditieren, »in der sich eben auch sehr viele anständige Leute engagieren«. Für medial hochgespielt hält Gottfried insbesondere die Führungsrolle Spencers, der sich »durch sein Verhalten innerhalb der ›Alt-Right‹ längst isoliert« habe.

Gleichwohl haben noch weitere namhafte ehemalige Sympathisanten wie Gavin McInnes und Lauren Southern vor den weißen Nationalisten in der Alt-Right die Flucht ergriffen, und das hat wiederum diesen konservativ-libertären Verfassungspatrioten von Spencers Seite den Spottnamen »Alt-Light« eingebracht. Dabei scheint sich die Bruchlinie zwischen diesen Gesinnungsfronten, die der Hipster McInnes in einem pointierten YouTube-Vortrag nachgezeichnet hat, nach den rechtsextremen Ausschreitungen in Charlottesville in die Alt-Right selbst hinein verschoben zu haben. In einem Interview vom August 2017 attackierte immerhin Steve Bannon, der 2012 die Leitung von »Breitbart News« übernommen hatte, um den Sender für die Alt-Right zuzurüsten, die rasse-

bewußten Ethnonationalisten als eine »Ansammlung von Clowns« und »Verlierern«, die man »zerquetschen« müsse.

Zur Entlastung der vielgescholtenen Alt-Right hat nun George T. Shaw zu bedenken gegeben, daß deren verbalradikale Provokationen lediglich ein »kalkuliertes Mittel« seien, um »prüde und zerbrechliche Linke zu demoralisieren«. Und wenn es in der Bewegung auch einen »übertriebenen ›Rassismus‹« und sogar einen ganz »unironischen ›Nazismus‹« gebe, so würden damit doch nur »notwendige, wenn auch schmerzliche Korrekturen« angestoßen, die einen »ehrlichen Diskurs mit Humor« erst wieder möglich machten. Wie ehrlich und humorvoll es dabei zugehen kann, demonstrieren in dem *Fair Hearing* etwa Bill Matheson, der Weiße und Schwarze nicht mehr als menschliche »Rassen«, sondern als gänzlich verschiedene »Arten« verstanden wissen will, sowie Ethan Edwards, der eine »ethnische Separation« der Weißen von den Juden anregt, da der Vorteil, »sich von diesem bitteren ethnischen Feind zu trennen«, ebenso groß wäre, »wie sich von einer destruktiven Drogensucht zu befreien.«

Im Umkreis der Alt-Right bewegen sich allerdings auch profilierte Wissenschaftler, die zu solchem unverhohlenen Rassismus und Antisemitismus gebührend Abstand halten. Zu diesen gehört der Psychologe Kevin MacDonald, den Spencer nicht ohne Grund mit den Worten gepriesen hat, es gäbe »keinen Menschen auf der ganzen Welt, der mehr für das Verständnis dessen getan hat, wohin diese Welt sich entwickelt«. Denn in seinem dem Judentum gewidmeten dreibändigen Hauptwerk hat MacDonald die kultursoziologische Auffassung, daß die Juden nach außen gern Universalismus predigten, nach innen hingegen ihrem Ethnozentrismus treu blieben, auf eine soziobiologische Grundlage zu stellen gesucht. In dieser Perspektive scheint ihm die »gruppenevolutionäre Strategie der Juden in ihrem Konkurrenzkampf mit Nichtjuden um gesellschaftliche, politische und kulturelle Dominanz« gerade in der europäischen Geschichte so erfolgreich gewesen zu sein, weil die »Europäer relativ weniger ethnozentrisch sind und relativ mehr zum Individualismus neigen«, was sie »sehr anfällig für das Eindringen stark kollektivistischer Gruppen« mache. Und in Bezug auf die amerikanische Gegenwart vertritt MacDonald mit Nachdruck, daß nicht nur die jüdischen Wortführer eines vom Linksradikalismus bis zum Neokonservatismus reichenden politischen Spektrums, sondern auch die jüdischen Hauptvertreter der das kulturelle Klima Amerikas maßgeblich prägenden intellektuellen Disziplinen Psychoanalyse, Kulturanthropologie, Neomarxismus und Dekonstruktivismus es darauf abgesehen hätten, die europäischen Amerikaner von ihrem »moralischen Bankrott« zu überzeugen. Zwar will MacDonald nicht ausschließen, daß jüdisch-amerikanische Organisationen noch einmal eine proweiße Politik befürworten werden, zumal ihre notorische Beförderung des Multikulturalismus immer auch zur Ausbreitung eines islamischen Antisemitismus beiträgt; doch läßt der methodische Determinismus des mißtrauischen Psychologen auch »jüdischen Verbündeten« kaum eine Chance, von ihren biologischen Gruppenstrategien abzurücken.

»Neokonservatismus ist eine jüdische Bewegung, geführt und beherrscht von Juden von Anfang an, und die Einstellungen der ›Neocons‹ zu bestimmten Schlüsselfragen richten sich an allgemeineren jüdischen Einstellungen aus. Was Neokonservative an ihren ›Verbündeten‹ unter den traditionellen Konservativen nicht ausstehen können, ist schlicht die Tatsache, daß die Konservativen überhaupt Konservative sind.«

Kevin MacDonald

Zu einer naturwissenschaftlich ausgerichteten Anthropologie, die der Alt-Rightler Steve Sailor auf den programmatischen Begriff der »Human Biodiversity« gebracht hat, bekennen sich nicht von ungefähr die meisten Intellektuellen der Bewegung; denn ihre Abkehr von der christlich-konservativen Leitkultur hat einer neuheidnisch-naturalistischen Denkungsart Vorschub geleistet, welche kulturelle Identitätsfragen zuweilen kurzschlüssig mit rassischen Gegebenheiten und genetischen Gruppeninteressen beantwortet. Dabei beziehen sich diese Alt-Rightler nicht mehr nur auf die von Hans Jürgen Eysenck und Arthur Jensen begründeten und später von Richard Lynn, Philippe Rushton und Michael Levin fortgeführten kulturvergleichenden Intelligenz- und Mentalitätsforschungen, die hinter allen sozialen Faktoren einen irreduziblen Rest von rassischen Begabungs- und Verhaltensprofilen fixieren konnten, sondern zunehmend auch auf neuere soziobiologische Konzeptionen, welche die auf William Hamilton zurückgehende »Verwandtenselektion« von der Familie auf die Ethnie ausweiten oder genetische Verwandtschaftskoeffizienten auf die Nation hochrechnen, um Patriotismus und Nationalismus als ideologische Verstärkung einer biologisch vorgezeichneten Anlage zu empfehlen.

Unter der wachsenden Anzahl von Bio-Anthropologen, die sich nach Maßgabe der von Rushton ausgearbeiteten »Theorie der genetischen Ähnlichkeit« für eine Rehabilitierung des bereits für obsolet gehaltenen Konzepts der »Gruppenselektion« stark machen, ist Frank Salter einer der wenigen, welche der soziobiologische Gemeinplatz, daß die Stärke des »genetischen Altruismus« mit der Höhe des Verwandtschaftsgrades abnimmt, ins Grübeln bringt: Wenn nämlich die »ethnische Loyalität« schon in traditionalistischen Gemeinschaften nie so stark ausgeprägt ist wie die »familiale Loyalität«, dann bedürfen vollends moderne, individualistische Gesellschaften, in denen soziale Rollenmodelle sich radikal von natürlichen Verhaltensmustern abgekoppelt haben, einer regelrechten Erziehung zu ethnischer und nationaler Solidarität. Und wirklich will Salter den weißen Amerikanern, deren Erbkoordinaten nicht einmal mehr ihr nacktes Überleben als Gruppe garantieren können, die »ethnische Pflicht« auferlegen, sich gefälligst um ihre »genetischen Interessen« zu kümmern.

Wenn die Gene des Mängelwesens Mensch aber so sehr schwächeln, daß sich die Kultur zum Anwalt seines Gruppenegoismus machen muß, dann scheint die Nation buchstäblich »von Natur aus« vom tribalistischen Zerfall bedroht zu sein. Aus dieser Überlegung hat der maskulinistische Aktivist Jack Donovan allerdings die Forderung abgeleitet, daß wir wieder zu barbarischen Kleingruppenwesen werden müssen, da »nur Barbaren sich wehren können«. Gemäß der Maxime Nietzsches: »Was fällt, das soll man auch noch stoßen!«, will sich Donovan den bereits zerfallenden Staat zur Beute machen und unter seinen Stammesgenossen aufteilen, denn es ist der »Stamm«, der ihm als elementare identitäre Größe gilt und in Gestalt marodierender Gangs ganz besonders imponiert. Doch kann die Unerschrockenheit, mit der Donovan europäische und amerikanische Weiße auf ein Kulturniveau herabdrücken will, wie es aus den arabischen und afrikanischen Welten unablässiger Stammeskriege wohlbekannt ist, kaum darüber hinwegtäuschen, daß in diesem Willen zur schonungslosen Entzivilisierung von dekadenten Kulturvölkern zu primitiven Barbarenstämmen eine ethnomasochistische Leidenschaft der besonderen Art am Werke ist.

»Wenn Stammesidentität alles ist, was zählt, dann gibt es ohne sie nichts mehr, was zählt. Es gibt nur noch Chaos und Orientierungslosigkeit, Verwirrung und Angst, willkürliche Handlungen und wurzellose Leere (…) Ein Barbar ist bereit, für sich und die seinen zu plündern. Mangelnde Fairneß und die Gefühle von Außenstehenden kümmern dabei genausowenig wie die Gefühle eines geschlachteten Schweins.«

Jack Donovan

Im schärfsten Gegensatz zu Donovans Tribalismus, der einen mutwilligen Rückfall hinter den unter Alt-Rightlern nahezu konsensuellen weißen Nationalismus bedeutet, tritt wiederum Jared Taylor mit seinem Rassenrealismus für dessen großzügige Überwindung ein. Als Übergangsfigur zwischen dem Paläokonservatismus und der Alt-Right dürfte der »Race realist« Taylor noch einflußreicher gewesen sein als Gottfried, und manche verehren ihn denn auch als deren eigentlichen »Godfather«. Jedenfalls hat seine 1989 gegründete und ab 1990 als Internet-Magazin fortgeführte Zeitschrift »American Renaissance« sich als Plattform für diverse rechtskonservative Strömungen bewährt, und auch in seinen Büchern hat Taylor stets weite Horizonte eröffnet, um »jenseits von konservativ und liberal« ein integrales Bewußtsein für die vitalen Interessen der Weißen zu wecken. In diesem Sinne ruft Taylor dazu auf, den Streit der politischen Parteien hinter sich zu lassen und sich die viel verhängnisvollere Zerstrittenheit der weißen Nationen vor Augen zu halten: Selbst in den hohen Zeiten des Kolonialismus und Imperialismus waren die europäischen Staaten immer auch gegeneinander angetreten, um schließlich infolge zweier Weltkriege ihre weltpolitische Vormachtstellung einzubüßen. In der Radikalität, mit der Taylor angesichts der durch weiße Nationalismen verursachten Selbstzerstörung Europas für ein transnationales Rassenbewußtsein eintritt, liegt zugleich seine Originalität beschlossen: Er begibt sich nicht einfach auf die Suche nach der verlorenen weißen Identität, sondern betont ausdrücklich, daß die Weißen eine voll ausgebildete und belastbare Identität noch nie besessen haben.

Wenn Taylor sein Projekt gleichwohl nicht »White Renaissance«, sondern eben »American Renaissance« getauft hat, dann deshalb, weil im Unterschied zu den in Europa verbliebenen Weißen die nach Amerika ausgewanderten Europäer durch die Konfrontation mit Indianern und Schwarzen von Anfang an ein realistisches Bewußtsein für die Rassenproblematik entwickeln mußten. Und wenn dieser Rassenrealismus unter dem Einfluß des Multikulturalismus auch zwischenzeitlich verschüttet wurde, ist Taylor doch zuversichtlich, daß die Weißen allmählich aus einem amerikanischen Alptraum erwachen werden, in welchem dieselben

»People of Color«, die auf ihre eigene rassische Identität pochen, noch die politisch korrekteste Farbenblindheit als weißen Rassismus brandmarken. Um ihre eigenen Interessen wiederzuentdecken, bräuchten die Weißen nur dem Vorbild der Schwarzen zu folgen, die sich auch nach der Erlangung voller politischer Gleichheit ein waches Bewußtsein für kulturelle Unterschiede bewahrt haben und mehrheitlich großen Wert auf rassische Selbstbestimmung legen. Noch in den scheinbar »gegenrassistischen« Segregationsbestrebungen der Black Muslims und der New Black Panther Party nimmt Taylor ein authentisches Rassenbewußtsein wahr, wie es sich in abgeschwächter Form auch bei asiatischen und lateinamerikanischen Zuwanderergruppen finde. Schließlich habe nicht einmal eine jahrzehntelang betriebene staatliche Integrations- und Inklusionspolitik etwas daran ändern können, daß »Gelbe« und »Braune« ebenso wie »Weiße« und »Schwarze« in ihrem privaten Lebensumfeld am liebsten unter sich bleiben.

In dieser Sache argumentiert Taylor ganz wie vormals Hannah Arendt, die ebenso entschieden, wie sie die Abschaffung der Rassengesetze begrüßte, auch alle Anstrengungen ablehnte, die erwünschte Rassenmischung gesetzlich zu erzwingen. Als Old-School-Liberale hielt Arendt daran fest, daß im gesellschaftlichen Raum »das Recht auf freie Vereinigung und damit auf Diskriminierung größere Gültigkeit als das Gleichheitsprinzip besitzt«, denn anders als im politischen Raum zähle hier »nicht der persönliche Unterschied, sondern die unterschiedliche Gruppenzugehörigkeit von Menschen, die um ihrer Identifizierbarkeit willen notwendigerweise andere Gruppen im gleichen Lebensbereich diskriminieren«. In diesem altliberalen Sinne kämpft auch Taylor für die verfassungsmäßig garantierte »freedom of association«, zu welcher nicht zuletzt das Recht auf selbstgewählte ethnische Segregation und regionale Sezession gehöre. So sympathisiert der »Southern Gentleman«, dessen Liebe zum »Southern way of life« eine tiefe Abneigung gegen eine starke Zentralregierung beinhaltet, mit den neu aufkeimenden Unabhängigkeitsbestrebungen in den Südstaaten, zumal keine amerikanische Regierung noch einmal einen Krieg um der »Union« willen riskieren würde.

Wie sein parteipolitischer Neutralismus wird freilich auch Taylors innergesellschaftlicher Regionalismus von seinem transnationalen Rassenrealismus getragen, in dem man zu Unrecht eine Ideologie der »White supremacy« hat sehen wollen, wie sie einst von Madison Grant und Lothrop Stoddard vertreten worden war. In Wahrheit will der »Advokat der Weißen« nur die unbestreitbaren zivilisatorischen Errungenschaften der allseits verhaßten »toten weißen europäischen Männer« in Erinnerung rufen, welche auch deren Verächter auf ganz selbstverständliche Weise in Anspruch nehmen. Die Rede von »überlegenen« und »unterlegenen« Rassen zurückweisend, besteht Taylor lediglich auf der Anerkennung der alten kulturhistorischen Einsicht, daß Zivilisationen nicht allein von politischen Prinzipien zusammengehalten werden, sondern letztlich auf rassischen Fundamenten ruhen: »Amerikanischer Konservatismus kann nichts bewahren, wenn er nicht das Gründervolk unserer Nation bewahren kann. Nichts was du liebst, wird überleben ohne weiße Menschen.«

Am Ende ist es diese seine paläokonservative Liebe zur europäischen Kultur, welche Taylors Sorge um deren rassische Träger nie zum rassistischen Selbstzweck werden läßt. Was ihn allerdings von den Paläokonservativen trennt und mit der Alt-Right verbindet, ist seine Resignation hinsichtlich des »amerikanischen Credo«, dessen Bindekräfte sich als zu schwach erwiesen haben, um die Nation vor dem von Roosevelt vorausgeahnten Schicksal eines »Flickenteppichs aus zerstrittenen Nationalitäten« zu bewahren. Mit hartem Realismus sucht Taylor der Not chronisch gewordener Rassenkonflikte immerhin die Tugend ihrer ethnopluralistischen Befriedung abzuringen, indem er für alle in Amerika lebenden ethnischen Gruppen das Recht auf exklusive »homelands« einfordert, ohne die nach ihrer multikulturellen Façon selig werdenden Amerikaner gleichwelcher Couleur missionieren zu wollen. Und dieses Ringen um Abrüstung im Rassenkrieg trennt Taylor schließlich von den radikalen Vertretern der Alt-Right, die mit ihrem missionarischen Kampf um einen weißen Ethnostaat vielmehr Zurüstungen zum Bürgerkrieg betreiben und damit den von Roosevelt befürchteten »Ruin dieser Nation« eher beschleunigen als aufhalten dürften. ■

Literaturhinweise:

Andrew Breitbart: *Righteous Indignation,* New York 2011;

Patrick J. Buchanan: *Irrweg Einwanderung. Die weiße Welt am Abgrund,* Selent 2007;

Jack Donovan: *Nur Barbaren können sich verteidigen,* Schnellroda 2017;

Samuel Huntington: *Who are We? Die Krise der amerikanischen Identität,* Hamburg 2004;

Kevin MacDonald: *Die Kultur der Kritik. Eine evolutionäre Analyse jüdischer Einflüsse auf intellektuelle und politische Bewegungen des 20. Jahrhunderts,* Gröditz 2013;

Paul E. Gottfried: *Multikulturalismus und die Politik der Schuld. Unterwegs zum manipulativen Staat?* Graz 2004;

Gavin McInnes: »What is the Alt-Right?«, https://www.youtube.com/watch?v=UQCZ9izaCa4;

Frank Salter: *On Genetic Interests: Family, Ethnicity, and Humanity in an Age of Mass Migration,* Transaction Publishers 2006;

George T. Shaw (Hrsg.): *A Fair Hearing. The Alt-Right in the Words of its Members and Leaders,* Artos Media 2018;

Jared Taylor: *White Identity: Racial Consciousness in the 21th Century,* New Century Foundation 2011.

Milo Yiannopoulos: *Dangerous,* Milo Worldwide LLC 2017.

Konturen einer gefühlten Krise

von Michael Wiesberg

Deutschland gilt als eines der wohlhabendsten Länder der Welt; seit Jahren boomt die Wirtschaft auf einem Niveau, das viele mittlerweile für selbstverständlich halten. Trotz eines in der deutschen Geschichte wohl einzigartigen Wohlstandsniveaus hat sich eine Krisenstimmung ausgebreitet, die das Land »spaltet«, um es im heutigen Medien- und Politikerjargon zu sagen. »Spalter« sind vor allem die sogenannten Populisten, die angeblich mit Halb- oder Unwahrheiten Haß und Zwietracht unter den Deutschen säen und das gewünschte Bild einer »weltoffenen Gesellschaft« in Frage stellen. Deutschlands Ansehen in der Welt werde damit, so die Ansicht führender Vertreter von Politik, Wirtschaft und Medien, »beschädigt«.

Viele Bundesbürger, die dessen ungeachtet Anzeichen einer schwelenden Krise orten, sehen sich in einen Zustand getrieben, der mit dem Begriff der kognitiven Dissonanz umschrieben werden kann. Psychologen meinen damit einen Gefühlszustand, den Menschen verspüren, wenn sie miteinander unvereinbaren Wahrnehmungen, Gedanken oder Meinungen ausgesetzt sind. Diese Diskrepanz wird um so stärker empfunden, je mehr Erkenntnisse gewonnen werden, die nicht mit den eigenen Einstellungen in Übereinstimmung zu bringen sind. Die menschliche Reaktion auf diese Situation besteht in der Regel darin, diese gegensätzlichen Tendenzen miteinander vereinbar zu machen. Notfalls werden dafür auch Überzeugungen und Werte verändert, was sich politisch unter anderem in einem grundsätzlich anderen Wahlverhalten artikuliert.

»Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheiten auch aktiv nutzt.«

Colin Crouch: *Postdemokratie.*

Die Auslöser kognitiver Dissonanz in Deutschland sind mannigfaltig. Selbst die aktuell wirtschaftlich gute Lage steht auf schwankendem Grund. So ist Deutschland zweifelsohne einer der Hauptprofiteure der Gelddruck- und Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Dadurch kommt es allerdings zu Fehlentwicklungen, an denen die Deutschen noch lange knabbern werden: Gemeint sind damit unter anderem die dramatische Enteignung der Sparer und die Fehlallokationen der Geldflüsse in Immobilien- und Aktienblasen, die in einer Krise schwere Verluste verursachen könnten.

Auch der Rekordstand an Erwerbstätigen, mit dem die Politiker der etablierten Parteien hausieren gehen, erweist sich bei näherem Hinsehen als Schimäre. Der Wirtschaftswissenschaftler Gunnar Heinsohn hat hier die Gegenrechnung aufgemacht: Von den rund 40 Millionen Erwerbstätigen (Stand 2016) in Deutschland erhielten 13 Millionen mehr zurück, als sie an Steuern zahlten. Von den verbleibenden 27 Millionen Netto-Steuerzahlern würden zwölf Millionen direkt oder indirekt aus Staatstöpfen bezahlt. Netto-Steuerzahler sind also nur diejenigen, die mehr Steuern und Abgaben zahlen, als sie an staatlichen Umlagen oder Leistungen zurückerhalten – 15 Millionen Netto-Steuerzahler in Deutschland also. Sie nun hätten ihr Geld gegen nationale und internationale Konkurrenz zu verdienen. Acht Millionen davon, unter 44 Jahre alt und in internationa-

ler Konkurrenz stehend, würden von den globalen Wettbewerbern umworben. Wer diese zehn Prozent Leistungsträger der Nation nur als »Dukatenesel« sehe, verspiele nach Heinsohn die Zukunft. Der anhaltende »brain drain« von Leistungsträgern aus diesem Segment ins konkurrierende Ausland sei deshalb mehr als ein Alarmsignal.

Die Einwanderungspolitik der Wettbewerber Deutschlands, seien es die anglosächsischen Staaten, aber auch zum Beispiel die Schweiz, hat diese Leistungsträger im Blick. Sie müssen in diesen Ländern nur 25 Prozent ihres Verdienstes als Steuern abgeben, anstatt 50 Prozent hierzulande. Die Anreize für die Zuwanderung Bildungsferner wird dort erschwert, sodaß eine Einwanderung in die Sozialsysteme weitgehend unterbunden ist. Diese Länder sind im weiteren skeptisch im Hinblick auf eine »pädagogische Verbesserung der Neuankömmlinge«. Demgegenüber hängt die deutsche Politik weiter der Illusion an, durch Integrationsmaßnahmen aller Art (»Willkommenskultur«) jeden beliebigen Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft eingliedern zu können.

»Der hegemoniale Politikstil in den westlichen Gesellschaften sucht nach einer doppelten Abhilfe; zum einen soll das Recht die Konflikte exemplarisch lösen oder unterdrücken; zum anderen soll eine multikulturalistische Leitidee an die Stelle der Orientierung auf Menschenrechte und Demokratie treten.«

Egon Flaig: *Die Niederlage der politischen Vernunft. Wie wir die Errungenschaften der Aufklärung verspielen.*

Indikatoren, an dem die krisenhafte Stimmung abgelesen werden kann, sind »populistische« Strömungen und Parteien, aber auch die sozialen Medien. Was sich dort abspiele, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in der *Zeit,* erinnere ihn mittlerweile an die Mißachtung und Verächtlichmachung der demokratischen Institutionen in der Weimarer Demokratie. Die erregten Ausbrüche in den sozialen Medien, aber auch in den Kommentarfunktionen etablierter Medien im Netz, stehen pars pro toto für die tiefgreifende Verunsicherung eines Gemeinwesens, das sich seit der Merkelschen Grenzöffnung im September 2015 seiner selbst nicht mehr gewiß ist. Sozialwissenschaftler aller Couleur bemühen sich seit Jahren, dieses Phänomen auf den Begriff zu bringen. »Postdemokratie« ist einer dieser Begriffe, mit dem man das sich ausbreitendende Unbehagen zu erfassen versucht. Der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch hat diesen Begriff bekannt gemacht. In seinem 2008 ins Deutsche übersetzte gleichnamige Buch definiert er »Postdemokratie« als »Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden«, in dem allerdings »konkurrierende Teams von PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommen«. Es würde nur noch über die Probleme diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt hätten. Die Demokratien westlichen Zuschnitts näherten sich dem Zustand der »Postdemokratie« immer weiter an, was zur Folge habe, daß der »Einfluß privilegierter Eliten« zunehme. Der Fokus allerdings, den Crouch gewählt hat, ist bei weitem nicht umfassend genug, um die Konturen des heutigen Krisengefühls abzubilden und zu deuten. Crouchs Perspektive ist eine sozialdemokratische, sein Feindbild der sogenannte Neoliberalismus. Der linke Publizist Robert Misik hatte richtig erkannt, Crouch hätte vor allem der »europäischen Sozialdemokratie Selbstbewußtsein geben« und ihr »Klarheit über ihre Aufgaben verschaffen« wollen. Nicht zuletzt die aktuellen desaströsen Wahlergebnisse der SPD aber zeigen, daß Crouchs Intentionen ins Leere gelaufen sind. Seine Lageanalyse ist offenbar unzureichend.

»Was sind Kosmopoliten, was Kommunitaristen? Drei Prinzipien kennzeichnen den Kern des Kosmopolitismus: Individualismus, Universalismus und Offenheit. Kosmopoliten priorisieren individuelle Rechte, offene Grenzen, liberale Zuwanderung, erleichterte Einbürgerung, kulturellen Pluralismus sowie eine globale Verantwortung für universell gültige Menschenrechte und den Umweltschutz. Kosmopoliten betonen die Chancen der Globalisierung, Kommunitaristen die Gefahren. Letztere präferieren überschaubare Gemeinschaften, kontrollierte Grenzen; befürworten eine Beschränkung der Zuwanderung; optieren für kulturelle Identität und betonen den Wert des sozialen Zusammenhalts. Dieser, so das kommunitaristische Credo, sei leichter in kleinen abgrenzbaren Gemeinschaften herzustellen als in unbegrenzten soziopolitischen Räumen.«

Wolfgang Merkel: »Die populistische Revolte«.

Stattdessen erleben »populistische« Strömungen und Parteien Zulauf. Dieser Zulauf läßt die Verortung der unterschwelligen Krise in eine ganz andere Richtung angezeigt erscheinen. Ihr ist der in England lehrende ungarischstämmige Soziologe Frank Furedi auf der Spur. Furedi diagnostiziert einen grundlegenden Konflikt, den er als europäischen Krieg der Kulturen und Werte bezeichnet und der mit den Kategorien links und rechts nicht mehr zu fassen sei. Das, was heute unter den Begriff »Populismus« subsumiert werde, sei die moralische Schuldigsprechung oppositioneller autochthoner Europäer durch ihre Eliten. Populisten seien fremdenfeindlich, rassistisch, reaktionär, irrational und Vertreter einer Lebensweise, die von den Vertretern der »Eliten« in der Regel als »rückwärtsgewandt« denunziert wird. Diese »populistische« Klientel wiederum ist durch ihre klare Absage an die Kultur und Werte der westlichen (= transatlantischen) Eliten gekennzeichnet. Hierzu gehören der Multikulturalismus, die Globalisierung und das, was Furedi »Identitätspolitik« nennt.

Zur Genese und aktuellen Bedeutung der »Identitätspolitik« hat sich Furedi unter anderem in der *Neuen Zürcher Zeitung* ausführlicher geäußert; in diesem Beitrag wird deutlich, wie diese Politik zu einem Fak-

tor des heutigen Krisenbewußtseins werden konnte. Die Politisierung der Identitätsfrage im späten 18. Jahrhundert war, so Furedi, zunächst eine »Reaktion konservativer Kräfte auf die Aufklärung und insbesondere auf deren Bekenntnis zum Universalismus«. Die Konservativen setzten dagegen, daß die einzig bedeutsame Identität »diejenige spezifischer Völker und Gruppen« sei. Nach und nach sickerte diese Vorstellung »distinkter kultureller Prägungen in den Diskurs des Nationalismus ein«. All dies stand, so Furedi, »dem Geist der Aufklärung diametral entgegen«. Wie konnte es nun dazu kommen, daß Identitätspolitik zum Anliegen der Linken werden konnte?

»Die europäischen Bürger mußten entsetzt feststellen, daß sowohl EU wie auch die traditionellen Parteien angesichts des ungeordneten millionenfachen Zuzugs aus Afrika und Asien völlig hilflos agieren. Ja noch mehr: Während die Bevölkerung aller europäischen Länder diesen Zuzug in ihrer ganz großen Mehrheit von Anfang an abgelehnt hat, haben ihn viele aus der regierenden Elite in Medien, Politik, Kultur und Wissenschaft lange bejubelt, als ethisch richtig und demographisch notwendig hingestellt.

Damit ist eine tiefe Kluft zwischen Machthabern und Volk entstanden. Sie ist vergleichbar mit der Entfremdung vor den liberal-demokratischen Erhebungen zwischen 1789 und 1918. Diese haben dann in der Folge fast überall den Feudalstaat mit seinen unerträglichen Macht- und Standesprivilegien hinweggefegt.«

Andreas Unterberger: »Wie einst der Adel: Überlebenskampf der Machtelite«.

Furedi und ausführlich der Politikwissenschaftler Mathias Hildebrandt in seiner Arbeit *Multikulturalismus und Political Correctness in den USA,* zeichnen nach, wie sich auf Seiten der Linken der Fokus vom Klassenkampf auf die Identitätsfrage verschoben hat. Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, aber auch der Bürgerrechtsbewegung in den USA (insbesondere die der Afroamerikaner) wurde für die Linke in den sechziger und siebziger Jahren zur »Hauptquelle radikaler Identität«. Damit verbunden war eine »Abkehr von gesellschaftlich breit abgestützten Interessen und die Hinwendung zu partikulären Anliegen«. Furedis zentrale These lautet nun, daß sich der »schrumpfende Erwartungshorizont der Linken«, deren neues Selbstverständnis sich mehr und mehr in der »kulturellen Wende« fokussierte, zunehmend zu einer Distanzierung von ihrem Kernanliegen, der »gesellschaftlichen Solidarität«, führte. Die bedeutsamste Folge dieser Entwicklung war eine »Sakralisierung der Identität«. Die Ideale der »Differenz« und der »Diversität« (Vielfalt) verdrängen das der Solidarität.

Diese Identitätsfokussierung lud sich in den 1970er Jahren durch die Politisierung der Opferrolle weiter auf; ganze Gruppen machten sich diesen Status zu eigen. Die Opferrolle ist mit einer Immunisierung verbunden. Opfer sind »a priori schuldlos«; ihnen wächst »moralische Autorität« zu.

Ein markanter Wesenszug heutiger Identitätspolitik ist ihre Tendenz zur Abschottung und Individualisierung. Zu beobachten ist eine ständige Zunahme von Gruppen, die sich auf Identität berufen, von der »Mehrheitsgesellschaft« separieren und damit die Fragmentierung des Gemeinwesens befördern. Politisch wird diese Fragmentierung mit dem Begriff »Diversität« (Vielfalt) übertüncht, der sich, angestoßen von der EU, seit Ende der 1990er Jahre zur Unterscheidung und Anerkennung von Gruppen- und individuellen Merkmalen eingebürgert hat. »Diversität« müsse, so deren Propagandisten, als gesellschaftliche und besonders als ökonomische »Ressource« betrachtet werden. Tatsächlich ist sie Ausdruck einer immer weiter voranschreitenden gesellschaftlichen Heterogenität und Fragmentierung, die das Gemeinschaftsgefühl zunehmend erodiert.

»Es ist ein historisch einzigartiges Experiment, eine Demokratie [gemeint ist die deutsche, M. W.] zu nehmen, die diese monoethnische Vorstellung von sich selber hatte, und sie in eine multiethnische Gesellschaft umzuwandeln.

Nun gibt es große Bevölkerungsteile, ich zähle mich da hinzu, die das willkommen heißen, die das wunderbar finden, die das richtig finden. Aber es gibt natürlich auch Teile der Gesellschaft, denen das Ängste bereitet und die sich dann dagegen aufbäumen. Das müssen wir offen anerkennen.«

Yascha Mounk: »Der Prophet des Untergangs der Demokratie«.

Befeuert wird diese Entwicklung durch eine unregulierte Migrationspolitik, die zum Treibsatz gesellschaftlicher Spaltung geworden ist; insofern handelt es sich hier tatsächlich um die »Mutter aller Probleme«, wie Bundesinnenminister Horst Seehofer feststellte. Daß ein Großteil der Migranten nicht mehr aus Gründen rassischer, politischer oder religiöser Verfolgung nach Europa und insbesondere nach Deutschland drängt, sondern aus anderen Motiven, ist mittlerweile evident. Sie kämen, so resümierte der österreichische Publizist Andreas Unterberger auf seinem Blog, zum einen um Arbeit zu finden (die es für viele aufgrund mangelnder Qualifizierung nicht gebe), zum anderen, weil die Aussicht auf Sozialleistungen aller Art locke oder drittens, weil sie kriminelle Absichten hätten.

Daß der deutsche Staat diesem Zustrom kaum etwas entgegensetzt, hat maßgeblich zu einer unterschwelligen Krisenstimmung geführt, die das Aufkommen »populistischer« Strömungen begünstigt hat. Diese Stimmung wird durch die sich ausbreitende organisierte Kriminalität weiter angefacht, die das Sicherheitsgefühl vieler Bürger insbesondere in den Großstädten immer weiter beeinträchtigt.

Mindestens ebenso schwer wögen nach Unterberger die gravierenden Fehlentwicklungen auf EU-Ebene, seien es nun die Mißachtung eigener Beschlüsse oder Gesetze, die Griechenland-Rettungspolitik, Überregulierung, die expansive Geldpolitik der EZB und anderes mehr. Diese Fehlentwicklungen stehen in direkter Korrelation zur Krise der Parteiendemo-

kratie; die lange herrschenden Volksparteien wirken angesichts der komplexen politischen Herausforderungen überfordert. Das hängt auch mit dem politischen Personal zusammen, das bestenfalls die personalisierte Mittelmäßigkeit ihrer Parteien repräsentiert. Der Existenzkampf der SPD ist ein signifikanter Ausdruck dieser Krise; aber auch schrumpfende Mitgliederzahlen und zunehmende Überalterung. Letztlich sind auch die aktuellen Wahlerfolge der Bündnisgrünen ein Ausdruck dieser Krise, repräsentieren sie in Deutschland doch am stärksten kosmopolitische Positionen. Sie stehen für die Überbetonung individueller Rechte, offene Grenzen, für eine permissive Zuwanderungspolitik, kulturellen »Pluralismus« und für einen Umweltschutz ohne Maß und Verstand. Diese Positionierung ist mehr oder weniger auch das Credo der kosmopolitischen Eliten in Wirtschaft, Staat und Medien. Der »politische Diskurs der Herrschenden«, so konstatiert der Berliner Politologe Wolfgang Merkel, sei »zum herrschenden Diskurs geworden«. Daß die Kritik an diesem Diskurs häufig »moralisch delegitimiert« werde, habe den Rechtspopulisten den Kampfbegriff der »politischen Korrektheit« geliefert. Merkel sieht die »populistische Revolte« vor allem von der männlichen Unter- und (unteren) Mittelschicht getragen, und zwar als Reaktion auf den »überschießenden Kosmopolitismus und Moralismus des *Mainstreams* und der Bessergestellten«. Merkel kritisiert in diesem Zusammenhang auch das funktionalistische »Primärargument« der Kosmopoliten, die Welt sei mittlerweile »so stark vernetzt«, daß »transnationale Probleme« nur nationalstaatsübergreifend bekämpft werden könnten. Je »größer und komplexer aber die politischen Räume« seien, um so weniger ließen »sie sich demokratisch regieren«.

Die Kosmopoliten sind blind für die Ursachen der »populistischen Revolte«; sie haben kein Sensorium für den Wert des Nationalstaates, für die Angst vor dem Verlust von Heimat oder einer vertrauten Lebenswelt, die sie, so Merkel, »als moralisch insuffizient aus unseren Debatten ausgrenzen«. Das gilt besonders im Hinblick auf die Migrationspolitik und deren gesellschafts- und kulturverändernde Folgen. Die hiermit verbundenen gravierenden Veränderungsprozesse brachte der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Yascha Mounk wie folgt auf den Punkt: »Es ist ein historisch einzigartiges Experiment, eine Demokratie zu nehmen, die diese monoethnische Vorstellung von sich selber hatte, und sie in eine multiethnische Gesellschaft umzuwandeln.« Nach Mounk gebe es »große Bevölkerungsteile, ich zähle mich da hinzu, die das willkommen heißen, die das wunderbar« fänden. Aber natürlich gebe es »auch Teile der Gesellschaft, denen das Ängste bereitet und die sich dagegen aufbäumen.« Das müßten wir »offen anerkennen«. Ungeachtet dessen stellt Mounk in seinem Buch *Der Zerfall der Demokratie* einseitig den »Rechtspopulismus« ganz im Sinne der kosmopolitischen Eliten als »Gefahr für unsere Demokratie« an den Pranger.

Es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, daß die kosmopolitisch gestimmten Eliten die von Mounk angesprochenen »Ängste« anerkennen könnten. Stattdessen wird den Protagonisten des »Populismus« vorgeworfen, Feindseligkeiten überhaupt erst zu erzeugen, »Ängste zu schüren« und »Haß« zu wecken. Der Althistoriker Egon Flaig hat diese daraus folgende Argumentationsmechanik auf den Punkt gebracht: »Der hegemoniale Politikstil in den westlichen Gesellschaften sucht nach einer doppelten Abhilfe; zum einen soll das Recht die Konflikte exemplarisch lösen oder unterdrücken; zum anderen soll eine multikulturalistische Leitidee an die Stelle der Orientierung auf Menschenrechte und Demokratie treten.« Daß daraus Konflikte erwachsen, die sich administratorisch oder ökonomisch nicht mehr befrieden lassen, hat Botho Strauß bereits vor 25 Jahren vorausgesehen, als er ankündigte: »Zwischen den Kräften des Hergebrachten und denen des ständigen Fortbringens, Abservierens und Auslöschens wird es Krieg geben.« Hier liegt der Kern einer Krise, die existentieller Natur ist. Es ist eine Krise, die die Zukunft der Deutschen nachhaltig verändern wird. Es hängt auch vom Erfolg der »populistischen Revolte« ab, ob im »europäischen Krieg der Kulturen und Werte« so etwas wie eine »nationale Identität« erhalten werden kann. In dem Maße, in dem sich die kosmopolitischen Eliten einer grundlegenden Korrektur ihrer gesellschaftspolitischen Konzepte verweigern und jegliche Kritik als illegitim ausgrenzen, wird sich die schwelende Krise weiter vertiefen. ■

Literaturhinweise:

Colin Crouch: *Postdemokratie,* Frankfurt a.M. 2008;

Egon Flaig: *Die Niederlage der politischen Vernunft. Wie wir die Errungenschaften der Aufklärung verspielen,* Springe 2017;

Frank Furedi: *Populism and the European Culture Wars – a Conflict of Values between Hungary and the EU,* London 2017;

Frank Furedi: »Identitätspolitik: Solidarität war gestern«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Januar 2018;

Gunnar Heinsohn: »Benötigt die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft Einwanderung?«, Friedrich-Ebert-Stiftung/Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik: »Wirtschaftspolitische Herausforderungen von Flucht, Migration und Integration«, 1.–2. Juli 2016; im Netz unter fes.de;

Mathias Hildebrandt: *Multikulturalismus und Political Correctness in den USA,* Wiesbaden 2005;

Wolfgang Merkel: »Die populistische Revolte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 157,* II/2017, S. 53–56;

Robert Misik: »Eine Win-Win-Situation«, in: *Der Freitag* 29/2013, 18. Juli 2013;

Yascha Mounk: *Der Zerfall der Demokratie: Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht,* München 2018;

Yascha Mounk: »Der Prophet des Untergangs der Demokratie«, in: Deutschlandfunk Kultur, 17. Februar 2018; im Netz unter: deutschlandfunkkultur.de;

Frank-Walter Steinmeier: »Schauen Sie sich die Beschimpfungen an? Ja, leider!«; Interview mit Tina Hildebrandt und Giovanni di Lorenzo, in: *Die Zeit* vom 7. Juni 2018;

Andreas Unterberger: »Wie einst der Adel: Überlebenskampf der Machtelite«, 17. April 2017; im Netz unter: andreas-unterberger.at;

Botho Strauß: »Anschwellender Bocksgesang«, in: *Der Spiegel* vom 8. Februar 1993, S. 202–207.

Die Kluft. Über Eskalationspotential der deutschen Linken

von Benedikt Kaiser

Wenn in der deutschsprachigen Linken über Migration, Flüchtlinge und Zuwanderung gestritten wird, stehen sich zwei Blöcke nahezu unversöhnlich gegenüber: Auf der einen Seite die menschenrechtsuniversalistisch argumentierende, hypermoralisch auftretende »Open Border«-Mehrheitsfraktion (man denke an Katja Kipping in der Parteipolitik, an kreischende Linksteenies beim Flüchtlingsgucken an Bahnhöfen oder an antifaschistische Pamphlete) – sie ist beinahe ausnahmslos der Meinung, zur AfD übergegangene Wähler sollen als »Rassisten« da bleiben, wo sie hinübergewechselt sind. Auf der anderen Seite die um einen wirklichkeitsnahen Blick bemühte, entlang von Sachfragen operierende, realistische, »altlinks«-materialistisch argumentierende Gruppe (man denke an Sahra Wagenknecht in der Parteipolitik oder an Wolfgang Streeck in der Publizistik), für welche die AfD-Erfolgsgeschichte auch oder gar vor allem linken migrationspolitischen Unzulänglichkeiten geschuldet sei – sie wird für ihre vermeintliche »Rechtsabweichung« von Antifa-Akteuren und linken Jugendgruppen immer wieder angegriffen, auch tätlich.

So dichotomisch ist die Situation links der Mitte tatsächlich. Die Kluft zwischen beiden Fraktionen, die intern gewiß wieder zu untergliedern wären, ist seit dem Beginn der Migrationskrise 2015 stetig gewachsen und scheint angesichts der verhärteten Fronten allmählich unüberwindbar. In der Frage von Migration und Zuwanderung verdichten sich die verschiedenen Konfliktlinien der heterogenen Linken. Rainer Balcerowiak, ein Journalist im ideologischen Umfeld Wagenknechts, bringt dies auf die Formel »Gemeinschaftsdenken gegen universale Vereinzelung«, in politischer Diktion: »Kommunitarismus vs. Kosmopolitismus«; es gehe »um alternative Lebensentwürfe urbaner Citoyens vs. das Bedürfnis nach Heimat, Geborgenheit und sozialer Sicherheit«. Diese Entwürfe, die in der Linken in verschiedenen Abstufungen vertreten werden, sind aufgrund ihrer unterschiedlichen zugrundeliegenden Paradigmen und Gesellschaftsentwürfe schlechterdings nicht harmonisierbar; die Kluft ist größer als jeder derzeit feststellbare Graben innerhalb der Rechten. Hans-Jürgen Urban, Vordenker einer arbeitsteiligen Linken, mahnt dementsprechend, daß die noch nicht einmal konstituierte »Mosaiklinke« bereits drohe, an der Migrationsfrage »zu zerschellen«.

In der Öffentlichkeit, auch in der rechten, wurde diese vorhandene substantielle Spaltung oft unterschätzt. Das lag zum einen an der medialen Überrepräsentation, ja an der gefühlten Omnipräsenz der Open-Border-Fraktion, was vermuten ließ, andere Standpunkte zur Massenmigration, kritische zumal, wären in der Linken nicht existent. Zum anderen lag dies an der Defensivhaltung respektive Pro-forma-Selbstgeißelung einer realistischeren Linken, die im »Diskurs«, der untrüglich keiner war, oftmals zu schweigen schien, um den Furor der Hypermoralisten nicht noch stärker auf sich zu ziehen. Das ändert sich nun, und die Auseinan-

dersetzung nimmt nicht zuletzt seit der Inauguration der »Aufstehen«-Gruppierung um Sahra Wagenknecht, Bernd Stegemann und einige andere sowie aufgrund der damit verbundenen Auseinandersetzungen an Fahrt auf. Weil trotz eigener essentieller Lücken (vgl. meinen Beitrag »Die Lücke, das Volk, die Linke« in *Sezession* 85) gewisse Annäherungen dieser um Nationalstaatsrealismus bemühten »populistischen« Linken an konservative bis neurechte Standpunkte wahrzunehmen sind, lohnt sich ein näherer Blick insbesondere auf die innerlinken Gegner der »Grenzen-auf-für-alle«-Apologeten. Es könnte nämlich zu einer direkten Konkurrenzsituation für jene Teile der Rechten kommen, die dabei sind, als »links« wahrgenommene Themen zu kapern.

Denn obschon die Rhetorik des Zuwanderungsfanatismus in der vielfältigen linken Publizistik Deutschlands über Jahre hinweg unantastbar schien, so kann man nun, vor allem aufgrund des maßgeblichen Drucks, unter den die Linke von rechts geraten ist, ungewohnte Überlegungen vernehmen. Die Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der (gewerkschaftsnahen) Hans-Böckler-Stiftung, Anke Hassel, mahnt beispielsweise, »der häufig kritisierte Satz ›Sozial geht nur national‹« sei »in erster Linie eine empirische Tatsache«. Für die Leser der dezidiert migrationsfreundlichen *Blätter für deutsche und internationale Politik* sind das verstörende Töne. Hassel ahnte wohl die folgenden Reaktionen, wenn sie ihre These, wonach es einer (linken) Revision der Migrationspolitik in Richtung einer Regulation der Zuwanderung bedürfe, mit dem Appell schließt, man müsse doch endlich »Foren der Diskussion und des Ausgleichs« schaffen, damit Themen wie Migration offen debattiert werden könnten – dieser Aufruf erinnert frappierend an die Vorschläge Martin Sellners. Hassels Verdikt impliziert die (für rechte Leser unspektakuläre) Erkenntnis, daß linke Medien keine solchen Foren ermöglichten. Dort dominiert bisher eine gefühlsmäßig und moralisierend aufgeladene »liberale Hyperkultur« (Andreas Reckwitz), die von kulturell linksliberalen Markern durchdrungen ist und migrationspolitisch keine andere Losung als jene der bedingungslosen Aufnahme von Migranten jeder Art akzeptiert. »Bisher« – denn in betont kleinen Schritten vollzieht sich eine partielle theoretische Öffnung in Richtung anderer Ansichten. Parallel zu Hassels Beitrag in den linken *Blättern* erschien denn auch im Zentralorgan der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* ein vergleichbares Plädoyer zum Umdenken. Julian Nida-Rümelin vermaß das Gelände der Migration neu: Einwanderung, so der Münchner Professor für Philosophie und Politische Theorie, müsse »sozial- und kulturverträglich in den Aufnahmegesellschaften sein«. Der Leiter der SPD-Grundwertekommission von 2009 bis 2013 bemerkt im Hinblick auf unsere südlichen Nachbarn, daß es »durchaus legitim« sei, »wenn ein großer Teil der italienischen Gesellschaft es ablehnt, dass junge Männer aus den Mittelschichten des subsaharischen Afrikas die Bahnhöfe und Straßen der süditalienischen Städte zu Zigtausenden bevölkern«. In diesem Kontext verweist Nida-Rümelin auch auf die Bevölkerungsexplosion in Afrika: Der Kontinent wird 2050 wohl 2,5 Milliarden Bewohner haben. Nida-Rümelins Analyse wird dadurch besonders brisant, daß der Autor aus diesen und weiteren Aspekten schlußfolgert, die deutsche Sozialdemokratie werde sich inhaltlich öffnen müssen, und zwar »in der Sozialpolitik nach links, in der Migrationspolitik nach rechts«, gegen »Globalismus à la TTIP und WTO«. Abgesehen davon, daß ein Terminus wie »Globalismus« aufgrund allfälliger rechter Globalisierungskritik – etwa von Manfred Kleine-Hartlage – vielen links sozialisierten Lesern schon als »anrüchig« erscheinen könnte, ist es bemerkenswert, daß hier ein unter Gerhard Schröder als Kulturstaatsminister reüssierender Sozialdemokrat offen einen Rechtsschwenk in Zuwanderungsfragen fordert – im selben Maße wie Anke Hassel, wenn sie eine ziemlich deutlich rechts konnotierte Losung wie »Sozial geht nur national« rehabilitiert.

In eine ganz ähnliche Richtung geht auch Nils Heisterhagen. Der ehemalige Grundsatzreferent einer sozialdemokratischen Landtagsfraktion hat eine dezidiert linke Kritik des kosmopolitisch-linksliberalen Ungeists des eigenen Milieus in einem Programmbuch verdichtet. *Die liberale Illusion* ist ein Appell, den »liberalen Moralismus« samt inhärenter *Political Correctness* zu überwinden. Deutlicher und radikaler als

»Im Laufe der nächsten Jahre wird die zentrale Achse der politischen Auseinandersetzung zwischen einem rechtsgerichteten und einem linksgerichteten Populismus verlaufen.«

Chantal Mouffe: *Für einen linken Populismus,* Berlin 2018, S. 17.

»Es wird für die Linke in den nächsten Jahren zentral darauf ankommen, wie sie mit dem Thema Migration umgeht. Da Verdrängungskonkurrenz real ist und der gesellschaftliche Diskurs verroht, sollte sie viel dafür tun, die gesellschaftliche Polarisierung zu reduzieren, anstatt sie anzuheizen. Das gilt insbesondere für die Gewerkschaften, deren Mitglieder bereits jetzt schon tief gespalten sind.«

Anke Hassel: »Die linke Antwort: Migration regulieren«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2018, S. 33–36, hier 36.

»Eine geeinte linke, pragmatische Kraft, die ökonomische Vernunft mit sozialem Ausgleich verbindet und die die ideologischen Eierschalen des Marxismus und Linkslibertarismus *(open borders)* abgelegt hat? Ja, aber nicht in Gestalt einer weiteren Spaltung links der Mitte, sondern als wiedererstarkte, inhaltlich erneuerte deutsche und europäische Sozialdemokratie.«

Julian Nida-Rümelin: »Aufstehen?«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 10/2018, S. 15–18, hier 18.

Hassel und Nida-Rümelin kritisiert Heisterhagen das Treiben der rot-grünen »postmodernen Identitätspolitiker«, die nicht nur jedes Maß verloren hätten, sondern auch als »emotional Getriebene« wirken, die ihren Moralismus nicht einmal mehr für rational begründungspflichtig erachten, sondern apodiktisch als das Gute voraussetzen. In dieser Logik, so kann man Heisterhagens Ansätze in seinem jüngsten Buch und in diversen Zeitschriftenbeiträgen deuten, werden Hedonismus und Konsumismus mit menschenrechtlich argumentierendem Universalismus zur neuen, »kulturlinken«, postmodernen Heilslehre synthetisiert. Ganz vernutzend, ist dieser Geist nur der Gegenwart zugewandt, in der sich das von Bindungen befreite Individuum selbst bejuble und sich für die Zukunft und seine vielfältigen politischen Herausforderungen blind zeige. Statt einer substantiellen Kritik an solchen eminent liberalen Entwicklungen, folge links jedoch die Apologie der »Diversity-Politik«, die nach Heisterhagen eben nicht links, sondern liberal, nicht grundsätzlich, sondern postmodern beliebig anzusehen ist. Aus diesem Lebensgefühl der »postmodernen Linken« erwachse eine genuine Arroganz gegenüber all jenen, die diese »Lebenswelt« nicht kennen, nicht selbst erfahren, sprich: es bildet sich Überheblichkeit samt Überlegenheitsgefühl dieser urbanen, kosmopolitischen neuen Linken gegenüber der Bevölkerungsmehrheit heraus.

Heisterhagen analysiert letztlich das, was Norbert Bormann in *Warum rechts?* einige Jahre vor ihm darlegte: Der Fixpunkt heutiger linker Politik, speziell der tonangebenden Open-Border-Fraktion, ist die *offene* Gesellschaft, nicht die *soziale* oder *solidarische*; die primäre Stoßrichtung der Kritik verläuft gesellschaftspolitisch, nicht allgemein politisch und ökonomisch. Man hat die »großen Fragen« preisgegeben, um im »postmodernen Wohlfühllinksliberalismus« aufzugehen. Linke Politik artikuliert sich allenfalls noch als »Nehmt bitte mehr Flüchtlinge auf«, wie Heisterhagen speziell in bezug auf die Jungsozialisten (Jusos) der SPD moniert, die diejenigen seien, »die am lautesten für offene Grenzen und gegen jede Flüchtlingsbegrenzungspolitik sprechen«. Die Kluft zwischen grundsätzlichen Linken, zu denen Heisterhagen zu rechnen ist, und jener Lifestyle-Linken, deren Feld weit umfassender ist als die Juso-Strukturen, besteht nicht nur habituell, sondern fundamental. Heisterhagen weiß, was die postmoderne Linke ihm und seinesgleichen für Bärendienste erweist; er fürchtet nicht zuletzt aufgrund dieser Mängel ein weiteres Erstarken einer politischen Rechten mit sozialer Ausrichtung. Denn dem Befund vieler seiner Weggefährten, die AfD sei in weiten Teilen »neoliberal« oder, weniger pejorativ, »wirtschaftsliberal«, und man müsse daher als rot-rot-grünes Lager keine sozialpolitische Konkurrenz durch die Alternative fürchten, mangelt es – ausgerechnet – an internationalem Weitblick. Denn Heisterhagen verweist mit Recht darauf, daß fast alle erfolgreichen Projekte rechter Populisten in Europa als marktliberale Plattformen begannen. Doch erlebten sie früher oder später (mit Ausnahme Geert Wilders') eine explizit soziale und etatistische Wende. Bereits jetzt ist darüber hinaus die AfD in den »populären Klassen«, also bei den »Prekären« und in der unteren Mittelschicht, die stärkste Kraft, und das trotz der (noch) recht marktliberalen Programmatik. Was, so läßt sich mit Heisterhagen argwöhnisch (er fürchtet die »Konterrevolution von ganz rechts«), aus unserem Blickwinkel jedoch hoffnungsfroh fragen, passiert dann erst, wenn die Alternative und ihr Umfeld sich 2019ff. auch noch eine authentisch sozialorientierte Ausrichtung verpassen würden? Eine vereinigte Linke, die, wie eben ein Nils Heisterhagen, von »nationalen Verteidigungslinien gegen den neoliberalen Kapitalismus« spricht und kommunitaristische, also gemeinschaftsbefürwortende Signale aussendet, wäre für diese Wählerklientel, speziell im »Labor Ostdeutschland« (Albrecht von Lucke), eine Alternative; eine urban-kosmopolitische Open-Border-Linke, wie sie heute zu Heisterhagens Leid hegemonial ist, kann es hingegen nicht sein – sie ist in jeder Hinsicht infantil, mit einem hysterischen »Ohne-Grenzismus« (Régis Debray) an der Spitze.

In Frankreich, der politischen Versuchsanstalt Westeuropas, ist man einen historischen Entwicklungsschritt voraus und hat diese neuartigen Kinderkrankheiten des Linksradikalismus überwunden oder zumindest eingehegt. Jean-Luc Mélenchon, explizites Vorbild der Aufstehen-Gruppe um Wagenknecht und Stegemann und Kopf der linkspopularen Bewegung »Unbeugsames Frankreich«, hat die Wandlung vom No-Bor-

»Datenauswertungen zeigen bereits heute, dass AfD-Wähler und Linkspartei-Wähler am meisten gemeinsam haben. Sie machen sich etwa mehr Sorgen – individuell wie gesamtgesellschaftlich.«

Nils Heisterhagen: *Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen,* 2. Aufl., Bonn 2018, S. 184.

»Es fällt schwer, die Welt so zu sehen, wie sie ist; es ist angenehmer, sie so zu erträumen, wie man sie sich wünscht. Wir alle ziehen Valium der Angst vor, daher stammt unsere Vorliebe für eine *borderless world,* eine Wiege für alte, verwöhnte Kinder.«

Régis Debray: *Lob der Grenzen,* Hamburg 2016, S. 15.



Wolfgang Mattheuer: »Freundlicher Besuch im Braunkohlenrevier«, 1974

der-Fetisch zu einer mithin »rechten« Migrationspolitik bereits annonciert: Im September 2018 weigerte er sich mit anderen Spitzenpolitikern seiner Formation, einen Appell für die offensive »Seenotrettung« von Migranten im Mittelmeer zu unterzeichnen. Mélenchon argumentierte, er sei schlicht nicht für die Freizügigkeit aller Menschen, man müsse vielmehr die Fluchtursachen bekämpfen, damit die Menschen zuhause, in ihrer Heimat, bleiben könnten.

Mélenchon hätte diese populistische, korrekte Feststellung auch ausführlicher mit den Forschungsergebnissen des Oxforder Professors für Politische Theorie David Miller begründen können. Miller versucht, die Linke vom universalistischen Kosmopolitismus der offenen Grenzen zu lösen; nur drei Prozent der Menschen weltweit seien schließlich Migranten. In seinem Plädoyer für eine Neuausrichtung linker Theorie zur Migrationsfrage verknüpft Miller verschiedene Ansätze und erinnert dabei immer wieder an die Analysen Rolf Peter Sieferles, dargelegt etwa in *Das Migrationsproblem*. Miller fordert das Recht eines jeden Landes auf Abweisung und Ausweisung Fremder, wo es dem Staat (und eben nicht moralisch argumentierenden Dritten) notwendig erscheint, und zugleich verlangt er als Sozialdemokrat Chancengleichheit für jene Zuwanderer, die dauerhaft im Land verbleiben dürfen. Damit wäre Klarheit im Zeichen eines wirkungsvollen Realismus hergestellt. Realistisch und ohne jeden erhobenen Zeigefinger erweist sich Miller auch in bezug auf die Fremdheitserfahrungen durch die autochthone, aufnehmende Gesellschaft: Schließlich vertrauen Menschen eher jenen, die sie kennen, als jenen, die sie als »anders« wahrnehmen: Miller nennt dies die »landsmännische Parteilichkeit«. Dieses gegenseitige Vertrauen sei unabdingbar für den Zusammenhalt einer Gesellschaft wie für die Legitimität eines jeden Staates, zumal eines Wohlfahrtsstaates (Wagenknecht postuliert es ganz ähnlich in *Reichtum ohne Gier*); denn Solidarität kann nur dort wirkmächtig sein, wo Identität geteilt, wo emotionale Verbundenheit hergestellt wird. Miller formuliert darauf aufbauend die These, wonach die Bürger eines Staates dort am ehesten bereit seien, soziale Gerechtigkeit anzustreben, wo »die nationale Identität am stärksten ausgeprägt ist«. Auch deshalb fordert Miller für jede Nation ein »Recht auf Gebietshoheit«, das »Recht auf die Kontrolle und den Gebrauch der Ressourcen« sowie das »Recht auf Kontrolle der Waren- und Personenbewegungen«. Diese drei Rechte des Staates sind unabdingbar, und doch werden sie links der Kluft nicht ansatzweise affirmiert, ebensowenig wie Millers Hinweis darauf, daß die Menschen je ein Anrecht darauf besäßen, »zu entscheiden, inwieweit sie ihr nationales kulturelles Erbe schützen und kulturelle Vielfalt innerhalb ihrer Grenzen zulassen wollen«.

Eine ähnliche Stoßrichtung hat die *Kritik der Migration* des linken Wiener Verlegers Hannes Hofbauer. Er stellt in seiner Studie zuvorderst fest, daß die Norm der Seßhafte sei, nicht der Migrant. Die Verklärung der Migration als Ideal sei schlechterdings »pure Ideologie der globalistisch-liberalen Moderne«, die zu allem Übel mit den bekannten

»Es ist nicht hinnehmbar, wenn Einwanderer die volle Bandbreite von Maßnahmen gegen Diskriminierung und für Chancengleichheit verlangen und sich gleichzeitig das Recht vorbehalten, sich in kulturellen Enklaven von der übrigen Gesellschaft zu isolieren; ebenso wenig hinnehmbar ist es aber auch, wenn Politiker ihnen Bekenntnisse zu einer uneingeschränkten nationalen Loyalität abverlangen, ohne ihnen gleichzeitig den Schutz und die Unterstützung zuteilwerden zu lassen, durch die sie wie Bürger (oder werdende Bürger) behandelt würden, deren Status dem der Einheimischen völlig gleichgestellt wäre.«

David Miller: *Fremde in unserer Mitte. Politische Philosophie der Einwanderung,* Berlin 2017, S. 230.

»Wenn ungehindert Migration und offene Grenzen als fortschrittliches Gesellschaftsbild verkauft werden, deckt sich diese – pseudo-fortschrittliche – Sicht mit den Interessen global agierender Konzerne. ›No border‹ bedeutet ungehemmte Kapitalherrschaft inklusive unkontrollierter Investitionstätigkeit und ebensolcher Gewinnrückführungen in die Zentralen. Das kann dann in gehobenem Deutsch noch mit dem positiv konnotierten Begriff ›Weltoffenheit‹ verkauft werden.«

Hannes Hofbauer: *Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert,* Wien 2018, S. 236.

Folgen einer Deregulierung des Arbeitsmarktes einhergehe. Der Migrationsdruck aus materiellen Gründen werde vom Kapital geschürt, soziale und regionale Differenzen würden ausgenutzt, um Wanderungsbewegungen zu forcieren und Migranten als mobiles Kapital zu verschieben. Hofbauer verknüpft die nationale Frage der Migration unmittelbar mit sozialen Fragen: Wie der neurechte Borrmann und der sozialdemokratische Heisterhagen nimmt er wahr, daß die tonangebende Linke das »Kampfgebiet« wechselte: Nicht mehr Verteilungsfragen stehen seitdem im Zentrum der Agitation, sondern das Engagement für sexuelle und kulturelle Identitäten (man muß hier freilich den »Kampf gegen Rechts« ergänzen). Die herrschende Klasse könne damit hervorragend leben; die Multikulti-Linke leiste (ungewollt) »den menschenrechtlich argumentierten Flankenschutz für globale Ausbeutungsstrukturen«. Der Migrant erscheint in diesem Spiel der Marktkräfte und der dem internationalen Kapital folgsamen westeuropäischen Staaten ebenso als Opfer der Profitwirtschaft wie der Einheimische, der mit dem Migranten fortan mindestens um Wohnraum und Anstellungsverhältnisse zu konkurrieren hat. Gewinner sind im globalen kapitalistischen Wettbewerb naturgemäß andere Strukturen und Interessensgruppen, insbesondere die großen Konzerne.

Es sind dies einerseits Standpunkte, die Alain de Benoist und andere Denker der Neuen Rechten bereits vor einigen Jahren einnahmen und andererseits sind es Auffassungen, die in dem in multikulturellen Fragen dogmatisch festgelegten linken Milieu der Bundesrepublik nicht hegemonial werden *können* – zum Nachteil der realistischen, strategisch denkenden Linken, die mal subkutan, mal offensiv von geistiger Selbsterdrosselung bedroht ist, aber zum Vorteil der politischen Rechten und ihrer Wahlpartei AfD. Deutschland verfügt damit über eine im europäischen Feld einmalig primitive Linke, in welcher sich der »menschenrechtliche Universalismus« (Hans-Jürgen Urban) stabil erweist und hypermoralisch zementiert zu sein scheint. Einzelnen Versuchen des Aufstehens wider diesen Ballast gelingt es nicht, die »links-kommunitaristische Repräsentationslücke« (Andreas Nölke) zu schließen; die Resonanzräume bleiben einstweilen auf Periodika und Blogs beschränkt. Insbesondere bei jüngeren Linken stößt man hingegen – im besten Falle – auf taube Ohren oder zieht sich – im naheliegenden Falle – den Zorn antifaschistischer Doktrinäre zu. Engagierten, »kommunitaristischen« – d. h. hier: gemeinschaftsbefürwortenden – Intellektuellen wie Heisterhagen und Konsorten fehlt beispielshalber jedwede junge aktivistische Basis; linken, »kosmopolitischen« Aktivisten fehlt derweil jedwede intellektuelle Substanz, sprich: ein polittheoretischer »Überbau« jenseits linksliberaler Wohlfühlfloskeln und postmoderner Ich-Politik. Eine tiefe Kluft trennt beide Hauptlager der linken Parallelwelt, und eine integrierende Dynamik oder auch Person ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der Unversöhnlichkeit der Anschauungen nicht denkbar.

Die Rechte sollte einen solchen, in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzenden Startvorteil nutzen und an einer weiteren Vertiefung migrations- und sozialpolitischer Konzepte arbeiten. Die Linke wird unterdessen an der aussichtslosen Überbrückung ihrer substantiellen Kluft irreparablen Schaden nehmen. Es ist vorstellbar, daß jene, die heute versuchen, Realismus und Gemeinschaftsdenken aufs neue in die Linke einzubringen, aus diesem hybriden Konstrukt verstoßen werden. Bei antifaschistischen *Wannabe*-Exekutoren wetzt man in diesem Sinne bereits die publizistischen Messer: Der Grandseigneur des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Wolfgang Streeck, kritisierte nicht nur die »verweltbürgerlichte Linke«, sondern äußerte zuletzt bei einer »Aufstehen«-Veranstaltung, eine Gesellschaft ohne Grenze sei keine Gesellschaft und man könne zudem eine Grenze nur öffnen, wenn man sie habe. Er wurde daraufhin von Hermann L. Gremliza *(konkret)* spöttisch in die Nähe des ausländerfeindlichen Terrorismus gebracht: »Wenn ein Ausländerheim nicht brennt, kann man's nicht löschen.« Wer solche Genossen hat, wird angesichts dieser Verfallsform der gegenwärtigen Mehrheitslinken nicht mehr unbekümmert und vorwärtsdrängend am Projekt des Aufstehens arbeiten können. Die Mosaik-Rechte vertrüge indes die Stärkung ihres sozialen Flügels in Theorie und Praxis. Ob Miller, Hofbauer oder auch Heisterhagen – sie fänden dort ohnehin erkenntnisfrohere Leser und hoffnungsfrohe Strukturen. ■

Literaturhinweise:

Rainer Balcerowiak: *Aufstehen. Und wohin geht's?,* Berlin 2018;

Norbert Borrmann: *Warum rechts? Vom Wagnis, rechts zu sein,* Kiel 2011;

Régis Debray: *Lob der Grenzen,* Hamburg 2016;

Hermann L. Gremliza: »Gremlizas Express«, in: *konkret* 11/2018, S. 66.

Anke Hassel: »Die linke Antwort: Migration regulieren«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2018, S. 33–36;

Nils Heisterhagen: *Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen,* Bonn ²2018;

Hannes Hofbauer: *Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert,* Wien 2018;

David Miller: *Fremde in unserer Mitte. Politische Philosophie der Einwanderung,* Berlin 2017;

Chantal Mouffe: *Für einen linken Populismus,* Berlin 2018;

Julian Nida-Rümelin: »Aufstehen?«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 10/2018, S. 15–18;

Bernhard Schmid: »Mélenchon tobt«, in: *Jungle World* 43/2018 v. 25. Oktober 2018, S. 13;

Hans-Jürgen Urban: »Epochenthema Migration: Die Mosaiklinke in der Zerreißprobe?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2018, S. 101–112.

Autoren dieses Heftes

Siegfried Gerlich, 1967, arbeitet freischaffend als Autor und Pianist.
Richard Wagner. Die Frage nach dem Deutschen, Wien 2013

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Mit Alain de Benoist und Diego Fusaro: *Marx von rechts,* Dresden 2018

Ellen Kositza, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession.*
Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
(Hrsg:) *Deutsche Daten,* Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs,* Schnellroda 2017

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Rassismus – Ein amerikanischer Alptraum, Schnellroda 2018

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, lehrte Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes und leitete von 1996 bis 2011 das Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsaß.
Literarische Musterung. Warum wir Kohlhaas, Don Quijote und andere Klassiker neu lesen müssen, Schnellroda 2017

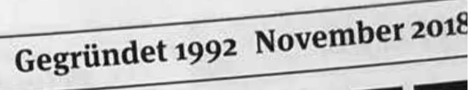
Dr. Eberhard Straub, 1940, studierte Archäologie, Geschichte und Kunstgeschichte. 1968 wurde er in München promoviert, 1977 habilierte er sich ebenfalls in München. Er war viele Jahre *FAZ*-Feuilletonredakteur, schrieb zudem für *Welt, Berliner Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung.*
Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neurordnung Europas, Stuttgart 2014

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften in Gießen und Hamburg. Er ist als Autor und Übersetzer tätig.
Martin van Creveld: *Hitler in Hell. Was er noch zu sagen hätte …,* Graz 2018 (Übersetzung)

Michael Wiesberg, 1959, Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte. Arbeitet als Lektor und freier Journalist.
Botho Strauß. Dichter der Gegen-Aufklärung, Dresden 2002

Claus Wolfschlag, 1966, Kunstgeschichtler und Historiker, hat über das »antifaschistische Milieu« promoviert, arbeitet als freier Publizist.
Bye-Bye ’68. Renegaten der Linken, APO-Abweichler und allerlei Querdenker berichten, Graz-Stuttgart 1998

eitung für Loschwitz · Blasewitz · Weißer Hirsch



ELBHANG





Wachwitz · Niederpoyritz · Hosterwitz · Pillnitz



uber den Verleger Götz Kubit-
chek und seine Frau Ellen Ko-
itza und ihre Verflechtung in die
chte Szene zu besichtigen.
eide sind versierte Denker, die
ilich nicht nur Widersprüche
Gesellschaft reflektieren kön-
, sondern offen einer rechten
olution das Wort reden, einem
rellen Umsturz der Verhält-
, was sie dann folgerichtig
Seite jener extremen Rech-
hrt (auch bei Pegida), die
mit der Feder, sondern mit
n gegen die pluralistische
chaft argumentieren. Götz
hek ist vermutlich den
Dresdnern durch seinen
schen Aufruf, den Riss
Gesellschaft zu vertie-
er Tellkamp-Grünbein-
n im März im Kul-
n Erinnerung. Das alles
stere Aura.
also willst Du reden.
worüber? Über die
nehmend fremden-
Stimmungslagen?
blematische rechte
ufolge der Überlas-
ernen westlichen
r mit verstärkter

Gemeint sind dabei nicht die kritischen Fragen an den Staat und seine Institutionen – die sind höchst notwendig – gemeint ist ihre Funktionalisierung für massive Ausgrenzung. Du baust dem Antaios-Verlag eine Dresdner Plattform und stellst Dich ohne jede Distanz in diese »Außenstelle« hinein – die Botschaft ist, Ihr gehört nun zusammen. Das ist in der Demokratie ebenso erlaubt, wie Antaios selbst; die Frage für die Unterzeichner ist keine rechtliche, sondern eine des Wirklichkeitssinnes (man kann auch sagen: eine Frage des Anstands). Kein Wort über die reale Not von Flüchtlingen und über neokoloniale Abhängigkeiten als Fluchtgrund heute, kein Wort über das Rätsel einer Phantomangst vor Überfremdung in einer Landschaft mit drei Prozent Ausländeranteil. Diese ganze kompliziert-komplexe Situation kannst Du einfach beschweigen?

Mit unserer Podiumsreihe »Hanglage« haben wir seit 2006 viele gute gemeinsame Jahre in Deinem engagierten BuchHaus erlebt –

Irakern mit Kuchen backenden
Bewohnern des Elbhanges statt-
findet, und wo man eine ander
Variante von »Bedrohung« re
studieren kann: Freundlichkei
Bleiben wir im Gespräch?
Beste Grüße **Paul Ka**
und **Hans-Peter**

Antwort
von Susanne Dagen

Lieber Hans-Peter Lüh
Paul Kaiser! Falls Euer,
gerichtetes, Schreib
Wunsch nach einem
geführten Gespräch
soll, komme ich dies
ständlich nach. Die
turbürgermeisterin
selbst sprach mir
einer interessant
tur am Elbhang,
verborgen geb
nun aber offen
kann. Ihr sc
unser Konflik
dieser Stadt
respektvoll
gegnen bie

Der Moralismus der Vielen

ein Offener Brief von Uwe Tellkamp

Das Amt des Moralapostels ist keines, das verliehen werden müßte, Diskurswächter ist keine geschützte Berufsbezeichnung, aber eine wachsende Branche. Im Elbhangkurier, *einer seit 1992 bestehenden Kulturzeitschrift, haben zwei Herren Front gemacht »gegen rechts«. Wir dokumentieren diese Attacke und veröffentlichen die Antwort auf diesen Offenen Brief von Hans-Peter Lühr und Paul Kaiser an Susanne Dagen – mit freundlicher Genehmigung des Schriftstellers Uwe Tellkamp.*

Den im Elbhangkurier 11/18 veröffentlichten Offenen Brief von Hans-Peter Lühr und Paul Kaiser an Susanne Dagen lese ich als Dokument. Ich äußere mich, da ich namentlich erwähnt werde, als Mitbetroffener, da anscheinend Mitgemeinter.

Die erste Frage, die sich mir stellt, unabhängig vom Inhalt, ist die nach dem Zweck dieser Veröffentlichung. Das Gesprächsangebot soll dieser Zweck sein, behauptet der Brief; für mein Empfinden schwimmt das aber nur auf der Oberfläche der Rede – unter den Floskeln der fast schon seelsorgerischen Bekümmernis meine ich Lust an der Maßregelung, an der Zurechtweisung, an der Strafe für Abweichlertum herauszuhören.

Wie kommen Lühr und Kaiser dazu, welches Recht glauben sie zu haben, von Dagen öffentlich Selbstkritik zu fordern? Sollte ein Gespräch nicht von Angesicht zu Angesicht möglich sein? Das BuchHaus Loschwitz ist ein einladender, ohne Bannungsrituale betretbarer Ort; ich bin bei meinen vielen Besuchen noch nie auf die recht märchenhafte Düsternis gestoßen, die beide Autoren, sonst ausgewiesene Verteidiger der Aufklärungskultur, dort ausgemacht haben wollen. Ihr Brief steht in langer Tradition. Vielleicht bin ich zu empfindlich und sehe Gespenster, dennoch: Dergleichen ist mir noch wohlvertraut, so – Klassenleitertadel, in Fürsorglichkeit gehüllt –, sprachen Funktionäre des Schriftstellerverbands gegen mißliebige Kollegen, sprachen Briefe gewisser »Werktätiger« in den gleichgeschalteten Presseorganen längst verblichen geglaubter Zeiten; ich dachte nicht, dergleichen je wieder lesen zu müssen.

> Heute begreifen wir die Kunst und ihre Einrichtungen, die Museen, Theater, Ateliers, Clubs, die urbanen und ländlichen Orte der Kultur als offene Räume, die Vielen gehören. Unsere Gesellschaft ist eine plurale Versammlung.
>
> *aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«*

Lühr und Kaiser operieren mit Signalworten, deren Gebrauch sich für Intellektuelle eigentlich verbieten sollte. Wer sich öffentlich äußert, müsse Widerspruch vertragen, heißt es. Wohl wahr. Jedoch: Lühr und Kaiser sehen die Verhältnisse als Verhältnis nicht. Betrachte ich den öffentlichen Diskurs, fällt mir bei bestimmten Themen immer wieder auf, daß Ursache

und Wirkung vertauscht werden, erst neulich bei der Dresdner Debatte der Chefredakteure von ARD und ZDF mit Vertretern der AfD. Beide Chefredakteure beklagten sich, daß Journalisten aggressiv begegnet werde und unterstellten, daß diejenigen, die aggressiv gegen Journalisten aufträten, die Demokratie und die freie Presse abschaffen wollten. Nicht erwähnt wurden die vielen journalistischen Fehlleistungen, die vor den Protesten gegen Presse, Funk und Fernsehen lagen und erst zu Wut und Aggressivität geführt haben. Sachsen sind nicht qua Erbanlage presse- und demokratiefeindlich. Genau das wird aber implizite unterstellt, wenn man sich so manches Presse- oder Sendeerzeugnis ansieht. Ich belasse es hier bei dem Stichwort (inzwischen mit makabrem Zweitsinn) Chemnitz.

Wer ist es, der keinen Widerspruch verträgt? Oft habe ich den Eindruck, die politisch sich links oder bei den Grünen verortenden Tonangeber in weiten Teilen unserer Medien und unserer Kulturbranche sind es, nicht die paar rechten oder als rechts verschrienen Einmannunternehmen, die auf kleinen Blogs oder in kleinen Zeitschriften gegen die Wucht des *Common sense* anschreiben, wie ihn bei Themen wie Migration, Klimawandel, Europa, Trump, *Spiegel,* Spiegel online, *ZEIT,* Zeit online, *Süddeutsche,* selbst *BILD,* vertreten, *FAZ* und *Welt* mindestens gespalten, *Focus, taz, Tagesspiegel, Berliner Zeitung,* Redaktionsnetzwerk Deutschland, das Regionalzeitungen wie *HAZ, LVZ* und *DNN* beliefert, *Hamburger* und *Dresdner Morgenpost, Sächsische Zeitung* usw., von Talkshows und überhaupt dem ÖRR zu schweigen.

So zu tun, als wären die Kubitschek, Patzelt, Böckelmann, Dagen und Tellkamp die medialen Diskursbeherrscher, denen eine Minderheit aufrechter Demokraten zu widersprechen wagt, geht doch an der Realität völlig vorbei. Wer grenzt aus? Wohin neigt die Berichterstattung (so es denn eine ist) der meisten Journalisten in den meisten unserer Medien, wenn Themen wie Migration, Heimat, Nation, deutsche Kultur angesprochen werden – nach links und grün oder nach rechts? Das ist keine bloße Ansichtssache, dazu gibt es Untersuchungen, sie zeigen die Schlagseite recht deutlich.

> Der rechte Populismus, der die Kultureinrichtungen als Akteure dieser gesellschaftlichen Vision angreift, steht der Kunst der Vielen feindselig gegenüber. Rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien stören Veranstaltungen, wollen in Spielpläne und ins Programm eingreifen, polemisieren gegen die Freiheit der Kunst und arbeiten an einer Renationalisierung der Kultur. Ihr verächtlicher Umgang mit Menschen auf der Flucht, mit engagierten Kulturschaffenden, mit Andersdenkenden verrät, wie sie mit der Gesellschaft umzugehen gedenken, sobald sich die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten verändern würden.
>
> *aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«*

Das Argument, eine solche Sicht der Dinge hebe auf allzu klassische Formen der öffentlichen Kommunikation ab, verkenne die Rolle der Sozialen Medien, in denen es genau anders herum zugehe, verkennt wiederum die sogenannte Gatekeeper- (Torwächter-) Funktion, die die klassischen Medien immer noch haben oder zu haben beanspruchen. In den Sozialen Medien herrscht, soweit ich das beurteilen kann, eine ausgeglichenere Abbildung der Lage und der Meinungen als in den meisten klassischen Medien. Oft sind die Sozialen Medien ein Ventil für Stimmen, die anderswo keine Chance mehr haben, gehört zu werden. Ob diese Stimmen, was Höflichkeit und Stil betrifft, sich immer angemessen äußern, ist eine andere Frage. Auch die, ob denn die Behauptung stimmt, in den Sozialen Medien sei es genau andersherum, dort dominiere das sogenannte dunkle Deutschland.

Lühr und Kaiser erliegen allzu eilig dem Irrtum, das Attribut »dunkel« mit einem Denken zu verbinden, das sich der gängigen Einordnung in »Fortschrittlichkeit« (links, bunt, weltoffen) entzieht. Sind aber sogenannte konservative Positionen wirklich das, was fortschrittlich sein wollende Stimmenfischer damit verbinden? Bedeutet Bekenntnis zur Nation wirklich schon Nationalismus? Ist der, der deutsche Kultur liebt und sich für ihre Bewahrung einsetzt, tatsächlich schon rechts, ein Nazi gar, wie nicht nur Publikationen wie »Bento«, Jugendableger des *Spiegel,* allzuoft

nahelegen? Ist Weltoffenheit wirklich immer nur gut? Und der, der das Eigene nicht verachtet, verachtenswert? War nicht der Zweifel, die Ungewißheit, die Suche nach Wahrheit in der unauslotbaren Ambivalenz der Erscheinungen einmal das Kennzeichen der Intellektuellen?

Lühr und Kaiser behaupten, daß Kubitschek zur offenen Revolte gegen die Demokratie aufruft und legen, da sie Susanne Dagen mit ihm und seiner Frau Ellen Kositza in Verbindung bringen, nahe, daß Dagen dies ebenso will. Zumindest besteht nun der Verdacht, sie habe solche Absichten. Verdacht ist auch bequeme Feindmarkierung, immer mitgerechnet, daß für unkritische Geister selbst nach Zeit und Widerrede genug klebenbleibt, um der oder dem Verdächtigen in Zukunft fernzubleiben.

Da mein Name in diesem Zusammenhang auftaucht, kann auch ich mich jetzt als einer derjenigen verstehen, die zur von Lühr und Kaiser beschworenen Düsternis am Elbhang beitragen. Kubitschek und die Produkte seines Verlags Antaios mag man ablehnen oder nicht – solange er sich an die herrschenden Gesetze hält (und das tut er bislang, soweit mir bekannt ist), sollte es zur Redlichkeit unter differenziert denkenden, an Standpunkten jenseits des Korridors interessierten und also wohl tatsächlich geistig offenen Menschen gehören, ihn nicht aus dem Diskurs hinauszustigmatisieren. Die »roten Linien« bestimmt immer noch das Strafgesetzbuch und nicht der Kotau vor dem Zeitgeist oder vor Fördermittelquellen.

> In unserem Bundesland Sachsen arbeiten Pegida, Identitäre Bewegung und AfD Hand in Hand und polemisieren gegen die demokratische weltoffene Gesellschaft. Dem stellen wir uns entgegen.
>
> *aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«*

Ins Phrasenschwein gehören Diskurskopeken wie Abschottung und Ausgrenzung: Gäbe es beides nicht, hätten wir nicht das Privileg, Menschen namens Hans-Peter Lühr und Paul Kaiser begegnen zu können. Sie kamen beide nur mit Ausgrenzung und Abschottung zustande, ebenso ihre Werke. Schon der in einem Titel wie *Dresdner Hefte* enthaltene Anspruch grenzt aus. Es sind eben keine Trondheimer Hefte. Lösen wir uns von den primitiven, unbedacht verdammenden, eines Diskurses, der in die Tiefe gehen möchte und wirklich an Problemlösungen interessiert ist, unwürdigen Zuschreibungen.



Susanne Dagen, 2018

Der Brief behauptet, Susanne Dagen habe ihre frühere Liberalität aufgegeben und lasse sich mit immer dunkleren Gesellen ein. Abgesehen davon, daß schon eine solche Zuschreibung, die ohne Belege auszukommen meint, nur als Flucht vor dem Argument verstanden werden kann – ich sehe und kenne Frau Dagen anders: Sie bietet Positionen einen Ort,

die anderweitig kein Podium mehr finden, und zwar nur deshalb nicht mehr finden, weil sie mit Attributen behängt werden, die ein Großteil unserer Kulturschaffenden und -beflissenen als anrüchig empfindet oder glatt ablehnt. Oft nur aus intellektueller Faulheit, Angst vor Liebesentzug, durchaus vorhandener Interessen wegen oder Ranküne. Dagen hat sich entschieden, sich hier nicht billig einzureihen, das empfinde ich ganz im Gegensatz zu Lühr und Kaiser als mutig, als frei, als eigentlich liberal – wie gesagt, die Grenze zu dem, was nicht mehr diskutiert und getan werden darf, zieht immer noch das Strafrecht, nicht die Moral einiger Edelignoranten in Kirche, Kultur, Medien, die glauben, auf den »Pöbel« herabblicken zu müssen, nur weil er eine andere Meinung über Leben und Welt hat.

Dagen hat sich sehenden Auges, was die Konsequenzen betrifft, dazu entschlossen, den Diskurs offenzuhalten, immer wieder und übrigens in alle Richtungen offenzuhalten. Dafür verdient sie, meine ich, nicht die groteske Kritik, die Lühr und Kaiser für angemessen halten, sondern eine Auszeichnung. Der *Elbhangkurier* nun positioniert den Brief zwar auf der Leserbriefseite, läßt aber in verschiedenen Beiträgen – dieses Hefts und vergangener Nummern – seine Sympathie für die von Lühr und Kaiser dargelegte Sicht erkennen. Zur journalistischen Sorgfalt würde es gehören, sich auch mit den Argumenten der so bezeichneten »anderen Seite« vorurteilsfrei auseinanderzusetzen. Leider kann ich auch nur das Bestreben danach, wenigstens das, nicht erkennen.

> Die unterzeichnenden Kunst- und Kulturinstitutionen führen den offenen und kritischen Dialog über rechtspopulistische Strategien, die demokratische Grundwerte untergraben. Sie gestalten diesen Dialog mit Mitwirkenden und dem Publikum in der Überzeugung, dass die beteiligten Häuser den Auftrag haben, unsere demokratische Gesellschaft fortzuentwickeln.
>
> *aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«*

Im gleichen Heft äußert sich Prof. Ehninger auf viel Raum aufschlußreich und überraschend inhuman über Gesunde und Kranke in unserer Gesellschaft; der Stil dieser Passagen ähnelt dem gewisser Einweisungsschreiben in sowjetische Psychiatrien. Keine Nachfrage von der Redaktion, kein Kommentar, kein Stutzigwerden beim Wortgebrauch, kein Innehalten, Nachdenken. Man weiß offenbar Bescheid über Gut und Böse und meint, der Gedanke, man könne ein Problem mit Zuwanderung haben, obwohl sie, wie Lühr und Kaiser erwähnen, hier nur etwa drei Prozent betrage, sei der verwirrter Hirne. Abgesehen davon, daß argumentative Schlüssigkeit solche Prozentangaben nach Alterskohorten differenzieren und so demographische Entwicklungen mitbedenken würde, schauen viele Dresdner dorthin, wo die Zuwanderung nicht mehr drei, sondern dreißig Prozent beträgt. Was sie dort wahrnehmen, erscheint vielen eben nicht als zuträglich für eine Demokratie nach unseren Regeln, die von gegenseitigem Respekt, von der Einhaltung gewisser Sitten, friedlicher Konfliktlösung, vom Recht und eben auch von Grenzen lebt, weil nur Grenzen einen Staat und damit die von ihm zu verteilenden Sozialleistungen erhalten. *(No border, no welfare.)*

> Alle Unterzeichnenden fördern im Sinne der Demokratie Debatten, bieten aber keine Foren für Propaganda jeder Art.
>
> *aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«*

Damit es keine Mißverständnisse gibt: Rassismus darf keinen Platz haben, wer an Leib und Leben bedroht wird, dem muß nach Kräften geholfen werden, im Sinne des Gesetzes und des Mitleids, gerade Deutschland hat hier eine Verantwortung, ja, Pflicht. Zu diskutieren aber muß darüber möglich sein, ob wir in der Lage sind und sein wollen, allem Elend dieser Welt abzuhelfen; ob das Elend dieser Welt tatsächlich nichts als eine Last aus kolonialer Vergangenheit ist, für die Europa in Form von Zuwanderung nun eine Art von Buße tun muß; ob wir nicht nur Flüchtlingen helfen, sondern auch Migranten, die in Deutschland nicht in allererster Linie Zuflucht vor Verfolgung suchen, sondern das Land als Verheißung einer besseren Zukunft sehen, und nicht in dem Sinne bedroht sind, wie es Asylgesetzgebung und Grundgesetz formulieren; ob wir unser Land und unsere Kultur einfach preisgeben wollen. Sie wird aber preisgegeben,

wenn sich die Einwanderung in den bisherigen Größenordnungen fortsetzt, und bis jetzt tut sie das, entgegen anderslautender und beschwichtigender »Narrative«.

Jeder Zuwanderer bringt sein Herkommen mit, seine Kultur; die oft beschworene Integration, gar Assimilation ist, blickt man auf die inzwischen etablierten Parallelgesellschaften, mehr Wunschdenken als Realität. Die von Lühr und Kaiser zum Kennenlernen empfohlenen netten Menschen im »Café Gustav« sind gewiß nicht die, die in Freiburg, Offenburg, Kandel, Köln und Chemnitz Einstellungen zu ihren Gastgebern offenbaren, die viele Menschen nicht von ungefähr empören. Haben #unteilbar und unsere Feministinnen gegen die Vergewaltigungen protestiert? Gegen die inzwischen alltäglich gewordenen Messerstechereien? Ich kann mich nicht erinnern. Und gab es nicht einen Artikel im *Elbhangkurier,* der davon sprach, daß das »Gustavheim« wegen Problemen vorübergehend geschlossen werden mußte?

> Wir wehren die Versuche der Rechtspopulisten ab, Kulturveranstaltungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.
>
> *aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«*

Es ist alles also leider nicht so einfach. Und nur, weil Dagen und ich uns erlauben, nicht mit Scheuklappen durch unsere Wirklichkeit zu gehen, sind wir nicht zum Abschuß freigegeben oder zum »Widerspruch«, der in Wahrheit meist ja keiner im Sinne der so oft beschworenen Gesprächskultur ist, sondern gerne gleich seine extremste Form als Pranger annimmt. Ernstgemeinte Gesprächsangebote, lieber Hans-Peter Lühr und Paul Kaiser, sehen anders aus als Ihr Offener Brief. Sie beginnen nicht mit Tribunalen, auch nicht mit solchen aus Wohlwollen, und nicht mit einer »Handreichung«, die keine ist, sondern vor ein Gesinnungsgericht führt.

Zu anderen Zeiten hieße man all das Binsen. Unsere Zeit aber ist eine, in der die »Erklärung der Vielen« nicht nur möglich ist, sondern offenbar breiteste Unterstützung bei jenen Medien- und Kulturschaffenden erfährt, die sich einbilden, auf der richtigen, der allein guten Seite zu stehen. Diese Erklärung, ein weiteres Dokument, für das sich einige der Unterzeichner vielleicht einmal schämen werden, zeigt den viel bestrittenen Gesinnungskorridor ebenso erschütternd wie deutlich. Man wolle diskutieren, Meinungen, die nicht passen, aber kein Forum bieten. Wer zieht die Grenze? Wie will man diskutieren, ohne ein Forum zu bieten? Wer legt fest, welche Position noch diskutabel ist – und welche bereits unter »kein Forum bieten« fällt? Ist die freie Debatte nicht eine Grundlage der Demokratie, in deren Namen sie von den Unterzeichnern dieser Erklärung behindert, wenn nicht unterbunden werden soll? Kommt man nicht erst in freier Debatte zur Selbstvergewisserung und zu Positionen, die tragen?

> Wir solidarisieren uns mit Menschen, die durch eine rechtspopulistische Politik an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.
>
> *aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«*

Diese Erklärung, nach Aussagen einiger Interviewter bewußt am 9. November veröffentlicht, ist für mich ein Tiefpunkt der Debatten- und Toleranzkultur und zeugt von nichts anderem als dem moralischen und intellektuellen Bankrott der Initiatoren. Was bleibt, ist Hysterie – ein »Wehret den Anfängen«, dem das »Wehret dem Ende« längst abhanden gekommen ist. Wie soll ich es verstehen, wenn in meiner Heimatstadt Dresden (aber die Erklärung gilt auch für Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Berlin) nahezu die gesamte öffentliche und öffentlich geförderte Kulturszene sich gegen »rechts« (oder was man dafür hält), nicht aber gleichzeitig gegen »links« stellt, man zwar erklärtermaßen dem Extrem auf der einen Seite, nicht aber auch dem auf der anderen eine Absage erteilt? Für wen meinen Staatsoper, Schauspielhaus, Philharmonie, Hochschulen, Museen zu sprechen, sind alle ihre Mitglieder und Mitarbeiter dazu befragt worden? Und von wem? Sieht so wirkliche Liberalität aus?

Eine solche institutionell getragene Intoleranzmaßnahme und -erklärung, ihr Auftritt allerdings mit Rettungs-Goldfolie und im Ton der lautersten Moral und Selbstgerechtigkeit, hat es seit der Biermann-Affäre nicht mehr gegeben. Das sind die Zustände, das ist das Land. ▪

Deutschland, vorvorgestern oder: Ein letztes Mal RAF

von Nils Wegner

Sonntag, der 27. Juni 1993, war ein mäßig sonniger Tag. Um 15.15 Uhr verließen drei Personen die Bahnhofsgaststätte der 4000 Einwohner zählenden Kleinstadt Bad Kleinen in Mecklenburg. Bei den drei fremden Durchreisenden, die sich betont unauffällig gaben, handelte es sich um den 40jährigen Wolfgang Grams und die 36jährige Birgit Hogefeld, beide Mitglieder der »dritten Generation« der Roten Armee Fraktion (RAF) auf Kommandoebene, sowie um den 34jährigen Klaus Steinmetz, seit acht Jahren V-Mann des rheinland-pfälzischen Landesamts für Verfassungsschutz. Steinmetz war von seinen Agentenführern seit Anfang 1992 systematisch an die damals aktiven Strippenzieher der RAF herangeführt worden und hatte die Behörden auftragsgemäß im Vorfeld über das geplante Treffen informiert, woraufhin diese kurzfristig einen Zugriff beschlossen hatten.

Trotz einer Warnung des ebenfalls eingebundenen Bundeskriminalamts (BKA), wonach sich der Bahnhof Bad Kleinen aufgrund verschiedener Sicherheitsrisiken nicht für eine Festnahme der Terroristen eigne, wurde die Planung fortgeführt. Als die Zielpersonen zusammen mit dem Informanten aus der Kneipe traten (in der ein Zugriff – ebenso wie auf dem Bahnsteig und im Zug – aufgrund der anwesenden Unbeteiligten nicht in Frage kam), befanden sich vor Ort und im näheren Umfeld rund 100 Beamte von BKA, Landespolizei und der Antiterroreinheit des Bundesgrenzschutzes GSG 9 im größtenteils verdeckten Einsatz. Als einzige Stelle, die sich für eine Verhaftung zu eignen schien, blieb der zu den Bahnsteigen führende Fußgängertunnel übrig.

Aufgrund einer Verkettung schwerwiegender Einsatzpannen innerhalb von kürzester Zeit konnte Grams sich dem unmittelbaren Zugriff entziehen, floh die Treppen hinauf auf den Bahnsteig 3/4 und schoß von dort aus auf die ihm nachlaufenden GSG-9-Beamten, die von der Treppe aus das Feuer erwiderten. Dabei wurde der 25jährige Michael Newrzella von vier Kugeln tödlich getroffen; ein weiterer GSG-9-Beamter wurde von Grams schwer verletzt, während eine Schaffnerin am gegenüberliegenden Bahnsteig von blind abgegebenen Schüssen der Einsatzkräfte getroffen wurde. Grams, selbst fünfmal getroffen, taumelte über den Bahnsteig und stürzte in das Schotterbett von Gleis 4. Dort blieb er liegen, zusätzlich schwer verletzt durch einen aufgesetzten Kopfschuß, an dem er noch am gleichen Tag gegen 17.30 Uhr im Universitätskrankenhaus Lübeck starb.

Das Debakel von Bad Kleinen, das nun ein Vierteljahrhundert her ist, sollte umfangreiche Konsequenzen haben – teilweise war vom »Wanken« der Republik die Rede und von einer »Staatskrise bisher ungekannten Ausmaßes«. Über Jahre hinweg hielten sich insbesondere aufgrund der unverantwortlichen Informationspolitik von Medien wie *Spiegel* und *Stern,* aber ebenso der öffentlich-rechtlichen Sender hartnäckige Gerüchte, daß Grams, schwerverletzt im Gleisbett liegend, von rachsüchtigen Beamten der GSG 9 »praktisch hingerichtet« worden sei; die auf Selbsttötung

»Ich war der *Spiegel*-Redakteur, der damals die Titelgeschichte Bad Kleinen gemacht hat, eine verheerende Geschichte. […] Die Folgen waren, dass eine Reihe von Leuten zurückgetreten sind, und eigentlich hätte ich auch gefeuert werden müssen. Wenn man draufguckt auf das, was man gemacht hat, für manches muss man sich auch genieren. […] Ich hatte die Aussage eines Zeugen, […] der behauptete, der Terrorist Grams sei von zwei Kollegen praktisch hingerichtet worden. […] Ich hatte dieser Aussage eine zu große Bedeutung gegeben, sie zu wenig relativiert und das Ganze zu stark aufgeblasen. Dadurch entstand der Eindruck, dass das, was dieser Zeuge gesagt hat, auch korrekt gewesen sei. Das kann man so nicht behaupten.«

Hans Leyendecker anläßlich der Verleihung des »Wächterpreises der Tagespresse« an ihn im DLF-Interview vom 15. Mai 2007.

lautenden Untersuchungsergebnisse der Staatsanwaltschaft wurden mehrmals angefochten und neu überprüft, hielten aber stets als »wahrscheinlichster« Geschehensablauf stand. Nichtsdestoweniger kamen mehr und mehr skandalöse Details über die ausgesprochen schlampige Arbeit der Behörden insbesondere bei der Spurensicherung ans Tageslicht – im Falle des Umgangs mit der RAF traurige Tradition (so hätte nicht zuletzt Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer 1977 bereits kurz nach seiner Entführung durch die RAF befreit werden können, wenn ein dringender Hinweis auf die Erftstadter Wohnung, in der die Geisel festgehalten wurde, beim zuständigen Krisenstab nicht in die falsche Ablage einsortiert worden wäre). Bundesinnenminister Rudolf Seiters übernahm die »politische Verantwortung« für das Versagen seiner untergeordneten Dienststellen und nahm seinen Hut; der damalige Generalbundesanwalt und spätere Anwalt der *Jungen Freiheit* im Prozeß gegen den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz, Alexander von Stahl, wurde von der Bundesjustizministerin wegen des »Informationschaos« innerhalb seiner Behörde in den Ruhestand versetzt, nachdem er mehrere falsche Presseerklärungen zum Tathergang abgegeben hatte. Auch im Bundeskriminalamt rollten zahlreiche Köpfe, und die »Eliteeinheit« GSG 9 stand aufgrund des offenkundigen kopflosen Vorgehens ihrer Beamten zeitweise kurz vor der Auflösung.



Die RAF selbst indes wurde durch Bad Kleinen und die unmittelbaren Folgen auf eine Zerreißprobe gestellt, die sie nicht überleben sollte. Einerseits brachte das behördliche Versagen die selbsternannte »Stadtguerilla« wieder ins öffentliche Gespräch – ihr letztes Todesopfer vor Newrzella, der von einem Scharfschützen (wahrscheinlich Wolfgang Grams) ermordete Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder, lag bereits über zwei Jahre zurück, und ihr letzter unblutiger Anschlag, nämlich das Sprengstoffattentat auf die Baustelle der JVA Weiterstadt Ende März 1993, hatte zwar einen Millionenschaden angerichtet und die Inbetriebnahme des Gefängnisses um Jahre verzögert, aber letztlich nur wenig propagandistischen Wert gehabt. Viel bedeutsamer war, daß sich mit bereitwilliger Hilfe der Medien und verschiedener RAF-Sympathisanten in der bundesrepublikanischen Intellektuellenszene um den Tod des Wolfgang Grams ein neuer Opfermythos weben ließ. Diesen hatte die linksextremistische Szene bitter nötig, nachdem die Legenden rund um die »Todesnacht von Stammheim« und die angebliche Liquidierung der inhaftierten Führungsspitze der ersten RAF-Generation durch Bundesbeamte nach der Wiedervereinigung und der Verhaftung der von der DDR-Regierung versteckten RAFler durch deren Aussagen umgestürzt worden waren. Gleichwohl verdeutlichte Bad Kleinen den verbliebenen Terroristen sowohl in Haft als auch in Freiheit vor allem die seit dem Mauerfall – durch das nunmehrige Fehlen einer sie unterstützenden Regierung – ständig zunehmende Ausweglosigkeit ihres Handelns. Es kam zur weiteren Spaltung der »Fraktion« in einen kompromißbereiten und einen dem Untergrund verpflichteten Flügel. Die im Fußgängertunnel festgenommene Birgit Hogefeld ihrerseits, der von 1994 bis 1996 in Frankfurt a. M. der Prozeß gemacht wurde, bezeichnete in ihrem Schlußplädoyer die Auflösung der RAF als »lange überfällig«. Und diese sollte denn auch kommen – vor 20 Jahren, am 20. April 1998, gab die RAF gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters ihre Selbstauflösung bekannt: »Vor fast 28 Jahren, am 14. Mai 1970, entstand in einer Befreiungsaktion die RAF. Heute beenden wir dieses Projekt.«

»So am Anfang fängt das ja alles an. Sie müssen ja verstehen, die Deutschen sind ja eigentlich erstmal erzogen im Untertanengeist. Und jetzt kommt […] so ein Gefühl, so überhaupt, dass erstmal die Menschen auf die Straße gehen. Demonstrieren ist für einen Deutschen gar nicht so ganz einfach. Für mich war das auch eine Überwindung, erstmal überhaupt da auf einer Demonstration mitzulaufen. Also, das hängt da auch mit zusammen.«

Der RAF-Anwalt und spätere Bundesinnenminister Otto Schily im DLF-Interview vom 27. Juli 2017.

◈

Der Autor dieser Zeilen, am Tage der RAF-Selbstauflösung zehneinhalb Jahre alt, hat nur noch schemenhafte Erinnerungen an die Berichterstattung in Radionachrichten und der *Tagesschau* über dieses Ereignis. Gleiches gilt für Reaktionen im Elternhaus und näheren Umfeld. Das formale Ende der umfangreichsten, blutigsten und in jedweder Hinsicht obskur-

»Die wahre Regierungsbasis für das Deutschland von morgen wird durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze fair zwischen den demokratischen Parteien des Deutschen Bundestages hergestellt. So gestärkt, können wir dann jeder Belastung, die auf die Bundesrepublik zukommt, in nationaler Sammlung entgegensehen.«

Rainer Barzel, ehem. Bundesminister und Fraktionsführer der Union im Bundestag, im Jahr 1965; zitiert nach Helmut Ridder: »1933 findet nicht statt. Über Inhalt und Funktion deutscher Notstandsgesetzgebung am ›Ende der Nachkriegszeit‹«; in: *Vorbereitung auf den Notstand? 10 Antworten auf eine aktuelle Frage,* Frankfurt a. M. u. Hamburg 1967, S. 75–89.

»Wenn man schon diesen Panzerwagen sieht, der da in Frankfurt gegen die armen verzweifelten jungen Männer in Unterhosen anrückt, da kann einem wirklich Zweifel kommen am gesunden Menschenverstand unserer Mitbürger. [...] Natürlich werden Sie sagen, und ich sage es mir dauernd: Wie steht es mit den Opfern? Muß man nicht etwas tun? Wenn man sich nun andererseits überlegt, daß in jeder Minute in der Bundesrepublik mehr Menschen an Verkehrsunfällen umkommen, als die Baader-Meinhof-Gruppe in all den Jahren ihrer Existenz vernichtet hat, daß diese Verkehrstoten auf direkte Verantwortung jener Behörden gehen [...] – und dann schimpft man über die Baader-Meinhof-Gruppe, die doch zumindest nicht aus Geldgier mordet, sondern im Gegenteil die größten finanziellen Opfer auf sich selber nimmt, um der Welt darzutun, daß das politische Stillsitzen uns auf den Hund gebracht hat, auf dem wir ja sitzen.«

Der freudomarxistische »Sexualpädagoge« und Autor von Kriminalromanen Ernst Bornemann im WDR-Interview vom 2. Juni 1972.

sten Episode des deutschen Terrorismus scheint lediglich als eine verspätete Bestätigung ihres tatsächlichen Endes zur Kenntnis genommen worden zu sein. Auf einer gänzlich anderen Ebene aber kann es – in bester Nachkriegstradition – keinen »Schlußstrich« geben: Die reale, (un-)greifbare »Rote Armee Fraktion«, die in der gesamten Zeit ihres Bestehens wesentlich durch ihr Wechselspiel mit den bundesrepublikanischen Medien – auch denen der verhaßten und bekämpften Springer-Presse – Wirkung entfaltete, wurde von ihrem eigenen Nimbus überlebt. Dieser hält bis heute an und ermöglicht es »aufgeschlossenen« Kreativen, sich teils lukrativ auszuleben: Erst 2015 hat der kaleidoskopische Pop-Roman *Die Erfindung der Roten Armee Fraktion durch einen manisch-depressiven Teenager im Sommer 1969* von Frank Witzel den Deutschen Buchpreis erhalten, übrigens fast auf den Tag genau 19 Jahre, nachdem das RAF-Kommando »Ingrid Schubert« den Diplomaten Gerold von Braunmühl in Bonn auf offener Straße erschossen hatte. Witzel lag das Sujet in keiner Weise fern, hatte er doch bereits 1978 (im Jahr nach der Schleyer-Entführung und -Ermordung, in dem ein deutscher Polizist und zwei niederländische Zöllner den Kugeln der RAF zum Opfer fielen) eine Schallplatte mit dem Titel »Bananenrepublik« veröffentlicht – zusammen mit Thorwald Proll, einem der frühesten Wegbegleiter von Andreas Baader und Gudrun Ensslin, der zusammen mit dem »Elternpaar« der RAF wegen der Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen 1968 auf der Anklagebank gesessen hatte und Baader zuletzt 2003 in einem Gesprächsband zur Heldenfigur stilisierte.

Unter diesem generationsbasierten Gesichtspunkt betrachtet, stellt sich die tatsächliche Genese der RAF trennscharf erst vor dem Hintergrund der Häutungen der Bonner Republik im Wechsel von den 1950er zu den 1960er Jahren dar. Wenn Witzel in seinem Gesprächsband *BRD Noir* mit dem Chronisten der linksradikalen Theorie Philipp Felsch (vgl. *Sezession* 84) den tautologischen Charakter des RAF-Gründungsmythos auf die Formel bringt: »Die RAF bedingt die Notstandsgesetze, die wiederum die RAF bedingen«, dann steckt er damit einen Claim innerhalb des bundesrepublikanischen Bedeutungszusammenhangs ab, der tatsächlich schon mit der Aufstellung (mutmaßlich im US-Auftrag) der geheimen »Schnez-Truppe« zur Unterdrückung kommunistischer Aufstandsversuche 1949 begonnen und über die ab 1950 allmählich in Gang kommende Wiederbewaffnung den westdeutschen Teilstaat geradewegs in die Arme des westlichen Militärbündnisses und damit in Frontstellung zur Sowjetunion mit ihrem ostdeutschen Satrapenstaat gebracht hatte – ein sehr frühes »Ende der Nachkriegszeit« (Helmut Ridder). Dieser Frontstellung – und nicht etwa einem bloß vorgeschobenen Zugewinn an staatlicher Souveränität oder der Absicherung gegen Katastrophenfälle jeglicher Couleur – dienten denn auch die verschiedenen Stufen der nicht von ungefähr tatsächlich seit Mitte der 1950er angebahnten Notstandsgesetzgebung, deren Endstufe (nach u. a. den bereits 1965 verabschiedeten »Sicherstellungsgesetzen«) »am 30. Mai 1968 knappe acht Wochen nach den besagten Kaufhausbrandstiftungen vom Bundestag beschlossen wurde. Ebendiese Notstandsgesetzgebung gebar übrigens auch erst den vielgerühmten Art. 20 Abs. IV GG, indem nämlich durch das sogenannte »Widerstandsrecht« den (lautstarken) Kritikern der Notstandsgesetze der Wind aus den Segeln genommen werden sollte.

Gewiß haben sich die gegen eine diffuse Obrigkeit anrennenden Studenten der 1960er Jahre mit ihrem Gezeter, Geprügel und Gezündel – wenn überhaupt – im wackeren Widerstand gegen einen neu aufkeimenden »Faschismus« gesehen, der tatsächlich allenfalls in ihrer mit eigenwilligem Marxismusverständnis und den Phrasen östlicher Einflußagenten unterfütterten Phantasie sprießte. Auf der anderen Seite aber stand (und steht) die Lebenslüge der Bundesrepublik als neu aus der Taufe gehobenem Staat mit dem einen erklärten Ziel, die Fehler der Vergangenheit – den »deutschen Sonderweg« – nicht nur unausgesetzt abzugelten, sondern gleichzeitig die betonte Antithese zu allem »Alten« darzustellen. Als schwere Hypothek auf das Vertrauen in den jungen, »gelernt« haben wollenden Staat erwies sich schnell, daß dieses gebetsmühlenartig wiederholte *Telos* – das stets auch zur Glorifizierung des mit den Westalliierten ausgehandelten Grundgesetzes bemüht wurde – immer nur so lange von (rhetorischer) Bedeutung war, wie es den strategischen Erwägungen

des aufkommenden Kalten Kriegs nicht im Weg stand. Nicht umsonst geriet das gerade einmal ein Jahr alte Grundgesetz mit Ausbruch des Koreakriegs 1950 und der sich damit verschärfenden Blockkonfrontation umgehend ins Visier für Anpassungen an die neuen »Verpflichtungen« des sich bald in die NATO einreihenden westdeutschen Teilstaats; ein frühes Indiz für diese Entwicklung, die mit den Notstandsgesetzen lediglich ihren öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt fand, bildete das Erste Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951, das den Straftatbestand des Hochverrats neu faßte – und umgehend zusammen mit dem neuartigen Anwurf der »Verfassungsfeindlichkeit« gegen Organisationen in Stellung gebracht wurde, die gegen die Westbindung der Bundesrepublik arbeiteten und in Hoffnung auf eine rasche Wiedervereinigung nationalneutralistische Positionen einnahmen. Diese Gleichsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung und des inneren Friedens der Bundesrepublik mit ihrer Existenz als Aufmarschraum der Westalliierten gegen Moskau bescherte der BRD demgemäß auch ihre ersten Parteienverbote (vgl. *Sezession* 80).

Diese kognitive Dissonanz zwischen der Selbstdarstellung von Regierung und Staat sowie deren tatsächlicher Politik schuf das Klima der bürgerlichen Unsicherheit, zu deren Betäubung das »Wirtschaftswunder« anfangs völlig ausreichend war. Dieses aber begann Anfang der 1960er, merklich nachzulassen, und so ist die Aussage des seinerzeitigen Bundesinnenministers und obersten Notstandsplaners Paul Lücke von 1966 mehr als vielsagend: »Wir müssen uns darüber klar sein: solange die Sonne der Konjunktur scheint, solange wir Vollbeschäftigung haben, solange wird diese Demokratie bestehen und in keine Gefahr hineingeraten. Aber […] wenn einmal fünf bis sechs Millionen Arbeitslose da sind, für den Fall müssen wir uns vorbereiten und für den Augenblick müssen wir unseren Staat rüsten.« Die Notstandsgesetze zur Wappnung des Staats gegen den »Spannungsfall« – wenn nämlich der »Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft« (Carlo Schmid) ihre freundliche Wohlstandsmaske herabzurutschen droht.

Dies alles rechtfertigt oder beschönigt keineswegs die Radikalisierung der von den bürgerlichen Protagonisten einer vor allem wirtschaftlich begründeten Anti-Springer-Fronde bereitwillig unterstützten Studentenbewegung hin zu RAF, Bewegung 2. Juni et al. (und schon gar nicht all die damit verbundenen Toten), doch es liefert sehr wohl einen Erklärungsansatz für die ungebrochene dunkle Faszination der realiter ziemlich kümmerlichen, aber medial ins Mythische überhöhten RAF. Von dieser legen sprichwörtlich gewordene Wendungen wie der »klammheimlichen Freude« des »Göttinger Mescaleros« (und späteren Deutschlehrers) Klaus Hülbrock bis hin zu den spielerisch-sympathisierenden Bekenntnissen der Intellektuellen von Heinrich Böll bis in die heutige Zeit beredt Zeugnis ab. Vor allem aber schlägt sie sich nieder in der Transposition des realen Terrorismus hinein in die Simulationsebene des Actionfilms, wie sie insbesondere Uli Edels 2008 – zehn Jahre nach Selbstauflösung der RAF – erschienener Film *Der Baader Meinhof Komplex* nach dem gleichnamigen Buch von Stefan Aust demonstriert hat, ebenso aber auch etwa die mit Verschwörungstheorien spielende *Tatort*-Episode *Der rote Schatten* und der direkt auf Bad Kleinen anspielende Fernsehfilm *Brandmal* von 2015.

Der Mythos RAF verfolgt die Bundesrepublik, weil er die Kehrseite des Mythos Bundesrepublik ist und dessen Sicherheitsbedürfnis verewigt. Je mehr die Mythenrepublik schwankt, um so weiter wächst die Strahlkraft eines deutschen Terrors beliebiger Couleur – eine gesellschaftlich-mediale Katze, die ihren eigenen Schwanz jagt und nicht erst seit NSU, »Old School Society« und ähnlichen Nebelkerzen immer frenetischer von den nicht-endemischen Ursprüngen realen Terrors abzulenken versucht. Hier scheinen mit der schwarzen Propaganda echte Mittel des strategischen Gegenterrors auf – mit dem eine altersparanoide, politisch abgewirtschaftete Mittelschicht zum Amüsement ihrer parlamentarischen Dompteure versucht, sich selbst in Schach zu halten. Das hätte die »Stadtguerilla« niemals alleine bewerkstelligen können – so wie alles andere auch, hätte nicht eben die Gesellschaft, von deren Fleisch sie Fleisch war und die sie selbsthassend zum absoluten Feindbild erkor, ihr ebenso selbsthassend Schützenhilfe geleistet. Bekanntlich gibt es »kein richtiges Leben im falschen«. ■

»[W]eil er [Gerd Bucerius; N.W.] nach den Unruhen, die auf den Tod Benno Ohnesorgs folgten, den angeklagten Studenten mit einer Spende (›vorläufig bis 5000 Mark‹) rechtserfahrene Verteidiger zur Seite stellen wollte. Seine Rechtfertigung: Winston Churchill habe 1949 einen Fonds gegründet, um dem angeklagten Feldmarschall von Manstein einen englischen Verteidiger zur Seite stellen zu können. […] Summen von insgesamt 85.000 D-Mark. Sie gingen an den Rechtsanwalt Mahler Rechtshilfefonds (4423,61 D-Mark), an Dutschke (12.000), an den Republikanischen Club (5000), das Institut für Publizistik (10.000), den FU-Asta (5662), an die Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität, den Voltaire-Verlag, die Liga für Menschenrechte.«

Theo Sommer: »Enteignen? Stoppen!«, in: *ZEIT* vom 10. Juni 2009.

Literaturhinweise:

Hanno Balz: *Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren*, Frankfurt a.M. 2008;

Sonja Glaab (Hrsg.): *Medien und Terrorismus. Auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung*, Berlin 2007;

Gerd Koenen: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001;

Inge Stephan u. Alexandra Tacke (Hrsg.): *NachBilder der RAF*, Köln 2008;

Petra Terhoeven: *Die Rote Armee Fraktion. Eine Geschichte terroristischer Gewalt*, München 2017.

Der politische Schwenk der »Weltbühne« 1918 / 19

von Günter Scholdt

Die Mainstream-Geschichtsschreibung hat die Schuldfrage hinsichtlich der Zerstörung der Weimarer Republik gelöst. Sie zielt dabei vor allem auf eine von Anfang an bestehende Feindschaft zur neuerstandenen Republik und Demokratie. Daß es derartige Aversionen gegeben hat, sei nicht bestritten. Doch woher diese Unversöhnlichkeit rührte oder ob sie nicht zu einem Gutteil provoziert war, verdient dieselbe Aufmerksamkeit. Die folgende Darlegung widmet sich diesem Problem am Beispiel des wohl kulturell profiliertesten Weimarer Linksorgans: der von Siegfried Jacobsohn herausgegebenen Zeitschrift *Die Weltbühne*.

Die Untersuchung konzentriert sich auf die Übergangsphase 1918 / 19 vom deutschen Friedensgesuch im September bis zum Abschluß des Versailler Vertrags. Denn seit diesem militärisch-politischen Umschwung praktizierte Jacobsohn das, was man als »Vergangenheitsbewältigung 1« bezeichnen könnte. Ob er und seine Mannschaft für diese radikale Mohrenwäsche moralisch befugt waren, wurde in zeitgenössischen Polemiken breit erörtert. Dabei brauchte sich Jacobsohn für die Kriegsnummern seiner Zeitschrift keineswegs zu schämen. Sie boten vielmehr, ohne regierungsfeindlich zu sein, Raum für pazifistischen Einspruch und zeigten nicht selten Courage.

»Wer nicht alles weiß, weiß nichts.«

Adam Kuckhoff: *Der Deutsche von Bayencourt,* Berlin 1937, S. 231.

Als Gegengewicht enthielten sie aber zugleich ihr gehöriges Quantum Affirmation, so daß ihre nun schlagartig einsetzende ätzende Kritik an allem, was bislang zum patriotischen Kanon gehörte, sich nicht von selbst verstand. Auch Kurt Tucholsky, Arnold Zweig, Rudolf Leonhard, Julius Bab, Maximilian Harden und sein Bruder Richard Witting hatten ihre (publizistischen) Leichen im Keller. So knöpfte sich etwa Karl Kraus in seinen Enthüllungskampagnen auch etliche *Weltbühne*-Autoren vor. Besonderen Anstoß erregte ein von der *Frankfurter Zeitung* preisgekröntes Propagandagedicht von Tucholsky, der noch am 25.9.1918 mit lockerer Zunge zur Zeichnung der Kriegsanleihe aufforderte. Einen eindringlichen Appell in gleicher Sache brachte die *Weltbühne* gar noch am 17. Oktober (!).

Tempi passati! Jetzt jedenfalls distanzierte sich die neue Moralelite radikal von allem, was früher unter »Burgfrieden« lief. Neben Jacobsohn schlug Tucholsky hierbei verbal die schärfste Klinge. Als Konsequenz der Niederlage verlangte er die rücksichtslose »Ausbrennung« aller von ihm ausgemachten staatlichen wie gesellschaftlichen Übel (9.1.19). Am 28.3.19 setzte er hinzu, »Haß« sei das Einzige, »diesem Volke zu helfen«, das nicht auf »versipptes Cliquentum und gehorsame Lügner« beschränkt bleiben dürfe. Durch Beschimpfung der bislang repräsentativen, »entarteten *species* der *gens humana*« lobe man das bessere Deutschland. Weite Schichten seien Untertanen à la Heinrich Mann (28.3.19), Spießer und Gewaltanbeter (13.3.19): »Die militaristische Schande Deutschlands ist

nur möglich gewesen, weil sie die tiefsten und schlechtesten Instinkte des Volkes befriedigt hat« (20.2.19).

Die Wilhelminischen Eliten karikierte er in Grund und Boden als untergehende, dem Aufstand und Gericht verfallene Welt, bevölkert von bellizistischen Landräten und preußischen Professoren, nach Krieg grölenden »Obristenfrauen«, »Koksbaron, Monokelträger, Bürgerlamm und Karrierejäger« (24./31.10.18; 26.12.18; 22.5.19). Mit der Armee, der er nicht zuletzt Korruption vorhielt, rechnete er in der sechsteiligen Serie *Militaria* ab (9.1. bis 20.2.19). Einen (selbst scharfer Kritik aufgeschlossenen) Reformoffizier brüskierte er (28.3.19); seine Funktion sei »Mord«. Kein »wertvoller Mensch« werde »dieser kümmerlichen Angelegenheit sein Leben widmen« (5.6.19).

Ins selbe Horn stießen Arnold Zweig, Julius Bab und Rudolf Leonhard, deren eigene exzessive Apologien des Krieges in dessen Anfangsjahren nun bigotter Amnesie verfielen. Jetzt war von vierjährigem »verbrecherischen Gehorsam« und »unverantwortlicher Geduld« des Bürgers die Rede (Zweig 16.1.19), von Deutschen als »Söldnern des Nationalismus« (Leonhard 20.2.19), von gerechtfertigten revolutionären Übergriffen als »notwendige Reaktion gegen die tausendmal unheilvollere Gewalt, die so viele Jahre lang von einer Herrscherkaste verübt wurde« (Bab 28.11.18). Auch Alfons Goldschmidt beklagte Deutschlands politische Unreife (31.10.18).

Gewiß war jetzt der Zeitpunkt gekommen, schwere Defekte des Wilhelminischen Staats und seiner Gesellschaft aufzuarbeiten, und deren Eliten hatten sich ihrer Verantwortung zu stellen. Aber eine manichäische Weltsicht, die (deutsche) Dienstbereite zu Verbrecher- oder Knechtsnaturen und ihre Opponenten zu freiheitsbewußten Philanthropen erklärte, förderte kaum eine zu schaffende Friedenskultur. Nachträgliche Rechthaberei kam hinzu. Eine Zeitschrift, die sich sonst um Strategie nicht scherte, lancierte nun, von Persius bis Miles, ganze Serien, in denen katastrophale militärische Irrtümer oder Versäumnisse aufgezählt und als systembedingt gedeutet wurden.

Zwar wimmelt die Kriegsgeschichte aller Zeiten und Länder davon, und fast jede große Operation enthält sie als Begleiterscheinung. Aber wo Verdammung angesagt war, unterblieb Verständnis: etwa dafür, daß Deutschland wie seine Feinde Machtpolitik trieb oder sich manche Fehlentscheidung aus einer Zwangslage erklärt. Das galt besonders für den unbeschränkten U-Boot-Krieg. Natürlich war diese Eskalation höchst problematisch, wenn nicht gar kriegsentscheidend. Aber war sie auch gänzlich abwegig oder gar kriminell? Lag die Tendenz eines rigorosen Vorgehens gegen Englands Versorgung nicht nahe angesichts einer völkerrechtlich umstrittenen britischen Blockade, die eine knappe Million Deutsche an Unterernährung sterben ließ?

Seitenweise wurden nun Namen und Zitate von militärischen und anderen »Unheilstiftern« publiziert (14./21.11.18), Kriegsoptimisten (allerdings nur im gegnerischen Lager) mit ihren Aussagen von 1914 konfrontiert. Jeder, der den verschärften Seekrieg befürwortet, vermeintliche alliierte Friedensfühler übersehen, zu Realpolitik geraten oder antienglisch argumentiert hatte, stand am Pranger (10./17.10.18; 7.11.18). Manche Kritik war berechtigt, etwa gegen Richard Dehmels und Walter Rathenaus Volkssturm-Projekte, die das Kriegsunheil in letzter Minute nur noch vermehrt hätten (31.10.18). Doch befremdet allein schon die martialische Sprache, deren sich allen voran Jacobsohn plötzlich bediente. Am 24. Oktober drohte er der Vaterlandspartei, bald würden ihre »Führer und Einpeitscher was erleben, und es wird vielleicht ihr letztes Erlebnis sein«. Und am 31.10. hieß es auf Leserkritik hin:

> *Sie beklagen sich über den Ton meines Blattes? Da weiß ich Ihnen ein sicheres Mittel: befreien Sie mich von Ihrem Lesertum, und das schnellstens. Denn, unter uns: wenn Sie jetzt schon »peinlich berührt« sind – es wird mit jeder Woche schlimmer. Jetzt nimmt man, freiwillig und leider auch unfreiwillig, noch Rücksichten. Aber sollte die Schweinerei je zu Ende sein, und sollte ich dieses Ende erleben, so wird hier ein Ton gepfiffen werden, ein Tönchen, daß euch Hören und Sehen vergeht. Es ist ein Wunder, daß wir an all dem Jammer jeder Art, den wir*

»Max Weber geriet außer sich vor Zorn über ein ›Literatenvolk‹, das sich in Bezichtigungen einer deutschen ›Kriegsschuld‹ erging und den unversöhnlichen Kriegsgegnern als Kronzeuge anbot. Die Niederlage, schrieb er im Januar 1919, mußte für diese Leute unbedingt die Folge einer Schuld sein, ›dann nur entsprach sie jener *Weltordnung*, welche alle solche schwachen, dem Antlitz der Wirklichkeit nicht gewachsenen Naturen allein ertragen‹. […] Die Neigung, politischen Herausforderungen durch moralische Selbstanklagen […] zu begegnen, ist bis heute eine verbreitete deutsche Eigenschaft.«

Thorsten Hinz: »Die Urkatastrophe«, in: *Junge Freiheit* vom 9. November 2018.

all diese Jahre stumm hinunterwürgen mußten, nicht unrettbar erstickt sind – und da verlangen Sie, daß eine Stunde länger, als unbedingt nötig, hinuntergewürgt wird? O nein, liebe Lise. […] Also, Leisetreter und deinesgleichen: befreit mich von euerm Lesertum!

Nachfolgend Stimmen der Deutschland-Verächter von 1918 im Wandel der Zeiten, z. B. Arnold Zweigs Brief an Helene Weyl vom 27. August 1914:

»Ein jauchzendes, tollkühnes Entzücken vibriert in mir, wenn ich die Zeitungen lese. […] Das große Deutschland ist wieder da, die klare ungeheuer geniale Kälte der Kantischen Intuition und das Feuer Beethovenscher Allegretti und Scherzi spukt in der deutschen Kriegführung, die tragende Ordnung ›romanisch‹-deutscher Fassaden und der gefaßte, schweigsame Griffel Holbeinscher Zeichnungen gibt sich kund […] und über allem hängt die furchtlose Nähe des Todes […] aus Dürers großem Blatt. Der Ritter reitet.«

»Fremde Interessen haben uns jetzt nichts zu kümmern. Denn wenn die Waffen sprechen, hat Gott die Entscheidung zwischen den Völkern übernommen: Wem er die Macht gibt, der muß sie gebrauchen.«

Arnold Zweig: »Kriegsziele«, in *Süddeutsche Monatshefte,* Dezember 1915, 281f.

Zudem verteidigte er die Zensur der neuen Machthaber gegenüber nationalen Blättern. Denn manche Bestrafung sei »Luftreinigung«: »zum Beispiel, daß man die schmutzige Hure des Verlages August Scherl von dem ehrbaren Strich der Zimmerstrichstraße gejagt hat: der Berliner Lokal-Anzeiger heißt bis auf weiteres ›Die rote Fahne‹. Und daß man dem Genossen Bernhard das Großmaul gestopft hat: auf Befehl des Arbeiter- und Soldaten-Rates muß er in seinem Verbrecherblatt erklären, es werde sich zunächst auf die Wiedergabe von Nachrichten beschränken« (14.11.18). Wer selbst »so lange die öffentliche Meinung vergewaltigt« habe, werde nun eben »selbst vergewaltigt« (21.11.18). Georg Bernhard von der *Vossischen Zeitung* sei vom Staatsgerichtshof zu bestrafen (7.11.18) und Kritik vom *Türmer* wies er machtbewußt zurück: »Von dir nicht […]. Kusch!« (26.12.18)

Tiermetaphern wurden gängig. Alldeutsche oder regierungsfreundliche Journalisten verglich Jacobsohn mit »Preßkötern«, »Bluthunden«, Wanzen, die vom »Insektenpulver« leider nicht verhindert würden, oder »pinkelnden Hunden« mit einem Unterschied: »das Hundchen ist mit Geduld und Prügel zur Sauberkeit zu erziehen – ihr hingegen werdet bei jeder Gelegenheit neue Ferkeleien begehen« (7./14.11.18; 6.12.18). Arnold Zweig sah im Heer das »tierischste aller Knechtungssysteme« (16.1.19). Tucholsky agitiert gegen »das Getier« von Ordensrittern und Heimatoffizieren (28.11.18) oder wünschte, daß keiner mit reaktionärem »Vieh« Erbarmen hätte (17.4.19). Auch sei es völlig gleichgültig, »ob Noske im guten Glauben« gehandelt habe. »Er ist ein Schädling, denn schlimmer als die exploitierenden Reichen sind ihre Handlanger« (15.5.19). Als Steigerung verbaler Verrohung blieb nur noch sein literarisches Kokettieren mit Lynchjustiz, dem sich Leonhard anschloß (10./17.10.18).

Noch folgenreicher waren zeitgeschichtliche Einlassungen. Denn die *Weltbühne* zeichnete ein Deutschland-Bild, das auf Bestätigung alliierter Vorwürfe und Kriegsvorwände hinauslief und auch reformwillige Kriegsheimkehrer verstören mußte. Bereits am 14. Oktober schrieb Jacobsohn: »Zu glauben, daß die Welt sich drei solche Verbrechen wie den Einbruch in Belgien, den U-Boot-Krieg und den Brester Frieden gefallen lassen dürfte und würde – das zu glauben, war eine Sache von verpesteten Kleingehirnen, deren vollständige Vernichtung jedem Versuch zum Wiederaufbau voranzugehen hatte.« Den Scharfmacher gab auch Richard Witting alias Witkowski, Bankdirektor, »Kaiserjude« gemäß Chaim Weizmanns Diktion, zu Kriegsbeginn stramm national, später Stichwortgeber der Weimarer Verfassung. Unter dem Pseudonym Georg Metzler forderte er nun, Kaiser Wilhelm und seine Regierung seien vom Staatsgerichtshof abzuurteilen. Er nannte die »Phrase« vom deutschen Verteidigungskrieg eine »verruchte Lüge« und erstellte Schuldgutachten gegen Deutschland, als hätte ihn die Entente beauftragt (28.11.18; 9.1./13.2.19).

Heinrich Ströbel sprach von deutscher »Friedenssabotage« (3.7.19) und polemisierte gegen das Weißbuch der – inzwischen demokratischen! – Regierung zur Widerlegung der Kriegsschuld (19.6.19). Leonhard sekundierte und begrüßte zugleich die Anklage-Untersuchungskommission zur völkerrechtswidrigen Behandlung Kriegsgefangener in Deutschland (5.12.18). Im geistigen Schlepptau alliierter Greuelpropaganda assistierte ihm Tucholsky bezüglich Belgiens (3.4.19). Angesichts der Friedensbedingungen, die gerade in Versailles festgelegt wurden, mußten solche tendenziösen Analysen fast zwangsläufig als Schützenhilfe für rigide Entente-Positionen verstanden werden.

Negativ zu toppen war das nur noch vom Münchner Revolutionär Kurt Eisner, der – Höhepunkt nationalmasochistischer Naivität – Deutschland belastende diplomatische Akten publizierte, um dadurch (vergeblich) das Wohlwollen der Alliierten für Bayern zu fördern. Daß Tucholsky Eisner in einem Nachruf verklärte, war geradezu folgerichtig (27.2.19). Verwundert es da noch, daß diese Reeducation-Elite selbst den Versailler Vertrag billigte? Leonhard leitete ihn aus dem »Gewaltfrieden«

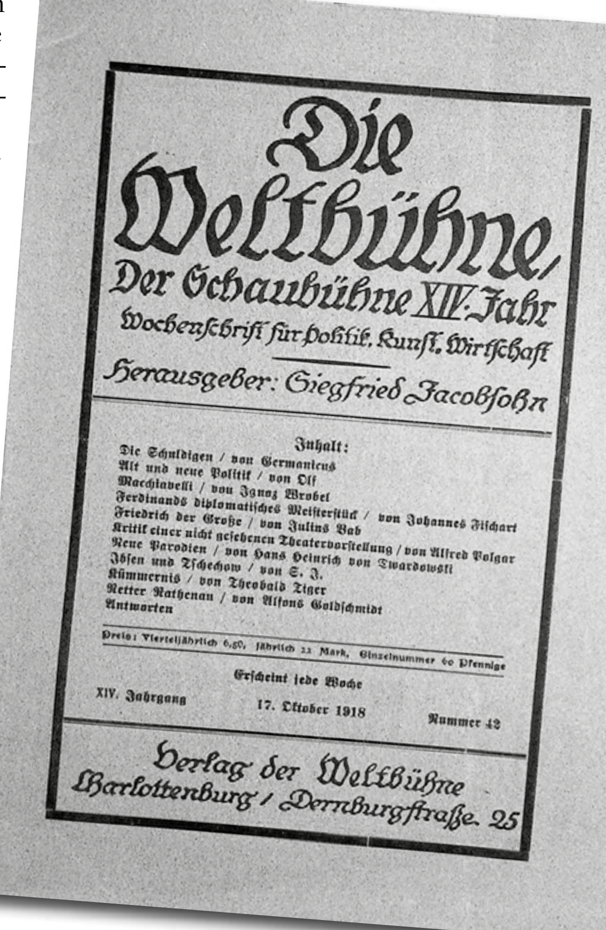
von Brest-Litowsk ab (14.11.18). Hans Natonek (12.6.19) und Heinrich Ströbel (26.6.19) argumentierten als Advokaten der Franzosen. Tucholsky interpretierte das Diktat als »Heil von außen« (1.5.19), da Deutschland sonst nie seiner militaristischen Fesselung entkommen wäre. Auffallend war bereits sein Wortgebrauch, wonach er in deutlicher Distanz von Landsleuten quasi als Fremden sprach: »Sie haben nichts dazugelernt«, hieß es etwa:

> *Und nur ein Friede kann uns retten, / ein Friede, der dies Heer zerbricht, / zerbricht die alten Eisenketten – / der Feind befreit uns von den Kletten. / Die Deutschen selber tun es nicht.*

Demgemäß zog er am 15.5.19 »Bilanz«:

> *Fühlt ihr, was dieser Friede bedeutet? / Eine große stählerne Glocke läutet / neue, ganz neue Zeiten ein. / Morgenschein? / Ich mag heute keinen Deutschen lästern. / Doch der Kompromiß ist ein Ding von gestern. / Kippeln – Wippeln – wie weit! wie weit! / Faust auf den Tisch! / Eine neue Zeit!*

Wer sich seinen Landsleuten gegenüber so empathielos äußerte, verhielt sich wie ein innenpolitischer Sieger bzw. Kriegsgewinner, der sich vom Feind demokratisch beschenkt fühlt und dem Verdacht aussetzt, die Niederlage billigend in Kauf genommen zu haben. Damit hatte man schlechte Karten in einem Land, das mit Schuld- und Bestrafungsmasochismen noch so wenig anfangen konnte wie mit Apologien des zwielichtigen Außenminister Greys oder Apotheosen des »Wilsonismus«. Diesen Begriff, verkündete Carl Meinhard, müsse man »mit derselben Andacht aussprechen wie einen neuen Glauben«. Denn diesem »Völkerführer gebühren alle Ehren« (19.12.18). Das provozierte, da die idealistischen Skrupel des US-Präsidenten stets dann verstummten, wenn amerikanische Großmacht- und Geschäftsinteressen berührt waren (z.B. durch einseitige kriegsentscheidende Waffenlieferungen) und dessen Soft-Power-Rhetorik samt Kriegseintritt die deutsche Niederlage besiegelt hat.



Die Weltbühne

Der Schaubühne XIV. Jahr

Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft

Herausgeber: Siegfried Jacobsohn

Inhalt:

Die Schuldigen / von Germanicus
Alt und neue Politik / von Olf
Machiavelli / von Ignaz Wrobel
Ferdinands diplomatisches Meisterstück / von Johannes Fischart
Friedrich der Große / von Julius Bab
Kritik einer nicht gesehenen Theatervorstellung / von Alfred Polgar
Neue Parodien / von Hans Heinrich von Twardowski
Ibsen und Tschechow / von S. J.
Kümmernis / von Theobald Tiger
Retter Rathenau / von Alfons Goldschmidt
Antworten

Preis: Vierteljährlich 6,50, jährlich 22 Mark, Einzelnummer 60 Pfennige

Erscheint jede Woche

XIV. Jahrgang | 17. Oktober 1918 | Nummer 42

Verlag der Weltbühne
Charlottenburg / Dernburgstraße 25

Man übertreibt kaum, in solchen Literaten nützliche Idioten der Entente zu sehen. Selbst ein besonnener Zeitgenosse wie Arthur Schnitzler, der sich, vom Kriegsrausch seinerzeit ferngehalten hatte, notierte am 3.6.1919 angewidert in sein Tagebuch: Triumphe wie der von Versailles müßten eben »ausgekostet« werden. Aber die begleitenden »Phrasen von Gerechtigkeit und Völkerfrieden« seien neuartig, eine »Lüge, die sich im Augenblick selbst, auch für den Blindesten demaskiert«. Und Ricarda Huch schrieb ihrer Freundin Marie Baum am 22.2.1919, »ein Volk, das seinen Feinden mehr vertraut als seinen Führern, ist so pervers, daß es untergehen muß, wenn auch hundertmal die eigenen Führer schuld haben. Das Vertrauen der Deutschen zu Wilson usw. mußte sich bestrafen. Wir haben kein Selbstbewußtsein mehr, also sind wir nichts mehr.«

Überhaupt verwechselte man bei den nun inthronisierten Demokraten allzu häufig Ursache und Wirkung, indem man die Kriegsbereitschaft der Entente als Folge eines angeblichen deutschen Bellizismus interpretierte, während die karikierende Unterstellung dieser Gesinnung vielmehr eine erste psychologische Kriegsmaßnahme war. Mehr noch: Man bestätigte nachträglich die diffamierende psychologische Kriegsführung der Anti-Deutschland-Koalition, die von Anfang an auf ein zivilisatorisch rückständiges, der Demokratie zuzuführendes despotisches Gebilde abzielte, mit einem Kaiser als überdimensionierter Horrorfigur an der Spitze. Tucholsky etwa, der sich

mit alliierter Propaganda beschäftigt hatte, wußte es eigentlich besser. Aber offenbar diente auch seine Deutschland-Karikatur, die Preußen und Militär zu demokratischen Unworten stempelte, nun vermeintlich höheren Zwecken.

Konfliktverschärfend bis hin zu Phobien wirkte der Umstand, daß Jacobsohn und zahlreiche Mitarbeiter Juden waren, und nun demonstrativ den im August 1914 geleisteten nationalen Rütlischwur aufkündigten. »Dem verblichenen Deutschland«, schrieb Jacobsohn, »nicht eine Träne. Sein Geruch war Mord; und größer als seine Brutalität war nur seine Dummheit« (14.11.18). Es werde ihm vorgeworfen, sekundierte Tucholsky, er schmähe sein Land (9.1.19): »Das ist nicht mein Land. Das ist nicht unser Deutschland, in dem diese Köpfe, diese Hirne herrschen durften.« Manche Juden sahen sich nun ausschließlich als weltbürgerliches Friedensvolk. Jacobsohns Polemik gegen Walther Rathenau als »teutonischer Makkabäer« (10.10.18), gegen Journalisten wie Paul Goldmann oder Georg Bernhard als »Verräter seiner Kaste« gründet in solcher Neueinschätzung: »Wir haben jeden Juden, der den Inhabern einer mörderisch rohen Gewalt bewundernd nachkroch, als Verräter am Geist und am Menschentum empfunden« (26.12.18).

Tucholskys Reklamegedicht »Trotzdem –!« warb in der *Frankfurter Zeitung* noch am 25. September 1918 für die neunte Kriegsanleihe:

»Du schimpfst das ganze Jahr, mein Lieber, / du sprühst von Spott und Witz und Hohn, / du schimpfst auf Hamster und auf Schieber, / auf Scheidemann, auf Reventlown. […] Und trotzdem – ! Laß dich's nicht verdrießen. / Die Neunte ruft! Zieh kein Gesicht! / Solange jene andern schießen, / solange hilft das alles nicht. / Sei's eine Mark, sei's der gebräunte / und heitere Schein – bemüh' dich mal! / Bei Beethoven war's auch die Neunte. / Trotzalledem –! Sei klug und zahl!«

Auch für Arnold Zweig hatte Deutschland wie die Welt künftig am jüdischen Wesen zu genesen. Demgemäß feierte er Rosa Luxemburg und Spartakus (23.1.19). Deren Drang zur Macht erklärte er mit der schnelleren jüdischen Lageerkenntnis, oppositionellen Begabung und dem, »was dem Deutschen fehlte: Zivilcourage und Übung in Verantwortung«. Juden, die »ihr trotziges und sozial empfindendes Blut in die Arbeiterpartei getrieben« und den Sozialismus von Moses bis Gustav Landauer »in die Welt gebracht« hätten, »dienten der leuchtenden, großen, revolutionären Sache mit ihrer ganzen Kraft der Verantwortung« (17.4.19).

Das sahen Zeitgenossen vielfach anders. Sie registrierten bei nicht wenigen, die sich jüngst noch forciert als Deutsche proklamiert hatten, die demonstrative Abkehr von der Nation in der Krise, verbunden mit bedrohlichen Kommunismus-Sympathien, was beides heftige Aggressionen entfesselte. Vor solchen Folgen warnte etwa Thomas Mann 1922 in seiner Rede »Von deutscher Republik«. Darin appellierte er an die deutsche Jugend, es gebe keinen Grund, »die Republik als eine Angelegenheit scharfer Judenjungen zu empfinden: Überlaßt sie ihnen nicht! Nehmt ihnen […] den republikanischen Wind aus den Segeln!« Was heute ungeheuerlich oder abwegig klingen mag, enthielt jedoch im Kern eher Präventives. Denn Mann spürte, daß die Umerzieher für ihre ehrgeizigen Pläne eigentlich ein anderes Volk voller »Neuer Menschen« suchten und vielen Deutschen dabei als ideologisierte Prügelpädagogen galten.

Dabei vertraten jene radikalen Linksintellektuellen keineswegs die deutschen Juden schlechthin, sondern wurden lediglich wegen ihrer herausgehobenen öffentlichen Stellung und ihrer literarisch-publizistischen Ausstrahlung für die Mehrheit gehalten. Die war jedoch deutlich konservativer und vertrat etwa durch Repräsentanten wie Victor Klemperer, dem Freikorps-Kämpfer Ernst Kantorowicz oder dem Bibel-Nachdichter Franz Rosenzweig andere Vorstellungen von Krieg, Revolution oder einer solidarischen Haltung im momentanen Schicksalskampf.

Einer, der gleichfalls nicht zu sowjetischen Fundamentalismen neigte, war der Kunstschriftsteller Lucian Friedlaender, Chefkommentator der *Weltbühne* als »Cunctator« alias »Germanicus« alias »Robert Breuer«. Dieser jüdisch-patriotische Sozialdemokrat hatte während des Kriegs mit bemerkenswertem Freimut die Regierung zu friedenspolitischer Mäßigung und inneren Reformen ermahnt und, als die Zeitschrift die Klippen der Zensur zu durchschiffen hatte, nicht selten den Kopf für seinen Verleger hingehalten. Im Zuge des Umschwungs ließ auch er sich kurzfristig vom Bewältigungs- und Säuberungs-Furor anstecken (17./24.10.18). Er sah nun die Chance für einen gänzlichen republikanischen Neubeginn, bis ihn der Hexentanz der Utopisten und selbstgerechten Revolutionsdilettanten abstieß.

Für Friedländer/Breuer war eine Grenze überschritten, als die *Weltbühne* die Kriegsschuldfrage in einer Weise erörterte, die einer Legitimierung der Alliierten gleichkam. Bereits am 28.11.18 wandte er sich gegen die »Naivität, als ob Militarismus und Imperialismus zusammengebrochen seien«. Das gelte zwar für Deutschland, aber nicht für die Entente.

Daher sei es »mehr als fraglich, ob das deutsche Proletariat Ursache hat, sich seines Freiheitskampfes zu freuen«, ohne Unterstützung der übrigen Welt. Die Reaktion des Verlegers blieb nicht aus. Jacobsohn, Spiritus rector des radikalen Umerziehungskurses, trennte sich Knall auf Fall von seinem langjährigen Mitarbeiter, der soviel Staatsloyalität besaß, seinem Vertrauten Friedrich Ebert später als stellvertretender Pressechef zu dienen. Nun nahm er in einem offenen Brief vom 5. Dezember 1918 enttäuscht seinen Abschied:

> *Lieber Jacobsohn,*
> *Sie sagen mir, daß Sie vor Ihrem Gewissen nicht länger meine Wochenbetrachtungen verantworten können. [...] Es mangle mir an Radikalismus, und meine Leidenschaft für die Revolution wäre zu kalt, mein Bestreben aber, Deutschland so schnell wie irgend möglich wieder als eine wehr- und arbeitsfähige Einheit zu festigen, ließe einen Mangel an internationaler, pazifistischer, antimilitaristischer, republikanischer und demokratischer Gesinnung befürchten. Lieber Freund, Sie haben ganz recht. Denn allerdings schätze ich all die Tugenden, die Sie an mir vermissen, sehr niedrig ein in einer Zeit, da nichts weniger gefährlich ist, als grade mit ihnen zu prahlen. Politisch handeln heißt: das Notwendige tun; ich finde, daß heute alles weit notwendiger ist, als geschliffene Frechheiten [...] gegen die Trümmer einer längst nicht mehr vorhandenen Macht zu spucken.*

Er habe »lange und laut genug gegen den Größenwahn der deutschen Welthegemonie gekämpft«, sehe aber keinen Fortschritt darin, daß ein bolschewistisch geschwächtes Deutschland zur Kolonie herabsinke. Als Sozialdemokrat wolle er die Republik und »die Vergesellschaftung, soweit sie nicht die Wirtschaftlichkeit der Arbeit unterhöhlt«, aber nicht, »daß Narren und Dilettanten uns, unsern Kindern und Kindeskindern jede Lebensmöglichkeit zerstören«. Er »finde es fluchwürdig, zu übersehen«, daß das »entwaffnete und zur Weltpolitik unfähig gemachte Deutschland« wieder festen Blöcken unterworfen sei:

> *Ich finde es unwürdig und kindlich, Deutschland in ein Büßergewand zu zwängen und dem alten Revancheschreier Clemenceau noch einige Trümpfe mehr in die Hand zu spielen, damit er mit dem Schein der Gerechtigkeit die Friedensverhandlungen zu einer Abstrafung des bösen Tiers Deutschland machen kann. Die Tat des Herrn Eisner ist der Gipfel politischer Borniertheit. Ich weiß sehr wohl, daß der wilhelminische Barock das Heraufziehen des Krieges gefördert hat. Ich bin auch davon überzeugt, daß die alldeutschen Fanatiker den Krieg gewollt haben, aber ich weiß nur zu gut – und jedermann könnte es wissen –, daß sogar dann, wenn Deutschland, was noch keineswegs feststeht, den Krieg entfesselt hat, Rußland, Frankreich und England, ja selbst Amerika an diesem Kriege die gleiche Schuld tragen. Ich verachte den Exhibitionismus entmannter Knaben. [...] Was mich betrifft, so möchte ich meinen, daß jetzt, da selbst die Säuglinge mit Steinen schmeißen, die Zeit gekommen ist, zu heilen und zu pflegen. Zu erziehen und zu leuchten, damit Deutschland trotz der Finsternis, die auf ihm lastet, das Ziel nicht aus den Augen verliert. Dieses Ziel aber darf nicht das Chaos aus Phrasen und Tollhaus sein, sondern ein neues Reich und ein neues Volk.«*
> *Stets der Ihre*
> *Robert Breuer*

Ein Abgang in Würde. Sein Nachfolger, Ludwig Jurisch, stellte sich am 2. Januar 1919 dem *Weltbühne*-Publikum mit der Ansage vor, die menschliche Aufwärtsentwicklung erfordere, »die Revolution vorwärtszutreiben, mit Zuruf, wenn es ausreicht, mit Ruten, wenn es nicht vom Fleck geht«, oder gar mit »Skorpionen«. Er vergaß dabei, daß Revolutionen häufig Konterrevolutionen nach sich ziehen. An der letzten und dem, was ihr folgte, würgen wir noch heute. ■

Literaturhinweise:

Zum Gesamtzusammenhang:
Günter Scholdt: *Die große Autorenschlacht. Weimars Literaten streiten über den Ersten Weltkrieg.* (= *Berliner Schriften zur Ideologienkunde,* Bd. 5), Schnellroda 2015.

Eine Kurzbilanz:
Günter Scholdt: »Der Krieg und die Schriftsteller«, in: Sezession 61/2014, S. 24–27.

Zum Verhältnis Juden/Kommunismus:
Günter Scholdt: »Feindliche Nähe und Angst vor dem Gulag? Der ›Historikerstreit‹ im Spiegel von Schriftsteller-Äußerungen zwischen 1917 und 1945«, in: *Das 20. Jahrhundert. Zeitalter der tragischen Verkehrungen. Forum zum 80. Geburtstag von Ernst Nolte,* hrsg. v. Helmut Fleischer u. Pierluca Azzaro, München 2003, S. 156–206.

Weitere genannte Quellen:
Marie Baum: *Leuchtende Spur,* Tübingen/Stuttgart 1950, S. 244;

Arthur Schnitzler: *Tagebuch 1879–1931, Bd. 1917–1919,* Wien 1985, S. 257.



Matteo Salvinis lombardische Tapete

von Eberhard Straub

Norditalien gehört noch zum kontinentalen Europa. Politische, wirtschaftliche, geistige wie künstlerische Beziehungen von Mailand über Innsbruck hinauf nach München und über Trient und Graz hinüber nach Wien verdichteten die mannigfachen Klein- und Sonderformen der Herzogtümer, Grafschaften und Städte zu einem besonderen Lebens- und Kulturraum, der in Deutschland bis nach Regensburg, Frankfurt und Dresden ausstrahlte. Die berühmtesten ursprünglich norditalienischen Familien in Deutschland und Österreich sind die sehr vornehmen, altadeligen Brentano di Tremezzo mit ihren Dichtern, Professoren und Politikern, sowie die Regensburger Fürsten von Thurn und Taxis, ursprünglich Torre e Tasso, verwandt mit dem Dichter des »Befreiten Jerusalem«, Torquato Tasso, dessen verworrene Genialität und Erotik den römischen Goethe, mit den Frankfurter Brentano vertraut, zu einem großen Künstlerdrama anregte. Darüber gerät man schon gleich hinein in das labyrinthische Mitteleuropa mit seinen süddeutsch-österreichischen und norditalienischen Verzweigungen und Vermischungen, von denen Deutsche wenig oder nichts mehr wissen, während viele Norditaliener darauf keinesfalls verzichten wollen.

»Der Föderalismus ist die Theorie der Freiheit, die einzig mögliche Theorie der Freiheit.«

Carlo Cattaneo, 1851.

Der Mailänder Matteo Salvini, vor dem Menschenfreunde in der sogenannten Qualitätspresse unermüdlich als einem radikalen Feind aller Fremden und Anderen warnen, kommt aus diesem Raum mit immer weit geöffneten Türen, nie abgeschottet und selbstgenügsam. Er besuchte das humanistische Elitegymnasium Alessandro Manzoni. Es gibt nur noch wenige Politiker in Europa, die mit den Sprachen des europäischen Humanismus vertraut sind und mit dessen Geist, von Italienern seit dem 13. Jahrhundert auf Latein und seit Dante auch auf Italienisch gepflegt und verfeinert. Alessandro Manzoni ist der Verfasser des Nationalromans der Italiener, *Die Verlobten* (1827). Doch dieses Hauptwerk der nationalen Literatur und der Kulturnation, ist zugleich das herrlichste Zeugnis mailändischer Lebensart und Eigenart

»Die Städte der Poebene bilden ohne Zweifel ein Unicum. Allein unzulängliche Kenntnisse und Gleichgültigkeit haben die Bürger dazu gebracht, die Existenz einer alpinen Kulturgemeinschaft zu ignorieren, was bedeutet, deren Einheit überhaupt nicht zu verstehen.«

Gianfranco Miglio / Marcello Veneziani: *Padania, Italia. Lo stato nazionale è soltanto in crisi o non è mai esistito?*, Firenze 1997, S. 68.

Die Nation als Idee findet nur in der Region und in der jeweilig begrenzten Urbanität zu einer wirklichen, jeden ergreifenden und bildenden Gestalt. Der Roman spielt 1627 mitten in den vielen ineinander verflochtenen Kriegen, die bald auch auf das nahe Mantua und Casale übergriffen. Mailand gehörte als Herzogtum zum Heiligen Römischen Reich, wurde aber seit Kaiser Karl V. von Spaniern verwaltet. Mailand lag in der Mitte der beiden sich ineinander verschränkenden Machtkomplexe des Hauses Österreich, der spanischen Monarchie und des Heiligen Römischen Reiches. Hier liefen alle Wege zusammen, um sich nach Straßburg, Köln und Antwerpen oder nach Prag und Dalmatien zu verzweigen. Mailand war einer der wichtigsten Orte im gesamten Abendland. Das blieb es weiterhin, als es 1713 wieder unter kaiserliche Verwaltung kam, freilich als ein selbständiges Herzogtum innerhalb der lockeren Ordnung des Deutsch-Römischen Reiches und der Monarchie des Hauses Österreich.

Maria Theresia, die Gattin des Kaisers Franz, der auch Großherzog der Toscana war, achtete als Herzogin von Mailand – übrigens wie sämtliche Habsburger fließend italienisch redend – sehr darauf, daß dieses ihr besonders treue und ihr deshalb besonders nahe Herzogtum nicht in seinen Rechten und Gewohnheiten eingeschränkt werde. Sie erfand den Staat, der funktionierte: im Zusammenhang einer übergreifenden Ordnung den einzelnen Regionen Freiheiten zu lassen und keine das konkrete Leben erstickende Gleichförmigkeit anzustreben oder gar zu erzwingen. Das Herzogtum Mailand erlebte unter solch weltkluger Herrschaft einen unvergessenen, goldenen Herbst der Autonomie, welche die Stadt einst mit der lombardischen Liga Kaiser Friedrich Barbarossa 1177 abgetrotzt hatten. Matteo Salvini, der Vorsitzende der heutigen Lega, früher der Lega Nord, und jetzt italienischer Innenminister, ist gleichsam ein Altösterreicher, der auf Italienisch nach einem funktionstüchtigen Gleichgewicht zwischen dem Nationalstaat und den eigenständigen Provinzen sowie der Europäischen Union und deren souveränen Mitgliedern sucht.

Jeder ist erst einmal ein anderer und Fremder, denn jedes Individuum ist unerschöpflich in seiner unverwechselbaren *proprietas,* in seinem Eigen-Tum. Das weiß Matteo Salvini über die Katholische Kirche, die den abstrakten Menschen in konkreten Personen erkennt und würdigt. Staaten, Städte und andere politische Organisationen sind »große Individuen«, die sich als solche, selbst wenn von gleicher Kultur und Sprache, erheblich voneinander unterscheiden, eben anders sind als die anderen. In diesem Sinne wehrt sich Matteo Salvini gegen jede Art von Zentralismus, in Österreich und Norditalien auch als Josephinismus bekannt. Denn Kaiser Joseph II., der Sohn Maria Theresias, wollte als Systematiker, nach überschaubarer Einheit strebend, eine Gleichheit der Lebensverhältnisse in seinen Kronländern erreichen, der die historische Vielfalt der Gebräuche und Rechte seiner Völker im Wege stand. Er griff schematisierend in die herkömmliche Verfassung Mailands ein, die von den revolutionären Franzosen als Besatzungsmacht 1797 endgültig umgestürzt wurde. Diese vollendeten das Werk des Kaisers in einem italienischen Zentralstaat, dem Königreich Italien mit seiner Hauptstadt Mailand.

Gioacchino Ventura: »Die Völker Italiens, zu jedem Opfer bereit, um die Unabhängigkeit der Halbinsel zu erreichen, dachten noch nie und werden niemals danach streben, miteinander in einem Einheitsstaat zu verschmelzen, sei er monarchisch oder republikanisch.«

Eugenio Guccione: *Dal federalismo mancato al regionalismo tradito,* Torino 1998, S. 13.

Der von der Revolution eingerichtete, ausufernde Interventionsstaat, der sich dazu ermächtigte, überall harmonisierend, also uniformierend einzugreifen, machte die Italiener mit unhistorischen, rein theoretischen Konstruktionen bekannt. Der neue Staat als zupackende Umerziehungsanstalt verwarf alles als unvernünftig und willkürlich, was nicht in ihn paßte. Italien wurde 1814 von der Schreckensherrschaft der französischen Vernunft befreit. Die Idee der nationalen Einheit, einmal zur Wirklichkeit geworden, war dadurch nicht für alle als unpraktisch widerlegt. Seither plagen sich Italiener damit ab, angemessene Formen zu finden, die dem Willen zur nationalen Einheit genügen und doch die historisch legitimierte Mannigfaltigkeit der Städte und Landschaften mit ihrem Lokalpatriotismus berücksichtigen. Während des *risorgimento,* der Wiedergeburt des mit dem spätantiken Römischen Reich untergegangenen Italien, setzten sich die französierenden Zentralisten und Nationalisten durch gegen die Föderalisten, die auf eine Union der italienischen Völker und Städte und Staaten hofften.

Wer für einen lockeren Bund stritt – meist katholische und historisch rücksichtsvolle Patrioten von Antonio Rosmini, Vincenzo Gioberti, Carlo Cattaneo bis hin zu Gioacchino Ventura und Don Sturzo, dem Vorbereiter einer Christlichen Demokratie in Italien – war kein bornierter Provinzler. Vinzenzo Gioberti forderte unablässig den Primato d'Italia, zuerst und vor allem Italien! Diese Devise entsprach dem zur gleichen Zeit formulierten deutschen Auftrag, nicht Preußen, Österreich oder Bayern über alles, sondern das in sich einige Deutschland vieler Vaterländer! Deutsche und Italiener hatten ja das gleiche Ziel vor Augen, eine Einheit in Vielfalt zu verwirklichen. Für föderalistische Italiener war dafür ein Vorbild der Deutsche Bund seit 1815 oder näher liegend die Österreichische Monarchie, zu der seit 1814 die im Königreich Lombardo-Venetien zusammengefaßten Teile Norditaliens gehörten. Eine föderalistische Lösung entsprach der italienischen Geschichte und einer stolzen Vergangenheit der einzelnen Stadtrepubliken, Königreiche und Herzogtümer, die in der europäischen Geschichte eine glänzende Rolle gespielt hatten.

Für den straffen Nationalstaat sprach, daß nur ein so geeintes Italien nicht weiter Gefahr lief, wie eh und je unter den bestimmenden Einfluß fremder Mächte, vor allem der Deutschen oder Franzosen, zu geraten, daß sich in ihm am besten die inneren Gegensätze abschwächen ließen, und nur in ihm der Kirchenstaat aufgehoben und die weltliche, politische Macht der Päpste in Italien eingeschränkt werden konnten. Unter dem Druck der »Preußen Italiens«, der Piemontesen, wurden die Italiener, viele widerstrebend, auf diesen Weg gedrängt. Sehr bald machten sich überall, nicht nur im Süden, das unter den Zwängen liberaler und antiklerikaler Entwicklungshilfe in bürgerkriegsähnliche Unordnung geriet, Verdruß und schlechte Laune bemerkbar.

Im Norden, im ehemaligen Reichsitalien bis 1806, blieben – trotz allem früheren Ärger über josephinische Rücksichtslosigkeiten in Wien – bei vielen die Vorteile im Gedächtnis, die der bevorzugte Umstand mit sich brachte, einer großen europäischen Union anzugehören und nicht nur der italienischen Kulturnation, die danach trachtete, ein Staat zu werden. Österreich sperrte sich ja gar nicht gegen italienische Einflüsse. Kaiser Franz I. von Österreich, bis 1806 als deutsch-römischer Kaiser Franz II., war in Florenz geboren, dort aufgewachsen und blieb zeit seines Lebens ein gründlicher und begeisterter Kenner der italienischen Literatur. Er wurde in Wien als Kaiser zum Verfechter einer gemäßigt josephinischen Politik, die einzelnen Kronländer unter Wiener Vermittlung einander wenigstens anzunähern, also ihre historischen Freiheiten auf ein für das große Ganze bekömmliches Maß einzuengen. Immerhin gewährten die Wiener Minister ihren Italienern Institutionen regionaler Repräsentation und förderten umsichtig eine kulturelle Autonomie, selber völlig vertraut mit italienischer Musik, Kunst und Sprache.

Im einigen Italien mit seinen Unzulänglichkeiten waren es gerade Norditaliener, die zaghaft am Habsburgermythos einer strengen, aber gerechten Ordnung zu basteln begannen. Nördliche Patrioten im uneinigen-einigen Italien beobachteten mit gewissem Neid, wie es Österreichern gelang, im Vielvölkerstaat Eigentümlichkeiten, eben die mannigfachen Ungleichheiten, immer wieder in versöhnte Eintracht zu bringen. In Italien brachte hingegen eine phantasielos reglementierende Verwaltung sämtliche Italiener gegeneinander auf, nicht nur Süd gegen Nord! Benito Mussolini und die Faschisten hofften endlich dem Auftrag zu genügen, den Massimo d'Azeglio formuliert hatte: »Italien haben wir neu gegründet, jetzt müssen wir den Italiener schaffen.« Sie beschworen das Römische Reich der Römer und Italiker, ein Vielvölkerreich, das ungeachtet der weltumspannenden Latinisierung den Völkern Eigenwilligkeiten und Sonderwege gestatte und damit die Concordia wahrte bei mancherlei Unstimmigkeiten in untergeordneten Angelegenheiten. Sie legitimierten auf diese Weise auch den inneritalienischen Pluralismus. Aber das alte Rom und der Römische Mythos waren seit dem Untergang der Alten Welt schon oft in ganz anderen Zusammenhängen aufgerufen worden.

»Der Habsburger-Mythos ist daher nicht einfach der Versuch, das Wirkliche umzuformen, was zu jeder poetischen Absicht gehört, sondern er ersetzt die historisch-soziale Wirklichkeit durch eine andere, fiktive und eingebildete, er überträgt eine konkrete Gesellschaft in eine malerische, geordnete und unerschütterliche Welt erdichteter Geschichte.«

Claudio Magris: *Il mito absburgico nella letteratura austriaca moderna,* Torino 1963, S. 15.

Schließlich waren die Deutschen die Erben des Römischen Reiches und dessen Forstsetzer, die Herrscher der Doppelmonarchie, die Völker und nicht so sehr Staaten »viribus unitis« – mit vereinten Kräften – verbanden und zwischen ihnen eine elastisches Verhältnis von Eifersucht und Übereinstimmung ermöglichten. In einem weiteren, neuen Italien und Nationalstaat nach Krieg und Bürgerkrieg mit seinen Katastrophen ab 1943 ließ sich viel einfacher ein Sehnsuchtsland erfüllter Möglichkeiten in der Welt von Gestern entdecken, im aufgelösten und vergangenen Österreich, mit dem Italiener Jahrhunderte lang im lebhaften Austausch gestanden hatten. Das bis 1918 wirkliche Österreich wurde zu einem sehr italienischen Mythos. Denn dort sahen Italiener als gelungen, wonach sie verlangten: einen Bund, in dem jeder bleiben kann, was er ist, und sich nicht gleichschalten lassen muß, um als Funktionselement für Zwecke verwertet zu werden, die nichts mit den Besonderheiten seiner piccolo mondo, seiner Heimat und dem kleinen Vaterland, zu tun haben.

Der Triestiner Claudio Magris schilderte 1963 Österreichern und Italienern den habsburgischen Mythos, so wie er von Grillparzer bis zu Hofmannsthal und Doderer in immer neuen Variationen entworfen wurde, in dessen Bann er während des Analysierens und Betrachtens selber geriet. Sein schönster Beitrag zum österreichischen Mythos und seinem Weiterleben ist eine Geschichte der Donau, der Lebensader der Do-

naumonarchie. Ganz unabhängig von diesen weitgespannten geistigen Exkursionen entwickelte sich in Friaul, das jahrhundertelang zu Österreich gehört hatte, ein Heimweh nach Mitteleuropa. Ein anderer Mythos trat dem österreichischen zur Seite, der mitteleuropäische. Die Friulaner wollten nicht auf eine Italianità beschränkt werden, sondern wieder sein, was sie immer waren, »mitteleuropei«, geprägt von der *civiltà* Mitteleuropa. Genußvoll wurde mit Kirschknödeln oder Wiener Schnitzel am 18. August Kaisers Geburtstag gefeiert. In den Kirchen sangen ergriffen italienische Neuösterreicher im Geiste auf die Melodie der Kaiserhymne sakrale Texte und heiligten auf diese Art die Erinnerung an Franz Joseph, den Kaiser von Gottes Gnaden.

In Mezzocorona bei Trient bildeten sich wieder Schützenvereine. Welschtiroler Schützen beriefen sich mit den übrigen Tirolern ganz selbstverständlich auf den Volkshelden aller Tiroler, auf Andreas Hofer und erinnerten daran, daß alle gemeinsam 1809/10 gegen die feindlichen Eindringlinge im Dienste der Franzosen, gegen die Bayern, gekämpft hatten. Österreichische Themen fanden ein breites Publikum, und finden es weiterhin. Ein ergreifendes Klagelied stimmte 1979 Carolus Cergoly – auch wieder aus Triest – in seinem elegischen Roman zum *Complesso dell'Imperatore* (»Im Banne Kaisers«) an: ein Vaterland gehabt zu haben, in dem dreizehn Völker und Sprachen einander ergänzten und das unberechenbaren Nationen und Barbaren ausgeliefert worden war. Die Stimme des Kaisers mahnte wie in der Oper über den Wolken: Meine Völker, erinnert Euch aufrichtig der vergangen Zeiten. Der slowenisch-ungarisch-deutsch-italienische Dichter empfahl allen, die wie er ihre vielgestaltige Welt verloren haben, ihr Leben so zu führen, als wäre es ein Leben in der Welt von gestern.

»Böse Nachbarschaft ist schlimmer als Bauchschmerzen.«

Redensart aus der Lombardei.

Carolus Cergoly ereifert sich für die Völker gegen den Staat, der alles Besondere austilgt, aus Personen Nummern macht und alle übrigen Einzelformen so zurechtstutzt, bis sie ihre charakteristischen Merkmale eingebüßt haben. Das war die Furcht vieler Regionalisten, die sich 1984 zur Lega Nord zusammenschlossen gegen die Anmaßung des Nationalstaates, der mit Theorien gegen das bunte Leben angeht, ihm alle Farben raubt und in der Farblosigkeit und Monotonie den Staatszweck erkennt, nicht von der festgelegten Norm abzuweichen. In dieser Atmosphäre wuchs Matteo Salvini auf. Die Regionalisten waren gar keine Antiitaliener, sie waren nur auf ihre eigene Art Italiener, wie der Staatsrechtler und politische Ratgeber Umberto Bossis, des Gründers der Lega, Gianfranco Miglio von Mailand und Como aus immer wieder erläuterte. Sie waren und sind auch gar nicht gegen den Staat überhaupt, sondern gegen einen Staat, der alles an sich reißt und das Lebensprinzip der Subsidiarität mißachtet.

Und es ist nicht nur der Staat. Der Historiker Stefano Bruno Galli aus Mailand notierte 2012: »Der Bürger ist ein Verbraucher geworden, die Souveränität – verstanden als ein nur den Staaten zustehendes Vorrecht – wird von übernationalen Organisationen wie der EU, von Meinungsorganisationen, vom Terrorismus und von der internationalen Finanz ausgehöhlt … Das Territorium – die einzige Größe der politischen Ordnung, die während der Krise der Globalisierung standhielt – rückt daher als neue Idee in den Vordergrund der Politik« (*Le radici del federalismo. Viaggio nella storia ideologica del fenomeno Lega,* Milano 2012).

Der Vorwurf, Territorialität und Besonderheit zu mißachten, gilt auch der Europäischen Union, die mit ihren Apparaten eine öde Einfalt erzwingt, und jede Impulsivität und Improvisation, jedes Abweichen von der Norm mit Sanktionen bestraft. Für die Europäische Union – kein freier Verband Gleichberechtigter mehr – ist daher die nationale Opposition unentbehrlich. Die Nation übernimmt in ihr die Rolle der Regionen im Nationalstaat als Quälgeist, der eine Ordnung nach Menschenmaß verlangt, um die Unordnung globaler Konzepte möglichst aufzuhalten. Es geht um die Souveränität des Menschen, so wie er ist, an der sich die Menschenfreunde vergreifen, die weltweit Menschen, Völker und Staaten einer Theorie totaler Uniformität anpassen möchten. Die Regionalisten, die an Geschichte, Herkommen und an einem großen Beispiel für Europa anknüpfen wie Österreich-Ungarn, sind keine radikalen Fremdenfeinde. Ganz im Gegenteil, sie wehren sich gegen die radikalen Kräfte, die danach streben, sie selbst von sich, ihrer Region, ihrer Nation und einem Europa der Völker in der Einen Welt mit dem einen Menschen zu entfremden. ■

Rekonstruktion, Identität, Globalismus – Anmerkungen zum Frankfurter Altstadtprojekt

von Claus Wolfschlag

Der Publizist und Kunsthistoriker Claus M. Wolfschlag ist einer der Ideengeber des im Frühjahr eingeweihten Frankfurter Altstadtprojekts. Linke Kritiker solcher Rekonstruktionsvorhaben meinen nun, völkischen Geist hinter dem Projekt entdeckt zu haben. Dies hindert andere Linke jedoch nicht daran, das bei den Bürgern sehr beliebte neue Quartier sofort zu markieren und zu vereinnahmen: Die Frankfurter Grünen-Politikerin Daniela Cappelluti ist bis heute stolz darauf, Alexander Gauland mit den Worten »Verlassen Sie unsere neue Altstadt!« aus dieser (unserer!) neuen Altstadt vertrieben zu haben. Prognose: Die neue Altstadt wird es länger geben als die Grünen, und nicht der Name Cappelluti wird mit ihr in Verbindung bleiben, sondern Wolfschlag. Hier sein Text zum Projekt.

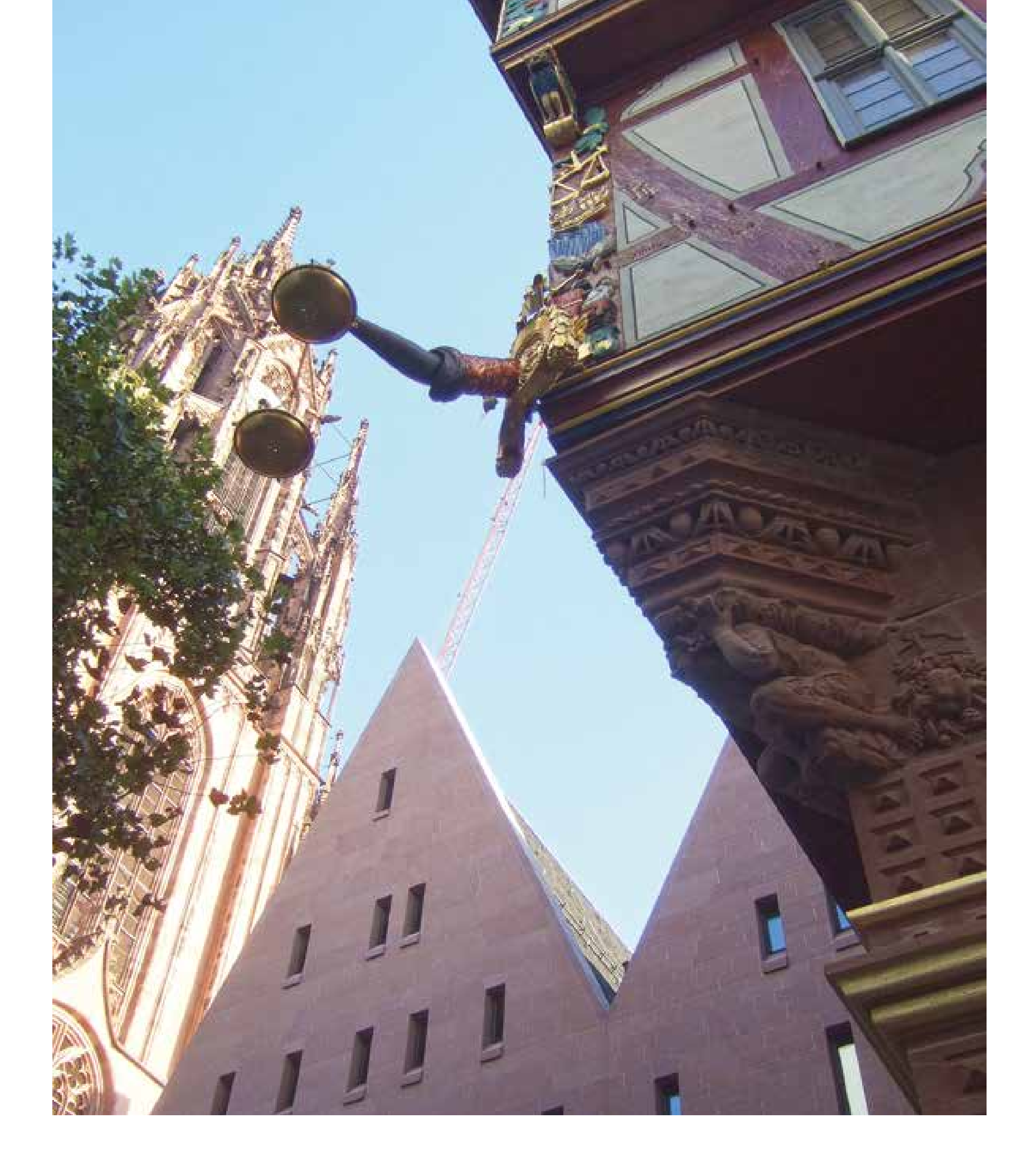
Die Dekonstruktion der Identität findet nicht nur auf dem Gebiet der Bevölkerungsumschichtung statt. Sie begegnet uns seit langem auch im Bereich der ästhetischen Gestaltung des öffentlichen Raumes, also in Kunst und Architektur. Es handelt sich um eine große Angleichung. Den mit Styropor gedämmten Wohnkisten stehen die gläsernen Shopping-Malls gegenüber. In jenen soll abends das Geld ausgegeben werden, das tagsüber in den genormten Bürowaben erwirtschaftet wird. Die Peripherie der Städte zerfranst sich derweil in Autotrassen, Arealen von Discounter-Pavillons, Lager-Containern, Schnellimbissen sowie verwahrlosten Brachflächen.

Die stramm modernistische Architektenschaft überhäuft derweil ihre Sichtbetonsolitäre mit Design-Preisen. Die großen Weltmetropolen wie Singapur, Hongkong, Tokio, Dubai oder Lagos sind ihre Vorbilder. Bevorzugen die einen das Minimalistische, Schmucklose, Glatte, so geraten die anderen beim Unfertigen, Zerrissenen, Brutalen in freudige Erregung. Wollen die einen den Führerbunker für Jedermann, so möchten die anderen mittels Sperrholzwänden und Container-Wohnquartieren Europa auch optisch noch in einen Teil der Dritten Welt verwandeln. »Welche Architekten braucht die Welt?«, wird gefragt. Darunter macht man es nicht. Alles Regionale ist suspekt, das Nationale kontaminiert, der Horizont global – man switcht zwischen den optisch sich immer mehr ähnelnden Megacities.

Doch bei so viel Dominanz entstehen irgendwann auch Gegenkräfte. Noch sind sie im Architekturbereich schwach. Sie konzentrieren sich nicht auf Neuschöpfung, sondern auf das Wiedergewinnen des Verlorenen.

Die derzeitige Rekonstruktionswelle ist die dritte nach 1945. Die erste fand in den Jahrzehnten unmittelbar nach dem Krieg statt und war untrennbar mit dem Wiederaufbau verknüpft. Während nicht nur Ruinen der modernistischen Abrißwelle der Nachkriegszeit zum Opfer fielen, sondern auch zahlreiche unbeschädigte Altbauten, wurden im Gegenzug als bedeutsam erachtete Einzelbauten wieder hergerichtet und schrittweise rekonstruiert. Ein bekanntes Beispiel dieser Ära ist der Wiederaufbau der im Krieg stark zerstörten romanischen Kirchen in Köln. Eine zweite Welle an Rekonstruktionen erfolgte in den 1980er Jahren. Die Postmoderne hatte Einzug gehalten, und damit ein lockerer Umgang mit historischen Bauformen. Beispiele dieser Rekonstruktionsära sind die Fachwerk-Ensemble des Hildesheimer Marktplatzes und die Römerberg-Ostzeile in Frankfurt am Main. Die DDR-Führung versuchte sich an diesen Trend zur Historie anzuhängen und errichtete im Berliner Nikolaiviertel ein weitenteils frei zusammengestelltes Ensemble aus rekonstruierten historischen Gebäuden und altstädtisch angepassten Plattenbauten.

Die dritte und immer noch akute Rekonstruktionswelle setzte schließlich nach der Wende von 1990 ein. Ihren Ausgangspunkt nahm sie in Dresden, wo bereits am Ende der DDR-Zeit Rufe nach einem Wiederaufbau der barocken Frauenkirche laut wurden. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung gründete sich die »Stiftung für den Wiederaufbau Frauenkirche« und schaffte es, gegen Widerstände von Architekten und Historikern, das bedeutsame Rekonstruktionsvorhaben in Gang zu setzen. Um auch der Brachfläche um die Kirche wieder ihre städtebauliche und architektonische Bedeutung zurückzugeben, gründete sich 1999 die »Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden« (GHND). Dieser gelang es, in der zähen Auseinandersetzung mit den Baubehörden sowie als Vermittlungsinstanz



zwischen Bürgern, Stadtverwaltung und Investoren, das historische Neumarktareal wieder zu einem städtischen Zentrum zu machen. Zahlreiche äußerlich rekonstruierte Barockgebäude in den verschiedenen Quartierbereichen des Geländes wechseln sich nun mit modernen Füllbauten ab. Das Dresdner Projekt hatte Signalwirkung. In Berlin warben Wilhelm von Boddien und der »Förderverein Berliner Schloss« für den Wiederaufbau des Stadtschlosses der Hohenzollern als »Humboldt-Forum« an Stelle des mit Asbest verseuchten DDR-»Palastes der Republik«. In Potsdam bemühten sich der »Verein Potsdamer Stadtschloss« und die mit diesem kooperierende Bürgerinitiative »Mitteschön« beharrlich um eine äußerliche Rekonstruktion des friderizianischen Stadtschlosses als neuen Brandenburger Landtag und eine Neugestaltung des verwaisten Alten Marktes nach Dresdner Vorbild. Zwei wohlhabende Privatpersonen trugen maßgeblich zum Gelingen des Vorhabens bei: Der Fernsehjournalist Günther Jauch und der Unternehmer Hasso Plattner.

Neben kleineren Einzelprojekten wie dem Bolfrashaus in Frankfurt an der Oder oder dem historischen Rathaus in Wesel, machte in letzter Zeit vor allem die »neue Altstadt« von Frankfurt am Main Furore. Das im Krieg zerbombte und danach abgeräumte Dom-Römer-Areal zwischen dem Kaiserdom und dem Römerberg war seit den 70er Jahren durch den brutalistischen Großkomplex des Technischen Rathauses besetzt. Dieses marode Gebäude wurde Anfang des Jahrtausends abgerissen und sollte durch moderne Hotel- und Bürogebäude ersetzt werden. Die Chance zu einer Rekonstruktion des historischen Herzens der alten Stadt der Kaiserkrönungen erkannten zuerst Vertreter der kleinen Kommunalfraktion der »Bürger Für Frankfurt« (BFF) sowie einige Einzelgänger aus Kreisen der »Jungen Union«. Die BFF brachten 2005 einen Antrag vor das Stadtparlament, der eine Rekonstruktion der historischen Gassenverläufe und einiger Leitbauten vorsah. Der Antrag wurde erst von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Glückliche Umstände führten ihn



dann doch noch zum Erfolg: Die Presse nahm das Thema auf, Bürger zeigten positive Resonanz, der Verein »Pro Altstadt« gründete sich, und schließlich schwenkten die Vertreter der großen Parteien um. Private Investoren trieben das Unterfangen weiter. So entstand ein kleines Areal entlang des ehemaligen Krönungsweges mit fünfunddreißig Häusern, darunter sechzehn Rekonstruktionen aus der Zeit der Gotik bis zum Klassizismus. Das ist zwar nur ein kleiner Bruchteil des im Krieg verlorenen Gesamtensembles, doch die zerstörte Kaiserstadt hat ihr historisches Herz zurückerhalten.

Die feierliche Eröffnung des Areals im September erfolgte durch einen Festakt in der Paulskirche, dem sich ein mehrtägiges Fest mit Besucherrekord anschloß. Die hohe Politik sonnte sich in einem Erfolg, den einst ganz andere zum Laufen gebracht hatten. Längst haben Einheimische und Besucher das kleine Quartier in ihre Herzen geschlossen. Wo vorher Desinteresse vorherrschte, lauschen die Menschen plötzlich gebannt den Stadtführern zur Geschichte der Kaiserkrönungen und vielen Altstadt-Anekdoten. Das sichtbare Stadtquartier weckt das Interesse für dessen Geschichte, liefert den Bewohnern Identifikationspunkte, wirkt also identitätsstiftend.

Wo so viel Schönes und Freude herrschen, wäre es aber blauäugig, die Existenz der Gegenmächte auszublenden. Gerade in der Architektenschaft rufen Rekonstruktionsinitiativen die härtesten Widersacher auf den Plan. Die Hochschulen und der »Bund Deutscher Architekten« (BDA) sind immer noch fest in modernistischer Hand. Und die Demütigung, daß einige wenige rekonstruierte alte Gebäude so viel mehr die Herzen der Bürger berühren als die zahlreichen preisgekrönten modernistischen Kisten und Schachteln, läßt die Wut bisweilen ins Maßlose wachsen. Hinzu kommt die Angst vor dem Verlust von Macht und Autorität beim eigenen Nachwuchs. Um eine Rebellion der eigenen Studenten zu verhindern, müssen diese um so massiver auf die modernistische Linie eingeschworen werden. Das gelingt am ehesten durch





den »Nazi«-Vorwurf an die Rekonstruktionsbewegung.

Im Fall der Frankfurter Altstadt fiel dem Stuttgarter Architekturprofessor Stephan Trüby die Rolle des Scharfmachers zu. Im April 2018 wurde er als Professor Leiter des »IGMA – Institut für Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen« an der Universität Stuttgart. Das IGMA ist wie die diesem nahe stehende Theoriezeitschrift *arch+* eine Frucht der 68er-Ära. *arch+* wurde zeitweilig vom linken VSA (Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung) vertrieben.

Stephan Trüby hatte bislang nur eine magere, kaum erwähnenswerte wissenschaftliche Bilanz vorzuweisen. Somit dürften Bemühungen um Selbstprofilierung und Selbstmarketing eine Rolle bei seinen nun folgenden Attacken gegen das Frankfurter Altstadt-Projekt gespielt haben. Erfolglose Künstler oder Wissenschaftler wissen unter bundesdeutschen Bedingungen stets, auf welchem Gebiet ihnen die Türen der Medien geöffnet werden. Möchten sie es nicht über Sex- oder Nudistenskandälchen versuchen, müssen sie sich dem Kampf gegen »Nazis« oder »Rechte« verschreiben. Trüby versuchte es zuerst 2016 mit einer Attacke gegen den Antaios-Verlag und Schnellroda. »Rechte Räume. Wie AfD- und NPD-Kader die Blut-und-Boden-Architektur wiederentdecken«, lautete sein Artikel in der *Zeit*. Er behauptete darin über das Rittergut Schnellroda und den »Rechtsaußen-Verlag Antaios«: »Angesichts der heiligen Heruntergekommenheit dieses Anwesens, dessen Mobiliar an Vereinsgaststätten mit Draußen-nur-Kännchen-Tristesse gemahnt, entbehrt die Chuzpe von Kubitschek und seiner Mitstreiter, sich als Ordnungsverteidiger zu gerieren, nicht einer unfreiwilligen Komik.« Ellen Kositza nahm daraufhin die Bürde auf sich, ihn in einem Schreiben zu fragen, wie er zu diesen absurden Behauptungen gekommen sei, obwohl er nie seinen Fuß ins Haus Kubitschek gesetzt hatte. Eine Antwort erhielt sie erwartungsgemäß nicht. Trübys Attacke blieb ungehört. Zu viele andere »antifaschistische« Autoren hatten sich schon des Themas Kubitschek/Antaios angenommen,

spektakulärere und geistig anspruchsvollere Beiträge lagen längst vor. Einige altbekannte »Antifa«-Informationen zusammenzukleben sowie mit viel »Ressentiment«-Mehl und »Nazi«-Sauce zu verrühren, war selbst für die »gegen rechts« stets aufnahmebereite Zivilgesellschaft zu »Trüby« und führte nicht zum erwünschten Effekt. Er verpuffte ungehört. 2015 schon hatte Trüby einen Aufruf »Gegen die Salonfähigkeit Neuer Rechter« lanciert. Aber bereits diese Beteiligung am Mobbing gegen Marc Jongen, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HfG Karlsruhe und AfD-Mitglied, führte nicht zu größerer Aufmerksamkeit.

Also suchte Trüby danach, ein bislang weniger bearbeitetes Thema zu besetzen, das der Selbstprofilierung dienlicher erschien, also eine höhere Medien-Aufmerksamkeit versprach und zudem mit der eigenen Rolle als Architekturprofessor kompatibel war. Er fand dieses Thema im Frankfurter Rekonstruktionsprojekt. Sein Freund Peter Cachola Schmal, Direktor des Deutschen Architekturmuseums in Frankfurt und erklärter Gegner des Altstadt-Projekts, dürfte ihm dabei als Informationslieferant dienlich gewesen sein, ohne selbst in Erscheinung treten zu müssen. So machte Trüby im April 2018 in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* öffentlich, daß der politische Träger der »Rechtspopulist« Wolfgang Hübner von den BFF und der eigentliche Ideengeber zum Frankfurter Altstadtprojekt ich selbst gewesen sei. Gegen mich konnte zwar außer der freien Mitarbeit für die Wochenzeitung *Junge Freiheit* und einem 1995 veröffentlichten Aufsatz zur Architektur nichts vorgebracht werden. Es reichte für Trüby aber, mich als »Rechtsradikalen« zu benennen und das Frankfurter Projekt in den Zusammenhang einer Verschwörungstheorie zu stellen. Die Rekonstruktionsbewegung sei demnach ein »Schlüsselmedium der autoritären, völkischen, geschichtsrevisionistischen Rechten«.

Die ideologische Anhängerschaft wurde mobilisiert. In der Zeitung *arch+* unterschrieb eine große Zahl Besserverdiener aus Lehranstalten und Architektur-Institutionen einen Aufruf »Wider den modernefeindlichen Architekturpopulismus«. Der Architekturtheoretiker Philipp Oswalt und der Journalist Carsten Sauerbrei bliesen ins selbe Horn. Der Trüby-Schüler Phillipp Krüpe setzte das Wort »Volk« in distanzierende Anführungsstriche und zog Verbindungslinien zu Björn Höcke. Es folgte eine unkritische Wiederholung der Stereotypen durch Rowan Moore im linken *The Guardian*. Trübys Thesen wurden zudem nicht nur von willfährigen Journalisten unkritisch reproduziert; der linke Architekturtheoretiker konnte seine Thesen auch in mehreren freundschaftlich geführten Interviews ausbreiten und zunehmend radikalisieren. Es zeichnete sich ein Gemenge aus altbekannten neomarxistischen und globalistischen Stereotypen ab, nun als neue Erkenntnis serviert.

Schon in der Nachkriegszeit wurde die Argumentation erfunden, derer sich Trüby heute bedient. Der christlich-sozialistische Linkskatholik Walter Dirks wetterte damals gegen den Wiederaufbau des Frankfurter Goethe-Hauses. Er schrieb, es habe »seine Richtigkeit mit diesem Untergang. Deshalb soll man ihn anerkennen.« Der neomarxistische Soziologe Theodor W. Adorno teilte diese Linie. Eine Quelle berichtet, Adorno hätte über den »widerwärtigen« Literaturwissenschaftler Ernst Beutler, der sich für die damalige Rekonstruktion einsetzte, geäußert, daß dieser »gehenkt gehört«. Während ein Gros der Architekten Dirks und Adorno bereits damals zustimmte, fanden sich zahlreiche intellektuelle Gegenstimmen, von Hermann Hesse bis Karl Jaspers. Heute fordert ein Trüby nicht mehr die Aufstellung des Galgens, sondern »zivilgesellschaftliche Gegenwehr«. Jeder kann sich ausmalen, was damit gemeint ist.

In Dirks' und Adornos Diktion wurde der Bombenkrieg als moralische Strafe für die Verbrechen des NS-Staates interpretiert, weshalb Rekonstruktionen die stets sichtbar zu haltende Schuld kaschieren würden. Die Deutschen sollten dazu verdammt werden, auf ewig in modernistischen Kisten zu leben. Nichts anderes meint Trüby über 70 Jahre später, wenn er im schlichten »Antifa«-Jargon äußert, aus »Tätern würden Opfer gemacht«, er zudem den »Geschichtsrevisionismus« beklagt und bekennt, den Begriff »Heimat« bewußt nicht zu gebrauchen.

Die schuld-religiöse Aneignung der Kriegsschäden, die Trüby aus den 1940er Jahren übernommen hat, geht einher mit der alten linken und globalistischen Zukunftsgläubigkeit. Trüby versteht sich als »ein großer Fan von Städten, die man als ›untercodiert‹ bezeichnen könnte, Städten, in denen Neuerungen möglich sind, die nicht zu Ende gebaut sind, die Brüche aufweisen, in denen die Geschichte und eine vermeintliche ›Identität‹ nicht alles andere dominieren.« Der unterbewußte Zwiespalt zur NS-Zeit zeigt sich dabei in Trübys Verhältnis zum Betonbrutalismus. Einerseits werden Rekonstruktionen Jahrhunderte alter Barockgebäude oder Fachwerkensembles in den Zusammenhang zur NS-Ideologie gebracht, andererseits lobte Trüby in einem Interview mit den *Stuttgarter Nachrichten* den Brutalismus als »die heroische Architektur der Nachkriegsmoderne«. Schon einmal fühlten sich bekanntlich manche in Sichtbeton-Bunkern als besonders heroisch. Die ästhetische Ähnlichkeit der Wiener Flaktürme zum brutalistischen Modernismus ist kein Zufall. Auch sie weist auf die Abgründe und verdrängten Gelüste gerade in den Seelen der Ideologen hin, die sich als die größten »Nazi-Jäger« zu präsentieren versuchen.

Die Auseinandersetzung um die Frankfurter Altstadt weist auf eine Verschärfung des Kulturkampfes im Architektur-Bereich hin. Kritik an den bestehenden Machtzusammenhängen und die Suche nach Alternativlösungen soll mit möglichst aggressiven Attacken klein gehalten werden. Derweil schlendern die Bürger durch die Frankfurter Neue Altstadt und staunen und genießen. ■

Kriegsschuldfrage und Versailles

von Erik Lehnert

Kaum ein Ereignis der Zeitgeschichte wird bis heute aus so vielen Perspektiven betrachtet wie das Ende des Ersten Weltkriegs. Das liegt zum einen daran, daß sich die Ereignisse in den Novembertagen des Jahres 1918 überschlugen und eine Vielzahl von Entscheidungen provozierten, deren Folgen erst langfristig sichtbar wurden: Der Waffenstillstand ging in Deutschland einher mit einer Revolution und der Abdankung sämtlicher gekrönten Häupter; die rasch aus der Taufe gehobene Weimarer Republik stand immer im Schatten von Versailles. Bereits innerhalb Deutschlands waren damals zahlreiche Perspektiven möglich, je nachdem, wie man zu den Ereignissen stand, ob man sie als Unglück oder Glück empfand. International wird die Palette der Bewertungen noch breiter und reicht vom empfundenen Sieg des Guten über das Böse bis zum Anfang vom Ende der europäischen Hegemonie. Die alliierte Seite hat bis heute den Vorteil, daß sie an ihren grundlegenden Wertungen festhalten konnte, obwohl der von ihr kreierten Nachkriegsordnung größtes Unglück folgte, deren Ursachen man aber bei anderen zu finden meint. In Deutschland hat sich die Perspektive auf 1918 dagegen dramatisch verschoben. Bedeutete damals der »Frieden« den Anfang von Rechtlosigkeit und daraus notwendig folgendem Chaos, hatte sich die akademische Klasse später darauf geeinigt, daß damals die »Richtigen« die Sieger gewesen seien und das 20. Jahrhundert unblutiger verlaufen wäre, wenn Deutschland dies bereits 1918 und nicht erst 1945 eingesehen hätte.

Das hundertjährige Jubiläum des Kriegsendes bietet genügend Anlaß, diese merkwürdige Kausalkette noch einmal zu überdenken. Besonders genau wollte es der in Freiburg lehrende Historiker Jörn Leonhard mit seinem mehr als 1500 Seiten umfassenden Buch *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923* (München: C.H. Beck 2018) wissen. Allerdings beansprucht er darin auch nicht weniger, als eine Globalgeschichte einer Zeitenwende abzuliefern, die er zwischen den Jahren 1918 und 1923 stattfinden läßt. Er beginnt allerdings schon bei den Kriegszieldebatten des Jahres 1916 und versucht dann immer wieder die Zeiten zwischen den bekannten Ereignisse zu beleuchten, die dabei zu langen Anläufen werden: zum Kriegsende, zum Versailler Vertrag und schließlich zur halbwegs gefestigten Zwischenkriegsordnung nach 1923. Allerdings betont Leonhard immer wieder, daß die Geschichte offen gewesen sei, ohne dies, über die Binsenweisheit hinaus, belegen zu können. Fairerweise läßt er den Leser gleich eingangs wissen, warum dieses Dogma so wichtig sei: weil wir nicht vom zweiten »Dreißigjährigen Krieg« sprechen sollen, was die Geschichte auf eine reine Kette der Alternativlosigkeit reduzieren würde. Das waren diese Jahre sicher nicht. Aber waren sie offen in einem Sinne, daß sich der Versailler Vertrag einfach in Luft hätte auflösen können? Solch einer Idee kann im Grunde nur anhängen, wer die Geschichte durch die Brille unsere Gegner sieht und ausblendet, welche Interessen die Alliierten verfolgten. Dabei zeigt Leonhard ziemlich genau, welchen Zwängen die Alliierten an der Heimatfront ausgesetzt waren. Insofern waren die Akteure in Versailles nicht frei, was Leonhards Ausgangsforderung natürlich widerspricht. Sein selektiver Blick setzt sich bei den Quellen fort, wenn es heißt: Wer die Erinnerungen der Zeitgenossen »isoliert und gegen das bessere Wissen der historischen Forschung wendet, der macht sich nachträglich, gewollt oder ungewollt, zum Vertreter der zahllosen Verratsnarrative, die am Ende des Krieges entstanden«.

Dieses Wort Leonhards paßt ziemlich exakt auf seinen Düsseldorfer Kollegen Gerd Krumeich, der sich nämlich genau dieser Ursünde, im fortgeschrittenen Alter allerdings, schuldig gemacht hat und entsprechend angefeindet wird. Krumeich zeigt in seinem Buch *Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik* (Freiburg i.B.: Herder 2018), daß die Dolchstoßlegenden eben nicht nur Erfindungen der bösen Rechten waren, die damit von ihrer Verantwortung abzulenken versuchten, sondern daß es eine ganze Menge Indizien gibt, die zumindest die faktische Kapitulation als übereilt und vor allem als durch die wankenden Heimatfront verursachte nahelegen. Krumeich ist dabei nicht so naiv, lediglich die Überraschung der Zeitgenossen über das plötzliche Kriegsende als Indiz zu nehmen, die ja bis

dahin keine direkten Kriegsauswirkungen zu spüren bekommen hatten. (Krumeich nennt das Phänomen den »Fernen Krieg«.) Bei den Alliierten rechnete niemand mehr mit dem Frieden im Jahr 1918, und Deutschland stand immer noch in Frankreich und beherrschte ein Gebiet, das bis weit in den Osten reichte. Sicherlich waren der Abgang der Österreicher und das Erscheinen der Amerikaner ein so großes Problem, daß Deutschland diesen Krieg niemals mehr mit einem Siegfrieden hätte beenden können. Aber daraus folgt eben noch lange nicht, daß man so sehr am Ende war, um eine de facto bedingungslose Kapitulation unterschreiben zu müssen. Diese Gemengelage breitet Krumeich nachvollziehbar aus, ohne allzu oft ins Spekulative ausweichen zu müssen.

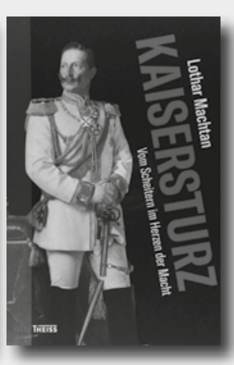
Zu diesem Mittel, insbesondere der psychologischen Spekulation, muß der Bremer Historiker Lothar Machtan in seinem aktuellen Buch *Kaisersturz* (Darmstadt: wbg Theiss 2018, 350 S., 24 €) an einigen Stellen greifen, da es ihm um das *Scheitern im Herzen der Macht* (so der weitere Titel seines Buches) geht. Dazu widmet er sich vor allem drei Protagonisten: Wilhelm II., der bei ihm als Autokrat firmiert, obwohl er faktisch bereits entmachtet war, Prinz Max von Baden, den letzten Kanzler, der eigentlich die Monarchie retten wollte, und Friedrich Ebert, der spätere Präsident, der bei Machtan einfach »Fritz« heißt. Es geht Machtan um die Tage zwischen August 2018, als die deutschen Truppen auf die Siegfriedlinie zurückgenommen werden mußten, und dem 10. November 2018, als Kaiser Wilhelm ins holländische Exil ging. Machtans Buch ist nicht ohne Grund vergleichsweise simpel gestrickt: Es ist die Vorlage für die ZDF-Dokusoap *Kaisersturz,* die diese undifferenzierte Interpretation der Ereignisse dramaturgisch auf die Spitze trieb. Ein ernsthaftes Bemühen, die Ereignisse verständlich zu machen, ist bei Machtan nicht vorhanden, weil er die Protagonisten lieber vorführt und ihre Möglichkeiten und Beschränkungen nicht auslotet. Obwohl es Machtan um den Kaisersturz geht, kommt bei ihm eine Frage, die eigentlich im Zentrum stehen müßte, viel zu kurz: Warum wollte der amerikanische Präsident Wilson unbedingt den Kaiser weghaben? Daß Wilson die treibende Kraft in dieser Frage war, die sonst kaum jemanden interessierte, wird auch bei Machtan deutlich. Doch er hat so großes Verständnis für dieses Anliegen, daß er es nachgerade für selbstverständlich hält, daß man mit einem Gegner erst Frieden schließt, wenn der seine Regierung ausgetauscht hat.

Der *FAZ*-Journalist Andreas Platthaus hat in seinem bereits im März veröffentlichten Buch *Der Krieg nach dem Krieg. Deutschland zwischen Revolution und Versailles 1918/19* (Rowohlt Berlin 2018, 444 S., 26 €) den direkten Zugriff gewählt und läßt in seiner Geschichte der Phase zwischen Kriegsende und Versailles, die in all den Büchern mit dem Begriff »Traumland«, den Ernst Troeltsch damals prägte, in Verbindung gebracht wird, immer wieder Zeitgenossen zu Wort kommen. Da er als Journalist schreibt, muß ihn das Verdikt von Leonhard nicht kümmern, allerdings kommt er auch auf diesem Weg an keiner Stelle in Versuchung, gegen die Maßgaben der historischen Korrektheit zu verstoßen. Bei seinen Zeugen handelt es sich nicht um Politiker, die ihr eigenes Vorgehen rechtfertigen müssen, sondern um Künstler, Journalisten oder Wissenschaftler, die teilweise eine Bewertung der Ereignisse vornehmen, die sich bei der Masse erst nach 1945 durchsetzen konnte. Unterhaltsam und facettenreich ist Platthaus' Blick auf den Versailler Vertrag, bei dem er einige Dilemmata und Absonderlichkeiten hervorhebt, die andernorts kaum eine Rolle spielen, wie die Sondervereinbarungen, die ganz konkrete Verluste der Alliierten betrafen, so u.a. einen »Schädel des Sultans Makua« aus Ostafrika, der an die Briten übergeben werden sollte (aber erst 1953 gefunden wurde, ohne daß die Echtheit geklärt worden wäre).

Das 550-Seiten-Buch *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt* (München: Siedler 2018, 30 €) von Eckart Conze beschließt den Reigen der deutschen Neuerscheinungen zu unserem Thema. Auch ihm geht es, ähnlich wie Leonhard, um eine Neubewertung von Versailles, und auch er zieht











Alle hier besprochenen Bücher sind erhältlich bei antaios.de

die Linien weit aus, zeitlich und geographisch. Die Frage nach der Entstehung des Ersten Weltkriegs handelt er in wenigen Zeilen ab, um zu dem salomonischen Schluß zu kommen, daß offenbar Einigkeit darüber herrsche, daß die Entwicklungen, die zum Ersten Weltkrieg führten, »äußerst komplex« waren. Das ist die Rückzugslinie für Leute, die innerlich immer noch der Fischer-These anhängen, gleichzeitig aber wissen, daß sie sich mit einem offenen Bekenntnis dazu international lächerlich machen würden. Dennoch steht die Sache für Conze fest, weil er sich sonst nicht auf die Frage beschränken könnte, warum es den Alliierten trotz besten Willens nicht gelungen sei, eine stabile Friedensordnung zu errichten. Die Antwort wird niemanden überraschen und entspricht dem, was bereits bekannt ist. Die Alliierten hatten unterschiedliche Interessen, Frankreich wollte Deutschland dauerhaft schwächen, England seine Schulden an die Vereinigten Staaten nicht selbst bezahlen müssen, die Amerikaner wollten etwas ganz anderes als ihr Weltpolitiker Wilson und schließlich war da noch der Bolschewismus, der sich anschickte, dauerhaft Unruhe zu stiften.



Michel, Michel, die Freiheitsmütze, die sie dir aufgesetzt haben, hat aber ein merkwürdiges Aussehen!

Conze legt nahe, daß die Deutschen mit dem Frieden von Brest-Litowsk die Blaupause für Versailles geliefert hätten, was sich mit den hehren Zielen der Alliierten nicht nur logisch nicht in Einklang bringen läßt, sondern auch den Inhalt der Vertragswerke sträflich ignoriert. Den größten Widerspruch riefen die Reparationen, die Schuldzuschreibung und die Kriminalisierung des Gegners im Versailler Vertrag hervor. Von diesen Dingen findet sich in dem - äußerst harten, aber völlig konventionellen - Frieden von Brest-Litowsk nichts (obwohl Rußland hauptschuldig am Krieg war, was Dokumente schon damals belegten!). Die schiefe Sicht auf die Dinge ist bei Conze notorisch, wenn er etwa die Tatsache überbewertet, daß sich der deutsche Delegationsleiter in Versailles, Graf Brockdorff-Rantzau, nach Übergabe des Friedensdiktats nicht erhob, sondern im Sitzen erwiderte, daß insbesondere die Schuldzuschreibung nicht zu akzeptieren sei: »Den Eindruck, den er dadurch auslöste, war katastrophal.« Wilson sei enttäuscht gewesen. Obwohl es Conze besser weiß, muß hier der völlig falsche Eindruck entstehen, daß ein hochnäsiger Aristokrat daran schuld war, daß am Ende keine milderen Bedingungen gewährt wurden.

Im Hinblick auf die genannten Bücher stellt sich die Frage, warum diese Bücher geschrieben werden mußten, wenn sie das Jubiläum von Versailles nicht zum Anlaß einer Neubewertung nehmen? Um eine Wiederaufnahme des Deutungskampfes um Versailles kann es in der Tat nicht gehen, da sich die unmittelbaren Folgen von Versailles angesichts der von 1945 ziemlich harmlos ausnehmen. Aber muß die Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht unverständlich bleiben, wenn man die Wahrnehmung der Zeitgenossen als überzogen abtut und sogar davor warnt, einen kausalen Zusammenhang zwischen 1919 und 1939 herzustellen? Jeder unbedarfte Leser steht seinen Vorfahren unter dieser Maßgabe völlig verständnislos gegenüber und muß sie für verrückt halten. Das Verständnis, das sich in den Büchern größtenteils für die Vorgehensweise der Alliierten zeigt, deren Ziele verständlich gewesen seien, wünscht man sich für die Deutschen, die plötzlich als Paria vor dem Weltgericht standen, das sie angesichts der himmelschreienden Ungerechtigkeiten innerlich nicht anerkennen konnten. ■

Das erinnert den König an alte Zeiten

Anna Katharina Fröhlich: *Rückkehr nach Samthar. Roman,* München: C.H. Beck 2018. 270 S., 22 €

Über eine polyglotte wie traditionsverhaftete Inderin, die im alten Königreich Samthar ihr Stelldichein gibt, lesen wir: » Ihre Urteile über Dinge und Menschen waren äußerst präzise. Ganga gehörte zu jenen Frauen, die auf den ersten Blick hinreißen. Es war unmöglich, in ihrer Nähe gleichgültig zu bleiben.« Ich selbst hatte Anna Katharina Fröhlichs Roman *Rückkehr nach Samthar* in Buchhandlungen liegen sehen. Unter hunderten Konkurrenzprodukten ließ er mich gleichgültig. Auf der Buchmesse geriet ich mehr zufällig zu einem Gespräch mit Fröhlich, das auf größerer Bühne geführt wurde. Diese Schriftstellerin nun gehörte entschieden »zu jenen Frauen, die auf den ersten Blick hinreißen«! Sie trug auf hochgestecktem Blondhaar einen Hut, ein prächtiges Kleid, war so schön geschminkt, wie es heute nicht mehr en vogue ist, und ihre Ohrgehänge klapperten charmant gegen das kleine Ansteckmikro. Die mediokren Fragen, die man ihr »zum Thema Indien« stellte (zur Verstocktheit von traditionellen Gemeinschaften, zum Feminismus, zum technischen Fortschritt) beantwortete sie mit trotziger Souveränität – es war überwältigend.



Wer war diese Unzeitgemäße? Bekanntlich schickt es sich in emanzipierten Zeiten nicht, kulturschaffende Damen als »die Frau von …« zu attribuieren. Die Autorin selbst dürfte über solche weltlichen Gebote erhaben sein – sie thematisiert die Prägekraft ihrer drei Väter selbst ausführlich und, erstaunlich, mit Dankbarkeit. Gemein hatten die drei erstens, daß sie eine ihrerseits kapriziöse, ungewöhnliche Frau liebten, Janne Ross, qua Aufmachung ein Abbild der Schriftstellerin. Zweitens, daß alle drei Geistesmenschen waren, die (unter anderem) für die *FAZ* schrieben. Der Schubert-Biograph Hans-Jürgen Fröhlich, 1986 verstorben, war Anna Katharinas feinnerviger leiblicher Vater, Günter Maschke der erste Stiefvater. Durch diesen Maschke, der ein »despotisches Temperament besaß« und dem die Hand locker saß (nicht gegen das Kind!) lernte sie eine Welt kennen, die von Männern bevölkert war: Drieu la Rochelle, Donoso Cortés, Carl Schmitt. Maschke konnte über Sachen, die ihn begeisterten oder empörten, theaterreife Monologe halten: Über einen Essay zur Schlacht von Verdun ebenso wie über ein Schinkenbrötchen: »Ich habe niemals wieder jemanden getroffen, der so dachte wie er. Niemals jemanden, der so schonungslos offen war. Was die Wahrheit betraf, kannte er keine Skrupel der Höflichkeit.«

Der dritte Stiefvater ist erst einer in spe, als er die kleine Anna Katharina in Indien empfängt. Thomas Ross († 2007) war seinerzeit Korrespondent der *FAZ*. Er war damals, so entnimmt es die Autorin den Aufzeichnungen von Ross, verstimmt, daß die (höchst eigensinnige) Geliebte nicht auch selbst geflogen kam. Über drei Jahrzehnte später nun kehrt Fröhlich zurück in das ehemalige Königreich Samthar im Bundesstaat Uttar Pradesh. Sie ist Gast in der Festung des Königs, die schon damals ein herabsinkender Ort aus einer vergangenen Welt gewesen war. Man könnte nun ein speziell weiblich-nostalgisches Schwelgen in Düften, Farben, Klängen und Sitten erwarten. Das gibt es auch, es bildet die Außenseite dieses Romans ab. Allein, das hier ausgemalte Kolorit hat wenig mit einem achtsamkeitsbasierten Blick einer europäischen Yoga-Treibenden zu tun; es ist Prosa gewordene Poesie und weit entfernt von multikulturalitätsbesoffenem Aneignungshabitus. Fröhlich ist eine Dichterin im Wortsinne, sie versteht es, die Eindrücke zu verdichten. Wenn nachts die Pfauen des Hofes, die tags »wie Vasen auf den Wallmauern stehen«, ihr vielstimmiges Gespräch beginnen, korrespondiert dies – ohne daß Fröhlich je zu überdeutlichen Analogien griffe – mit dem Personal, das einem obskuren Regieplan gemäß zwischen »Haltung zeigen« und Sichgehenlassen changiert. Wohin aber lassen sich die gehen, die im (oft nur zeitweiligen) Aufgeben des Traditionskorsetts sich bemühen, eine zeitgemäße Haltung einzunehmen? Zu sagen, das Reich Samthar sei aufgespannt zwischen den Polen einer alten (rigiden, hierarchischen) und der neuen (offenen) Welt, wäre banal. Der Mensch und seine Schwächen oder seine Willenskraft spielen eine vernachlässigbare Rolle. »It's not man that is powerful, it is time!«, sagt der König. Wir be-

finden uns im Kali-Yuga, dem »letzten und übelsten der vier Weltalter.« Längst, und unabwendbar, wohnt die Macht bei den Gierigen und den Dummen. Das Dumme aber erscheint nicht in der Figur des Einfältigen, im Gegenteil. Es ist das vielfach Aufgefaltete, es ist vielleicht ein Typ wie Mr. Varma. Er, der Glatte, der Rollkoffermann, der mit Stirnrunzeln den Gepflogenheiten am Hofe gegenübersteht, der die Vernuft und die Zahl verherrlicht und 300000 Follower auf Twitter hat, ist mit der oben erwähnten Ganga verheiratet. Wie das zueinander paßt, die fromme Schöne und der Traditionsvergessene, der nie sein Kardio-Training vergißt ? Für Ganga eine fast unanständige Frage. »Wie würde ich denn vor Gott dastehen, wenn ich statt an meine Pflichten nur an mein Glück denken würde?« Der König selbst stammt aus der Kaste der Kshatriya – die Autorin hat, das betrifft auch Begriffe wie Dhoti, Hookah, Pandava, kein Interesse an einer Erläuterung mancher Begrifflichkeiten, ein solch »aufklärerischer« Duktus läge ihr fern –, und damit ist er ein geborener Tatmensch. Ein Krieger wie dieser Maharaja »wüsste nicht, was er mit einem Buch anfangen sollte, weil alles, was er tut, unmittelbares Handeln erfordert.« Eine Gestalt wie den europäischen *homme de lettre* hat Indien nie hervorgebracht. Was aber dann? Das einzige Kind des Königs ist eine Mißgeburt, ein schielender Tölpel, der auf Schritt und Tritt eine Plastiktüte voller Smartphones mit sich trägt, sein geliebtes Eigentum. Es gibt Möglichkeiten, solche Bürden zu tragen. Whiskey ist eine (reichlich genutzte) Option, die Wahrung der Form eine andere. Zu entsprechenden Anlässen gibt der Maharadscha sein rechtes Knie frei, damit es von angesehenen Bürgern der Stadt berührt werden kann. Immer noch zeigt sich in den Untertanen der Stolz des Gehorsams, immer noch erfüllen die aufgesteckten flatternden Fähnchen mit dem Wappen des Reiches die Automobilinsassen mit Genugtuung. Doch der König ist ein halbherziger Traditionalist. Er hat von kleinauf die Wonnen der westlichen Welt schätzen gelernt, eine österreichische Geliebte inklusiv. Auf einer der Ausfahrten wird eine CD mit Musik der Beach Boys eingelegt: »This music remembers me of old times«, seufzt der König.

ELLEN KOSITZA ▪

Ganz harmlos wird man rechts

Lukas Rietzschel: *Mit der Faust in die Welt schlagen. Roman,* München: Ullstein 2018. 320 S., 20 €

Dieser Debütroman des Lausitzers Lukas Rietzschel (* 1994) findet sich auf den Bestverkaufslisten weit oben, er hat auch das Feuilleton (fast) unisono erfreut. »Fulminant«, »politisch höchst relevant«, der »Roman zur Stunde«, lauteten die Würdigungen. Nun denn: Wir lesen in drei chronologisch gereihten »Büchern«, beginnend 2000, endend 2015, die Geschichte des Bruderpaares Philipp und Tobias. Ihren oberlausitzer Heimatort Neschwitz werden sie im Berichtzeitraum kaum verlassen. Zu Beginn sind beide im Kindergarten- und Grundschulalter, die Eltern sind gerade aus der Platte ins neuerbaute Eigenheim gezogen. Die Geschichte tröpfelt dahin wie eine jener filmischen Langzeitdokus, von denen man sagt, der Regisseur nehme sich »viel Zeit für lange Schnitte«. Mama, Papa, Oma, Opa, Einschulung, Eintritt in die weiterführende Schule, Essen, Garten, Holzeisenbahn. Im zweiten Buch (»2004–2006«) beginnt die Ehe der Eltern zu bröckeln, Opa wird krank, einmal regt sich der Vater über einen zu dicht auffahrenden Polen auf der Autobahn auf, es gibt Spiele mit einer Pumpgun, ein junger Mann mit dem »seltsamen Namen« Menzel gelangt ins Blickfeld. Der soll – dabei bleibt er eine unkonturierte Gestalt – eine Art Kopf einer Art Naziszene darstellen. Das heißt: mäßig verkommene Dorfjugend, die sich zum Trinken trifft, gelegentlich politisiert (»Dumme Menschen und Ausländer pflanzten sich schneller fort als normale und überhaupt Deutsche. Seit Sarrazin konnte es endlich jeder lesen«), einmal Stunk anzettelt gegen die Asylbewerber auf dem Dorffest und gegen Ende des Buches gemeinsam zu PEGIDA fährt. Im Rahmen eines Schülerwettbewerbs wäre diese Geschichte eine lobenswerte Leistung. Als Publikumsroman mit »tagesaktueller Relevanz« und schon gar als Hochliteratur ist es höchstens mäßig. Es fehlt jeder Tiefenblick – von »Spannung« nicht zu reden –, und sprachlich hapert es arg: Was soll uns im Rahmen dieser Langatmigkeit der Sekundenstil, diese hunderte Sätze ohne Verb, sagen? »Begannen und endeten abrupt.« »Eine Frau, so alt wie Mutter, jünger.« »In den Nachbarhäusern noch Licht.« Und: Gibt es »matschige« Kastanien? Stinkt Feuer? Stinkt Obst? Stinken Kühe? Stinkt Marco? Wenn ja: wie genau? Und wenn »in den Wochen darauf das erste Mal Schnee« fiel – dauert das erste Mal also Wochen? Hat man in den Nullerjahren wirklich schon dauernd »alles gut« gesagt, und daß sich etwas »nicht richtig anfühlte«?

Die Wette gilt: Demnächst wird es Rietzschels Roman als »Schulausgabe« geben, erhältlich samt »Lehrerhandreichung« und »Lesetagebuch«. Die Beispielaufgaben, die dann über den vorgedruckten leeren Linien stehen werden, sind leicht aus dem Ärmel zu schütteln: »Stelle Dir vor, Du bist ein/e Freund/in von Tobi. Du merkst, daß er Probleme hat. Was würdest Du ihm raten? ›Es braucht mal wieder einen richtigen Krieg‹, sagt Tobi. Was denkst Du dazu? Denkst Du, Tobi und Philipp sollten Menzel vertrauen? Begründe!«

ELLEN KOSITZA ▪

Müdigkeitsverbot

Peter Sloterdijk: *Neue Zeilen und Tage. Notizen 2011–2013,* Berlin: Suhrkamp 2018. 540 S., 28 €

Journalisten lesen nicht, sie suchen Stellen. In seinem Gesprächsband *Nie zweimal in denselben Fluß* findet sich eine Äußerung Björn Höckes, aus der seine politischen Gegner einen winzigen Skandal konstruieren wollten. Es geht um die Frage, ob ein Volk überhaupt in der Lage sei, »sich selbst aus dem Sumpf wieder herauszuziehen«. Höcke antwortet: »Machiavelli bestritt das ja vehement. Er ging von einem ›Uomo virtuoso‹ aus, der nur als alleiniger Inhaber der Staatsmacht ein zerrüttetes Gemeinwesen wieder in Ordnung bringen könne.«

An anderer Stelle liest sich das so: »Unsere Situation ähnelt jener Alt-Ägyptens in einem Intervall zwischen zwei Dynastien: Ein älteres pharaonisches Regime ist zerfallen, ein neues hat sich noch nicht etabliert, der Nil macht unterdessen, was er will (…) Der neue Pharao, der die Kunst besäße, Ströme zu lenken, muß erst geboren werden.« Das stammt nicht von Höcke, sondern von Peter Sloterdijk. Natürlich, es ist eine Binsenweisheit, daß es nicht egal ist, wer etwas äußert. Aber daß man den historischen Vergleich des einen mit Führerutopien gleichsetzt und den des anderen als interessanten und für diesen Kopf typisch plastisch-experimentellen Gedanke wahrnimmt, sagt viel darüber aus, wen man verstehen will und wen nicht.

Sloterdijk wird alle Verstehensbemühung zuteil, die er sich wünschen kann. Ohne Zweifel ist er der präsenteste deutsche Denker der Gegenwart, und seine vor kurzem unter dem Titel *Neue Zeilen und Tage* erschienenen Notizen aus den Jahren 2011 bis 2013 bestätigen diesen Ruf. Seine Aufzeichnungen umspannen die rechtsalternativen Tauwetter-Jahre nach Sarrazin und vor Pegida, sie streifen die Gründung der Alternative und enden knapp vor dem hysterischen linken Diskurs über die plötzliche Prägekraft von rechts. Das waren die letzten Jahre einer politisch bleiernen Zeit, und seither sind Höcke und viele andere zu Aufbau- und Umsetzungssprintern geworden. Wir fragen uns manchmal, ob wir etwas witterten, und deshalb lesen wir Sloterdijk als einen jener zeitpolitischen Seismographen, von denen Ernst Jünger (sich selbst meinend) sagte, man prügle nach dem Erdbeben auf sie ein.



Auf Sloterdijk wird nicht gerade eingeprügelt, aber einen Schubser und eine Zusammenrottung minder bekannter Sekundärliteraten muß er dann und wann ertragen: »Unabhängig ist böse, und böse ist rechts. Ich bin unabhängig, das gebe ich zu«, sagt Sloterdijk, und er markiert damit den Anfang einer Assoziationskette, die immer dann zusammengelötet wird, wenn eine Diskussion nicht mehr geführt, eine Meinung nicht mehr geduldet, eine Alternative nicht mehr anständig bekämpft werden soll. Dies ist immer dann der Fall, wenn moralische Kategorien in Auseinandersetzungen getragen werden und der Gegner dadurch seine Daseinsberechtigung verliert.

Über Säuberungsaktionen moralischer Instanzen findet sich in Sloterdijks Notizen reichlich Material – beispielsweise dort, wo Sloterdijk auf die erfolgreiche und gezielte Tötung Osama bin Ladens durch eine US-amerikanische Spezialeinheit blickt und über die Aufladung dieses Vorgangs durch die Propaganda und die mediale Verbreitung der Tötungsfeierlichkeiten in den Straßen amerikanischer Orte nachdenkt. »Dem Guten, das den Lauf der Geschichte ändern möchte, muß schlechthin alles erlaubt sein. Unverzeihliches kann verzeihlich werden«, notiert er und meint damit das Töten jenseits jeder Kriegserklärung und die Rache als Staatsakt. Und weiter: »Wer verstehen möchte, warum im 20. Jahrhundert der politische Moralismus mehr Opfer forderte als der politische Biologismus, sollte auf das gute Böse achten, das seinen Agenten die Pflicht zur Auslöschung des Feindes einflüstert.«

Spätestens seit den Ausführung Alexis de Tocquevilles über die Demokratie in Amerika wissen wir, daß die Zivilgesellschaft für ihre Feinde keine Guillotine mehr bereithält, sondern jede denkbare subtile und brachiale Form der sozialen Hinrichtung.

Die moralistischen Treiber sind dabei nicht nur Jäger, sondern auch Getriebene. Das ist der entscheidende Perspektivenwechsel, den Sloterdijk ins Spiel bringt und den die von ihnen Bedrängten, also wir (!) vollziehen sollten: Diese zivilgesellschaftlichen Jäger sind die eigentlich Getriebenen, weil ihnen ständig neue Feinde erwachsen, obwohl sie doch moralisch längst und tatsächlich auch beinahe schon ganz und gar gewonnen haben. Das »Gute« *muß* jagen, *muß* ausmerzen, *muß* alle Neutralen zur Positionierung zwingen, *muß* hellwach sein. Noch einmal Sloterdijk: »Der Vormacht ist es nicht erlaubt, Provokationen von seiten schwächerer Aggressoren zu ignorieren. Um der Behauptung ihres Ranges willen ist sie dazu verurteilt, ihre rückschlagbereite Haltung in Permanenz zu demonstrieren. Für sie besteht eine ständige Pflicht zur Intervention – anders ausgedrückt: Sie lebt unter dem kategorischen Müdigkeitsverbot.«

Ist es erlaubt, Sloterdijk so zu lesen? Zugegeben: Die Notizen zur Entstehung einzelner Kapitel seines Buches *Die schrecklichen Kinder der Neuzeit,* seine Selbstbeschreibungen als alternder Mann, der Nachvollzug seines Reise- und Vortragsalltags sind wie Füllmaterial um diejenigen Stellen und Denkvorlagen herumgestopft, nach denen sucht, wer einem nimmermüden und vielköpfigen Gegner trotzen muß. Vernutzend, ausschlachtend zu lesen ist nicht schön, aber es ist besser als ein »Herumhängen in der entleerten Zeit am Ende der Geschichte« (Sloterdijk).

Götz Kubitschek ■

Ewiger Haß

Slavko Goldstein: *1941. Das Jahr, das nicht vergeht. Die Saat des Hasses auf dem Balkan*, Frankfurt a. M.: S. Fischer 2018. 608 S., 30 €

Wer Curzio Malapartes Schilderungen über die Weltkriegsgreuel auf dem Balkan in seinem Werk *Kaputt* für dichterische Übertreibung hielt, wird bei Slavko Goldsteins epochalem Werk *1941* an der einen oder anderen Stelle innerlich Buße tun. Gewiß: Als Linksintellektueller mit Partisanenbiographie hat der kroatisch-jugoslawische Verleger Goldstein (1928–2017) seine eigenen ideologischen Interessen, die subkutan auch in vorliegendem Werk eine Rolle spielen. Aber *1941* ist keine kommunistische Mythenreproduktion.

Goldstein entwirft ein Panorama der Gewalt, das im Jahr 1941 weder entstand noch endete, aber eben in vielerlei Hinsicht in diesem Schicksalsjahr kulminierte, als der Führer der kroatisch-katholischen Radikalnationalisten Ante Pavelic den Unabhängigen Staat Kroatien (Nezavisna Država Hrvatska, NDH) ausrief – mit italienischer und deutscher Unterstützung. War das Streben der Kroaten zu ihrem eigenen Nationalstaat historisch verständlich und innerhalb der kroatischen Siedlungsgebiete weitgehend erhofft worden, sorgten vor allem die massiven Verbrechen der »wilden Ustasche« ab Mai 1941 dafür, daß auch patriotische Kroaten auf Abstand zu den »Aufständischen« (Ustasche) gingen, die seit 1929 vor allem aus dem Ausland als klandestine Verschwörer gegen Belgrad wirkten. Als das »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« innerhalb weniger Tage nach dem deutschen Angriff im Frühjahr 1941 auseinanderfiel und die Ustasche in den kroatischen Landesteilen die Waffengewalt erhielten, entlud sich die in zwölf Jahren aufgestaute Wut. Der monatelang ungezügelte Terror vor allem gegen Serben, aber auch gegen Juden und andere, sorgte für eine Widerstandstätigkeit nicht nur der (ohnehin gegen den NDH eingestellten) Kommunisten und orthodoxen Serben, sondern auch relevanter Teile der katholisch-kroatischen Landbevölkerung, denen die Foltermaßnahmen, Erschießungen und Massenmorde der aus dem (meist italienischen) Exil heimgekehrten Ustasche deutlich zu weit gingen. Das sahen auch Wehrmachtsstellen und italienische Verantwortliche so, und Goldstein skizziert deren Beschwerdepolitik ebenso plastisch wie die Liquidationspolitik der Ustasche. Dies führte dazu, daß das (an der Küste um seine Kronjuwelen Istrien, Zadar und Split beschnittene) NDH-Kroatien weitere Gebietssouveränität an italienische und deutsche Militärs abtreten mußte; zu stark sorgten die Verbrechen für ein Anwachsen der Partisanenbewegung unter Josip »Tito« Broz.

Goldstein versteht es, die Irrationalität der Ustasche darzulegen. Denn die von den Ustascha-Führern offen artikulierte Vernichtungslust an knapp zwei Millionen Serben überwog jede taktische Überlegung; der Drang nach Vergeltung an den vermeintlich oder tatsächlich Begünstigten des untergegangenen südslawischen Einheitsstaats unter serbisch-imperialer Dominanz schien gewichtiger zu sein als die Sicherung des jungen Staates. Anders ist es nicht zu erklären, daß man auf »Säuberungsaktionen« auch dann nicht verzichtete, als man längst bemerkte, daß man durch ebensolche Liquidationen Partisanenzuwächse und militärische Sollbruchstellen *en masse* generierte. Der Untergang des NDH, zeigen sich so unterschiedliche Beobachter wie Goldstein, Malaparte und deutsche Militärs einig, wurde durch den Massenterror rasant beschleunigt.

Goldstein beläßt es aber nicht bei der Darstellung der NDH-Entwicklung entlang seiner eigenen dramatischen Lebensgeschichte, sondern er untersucht auch zwei wichtige weitere Bausteine des oftmals unüberwindbar wirkenden chauvinistischen Hasses auf dem Balkan.

Erstens verweist er auf das schändliche Massaker im österreichischen Bleiburg im Mai 1945, als britische Generäle geschehen ließen, daß Zehntausende Kriegsverlierer – kroatische Ustasche, slowenische Weißgardisten, serbische Tschetniks, bosniakische und albanische Freiwillige, montenegrinische Nationalisten und Reste der Heeresgruppe E der Wehrmacht sowie Tausende Zivilisten – durch die Hand antifaschistischer Häscher umgebracht wurden: »Die Gefangenen wurden massenweise ermordet. Es war eine Orgie rachsüchtigen Zorns.« Bemerkenswert offen formuliert der Autor, daß »Bleiburg« ein Kriegsverbrechen war, »das jeder moralischen, politischen oder juristischen Rechtfertigung entbehrt« – und das auch nicht dadurch entschärft werden kann, daß Tito am 14. Mai 1945 das Einstellen des Massenmords anordnete.

Zweitens begreift man mit Goldsteins Übergängen in die Kriege von 1991 ff. und in die Gegenwart, wie tief die Traumata durch die gegenseitigen Verbrechen von 1941 bis 1945 beim kroatischen und serbischen Volk saßen und teils noch sitzen. Es wird verständlich, daß das föderale, ausgleichende Jugoslawien als Entität aller Südslawen im Rahmen einer (von Tito verordneten) »Brüderlichkeit und Einigkeit« objektiv notwendig war. Aber ebenso deutlich wird, daß entfesselte subjektive Leidenschaften stärker sind als rationale Überlegungen zur Eindämmung chauvinistischer Exzesse. Das Buch rechnet nicht auf, es schärft den Blick für die heikle Situation auf dem Balkan, die sich auch heute bedrohlich zuspitzen kann, wenn insbesondere interne Widersprüche externalisiert werden. Gutmeinende Kräfte auf allen Seiten werden aus der blutigen Geschichte lernen können. Goldsteins Buch kann dabei, trotz gewisser antifaschistischer Einfärbungen, helfen.

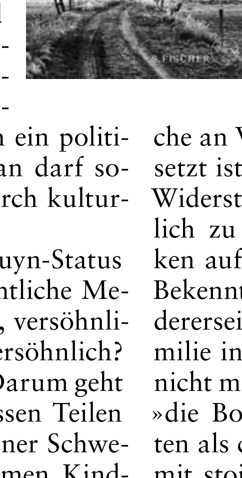
Benedikt Kaiser ■

Im Grunde deines Herzens bist du ein Rechter

Günter de Bruyn: *Der neunzigste Geburtstag, ein ländliches Idyll,* Frankfurt a. M.: S. Fischer. 269 S., 22 €

Was haben Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Ernst Robert Curtius, Theodor Fontane und Hanns Martin Schleyer gemeinsam? Sie alle – und die Litanei ließe sich fortsetzen – dienten als Patrone für Preise, die in den vergangenen vierundfünfzig Jahren an den Schriftsteller vergeben Günter de Bruyn wurden. In Zeiten, in denen Kulturmoden suspekt sind, muß ein solcher Preisregen kein Hinweis auf Vortrefflichkeit sein, im Gegenteil. Wer in höchst unterschiedlichen politischen Systemen als preiswürdig galt, kann die Eigenschaft jener Fettaugen haben, die in der Suppe stets oben schwimmen.

Bekanntermaßen bestätigen Ausnahmen die Regel. Neben den Opportunisten gibt es Seiltänzer, Gratwandler und solche Künstler, die durch ihr Können erhaben sind. Zu letzteren gehört de Bruyn (* 1926). Er wurde in der DDR geehrt, in der BRD Adenauers, Kohls, in der Gegenwart. Gemein hat er sich nie gemacht. Vierunddreißig Jahre nach seinem letzten Roman *Neue Herrlichkeit* hat es den Preußenspezialisten, Widerborst und Vielschreiber abermals zu einem echten Stück Belletristik gedrängt – womit die Notwendigkeit als Schreibimpuls angedeutet wäre. Es ist nämlich ein politischer Roman, ein konservativer. Man darf sogar sagen: ein rechter, durch und durch kulturpessimistischer.



Der – fast rätselhafte – de-Bruyn-Status führt dazu, daß sogar öffentlich-rechtliche Medien das Buch loben, gar als »mildes, versöhnliches Alterswerk« (WDR) begreifen. Versöhnlich? Ein Urteil, das beschwichtigen will! Darum geht es: Leonhardt Leydenfrost (zu gewissen Teilen ein Alter ego des Autors) lebt mit seiner Schwester Hedwig im Dorf der gemeinsamen Kindheit, im südöstlichen Brandenburg. Für Tochter Wilhelmine gilt Leo als »Rechter«, und Hedwig ist eine eingefleischte Linke, die anno 1968 ihre prominente Zeit hatte. Nun steht Hedwigs 90. Geburtstag bevor. Das Fest will die Dame mit einer Spendenaktion für Flüchtlinge verbinden. Zwischen Geburtstagsvorbereitung und Fest vergeht ein knappes Jahr, das de Bruyn hier Revue passieren läßt. Es ist jenes Jahr, das unter der Devise »Wir schaffen das!« stand, ein Motto, das bis in die Provinz durchschlug. In »Wittenhagen« will ein geschmeidiger Funktionär (der Geliebte der geschiedenen Wilhelmine) ein Flüchtlingsheim erbauen lassen.

Leo beäugt die Gemengelage, wie sie sich in dem preußischen Kaff darstellt: Da wäre Frau Schmalfuß, die schicke Journalistin aus dem Westen, die ein Buch über die abgehängten wie tumben Ossis plant. Walter, der Enkel Leos, der sich (leider wenig authentisch) vom verwöhnten Stubenhocker über Buchlänge zum kritischen Zeitgenossen mausert; Cornelia, die als Friseurin alles weiß, was man im Dorf »so meint« und Fatima, die Ziehtochter Hedwigs; sie ist literarisch gebildet und eine echte Patriotin – und somit womöglich ein typischer de Bruynscher Kunstgriff. Leo mag Fatima, und er unterstützt (zwar mit Bedenken) auch Hedwigs Fernstenliebe. Nur – unter der Hand nehmen die Bedenken beträchtlichen Platz ein: Sind das wirklich »Kinder«, die im Dorf fröhlich eingemeindet werden sollen? Kinder – mit Vollbart? Schaffen wir das? Warum wird Hedwig, die »Powerfrau«, so melancholisch? Hat es mit den Abtreibungen zu tun, die sie jahrzehntelang gerechtfertigt hat? Will sie daher »verweinte Kinderaugen wieder zum Strahlen bringen?«

Daß Leo es mit seinem hohen Alter rechtfertigt, die »heutige Welt nicht mehr verstehen zu können«, ist eine Ausflucht. Leo alias Günter nimmt in Wahrheit alles hellwach aufs Korn: Von der »Willkommenskultur« über das Gendersternchen und die plebejischen Kleidungssitten bis hin zur vermeintlichen Jugendsprache, die sich hier, etwas vorgestrig, in Wendungen wie »fetzig« oder »songs« artikuliert, beäugt er zeitgenössische Niederungen kritisch. De Bruyn ist Katholik, Leo Kulturprotestant: Das ist, was die Rolle der Kirchenoberen im Rahmen einer Neuen Weltordnung angeht, austauschbar. Leo freut sich einerseits, daß die Kirche an Weihnachten bis auf den letzten Platz besetzt ist. In sozialistischen Zeiten war dies eine Widerstandsgeste, »jetzt, da man unaufhörlich zu einem globalen, multikulturellen Denken aufgefordert"« wird, erscheint es ihm »als Bekenntnis zum Eigenen, zur Tradition«. Andererseits: Der Pfarrer versetzt die Heilige Familie in die Neuzeit, sie sind »Flüchtende«, die nicht mal ein Handy zur Verfügung hatten, und »die Botschaft des Engels empfanden die Hirten als cool.« Leo erträgt dies, wie alles andere, mit stoischer Gelassenheit und leisem Unbehagen. Dazu paßt de Bruyns vornehmes Sprachgefühl: Leo wurde des Pfarrers »ansichtig«, und »das kumpelhafte ›Hallo‹, das sich zu Leos Ärger immer mehr eingebürgert hatte, galt ihm als weiteres Beispiel für die grassierende Gleichmacherei.«

Dieser Roman trägt eine Menge Botschaft mit sich, die sich über den literarischen Gehalt legt. Die Zeit ist danach, sie lechzt nach solchen Romanen! Anrührend sind jene Teile, aus denen weniger die Kulturkritik denn der Greis in seiner Hinfälligkeit spricht. Diese Scham, den Platz einzunehmen, den eine junge Frau ihm anbietet – obwohl man lieber den Kavalier gäbe! Die Erkenntnis des Unvermögens, fix und schlagfertig zu reagieren, weil – trotz kognitivem Hochvermögen – die Drähte einfach nicht mehr so rasch glühen. Der neunzigste Geburtstag: ein Neigungsroman – in jeder Hinsicht.

ELLEN KOSITZA ■

Ich galt früh als Löwin

Vera Brittain: *Vermächtnis einer Jugend,* Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2018. 525 S., 30 €

Eine Frau in Schwesterntracht lächelt vom Buchtitel, mild, bescheiden, liebreizend. Es ist Vera Brittain (1893–1970); in Hamburg und Berlin führen Straßen den Namen dieser englischen Schriftstellerin, Frauenrechtlerin und »Botschafterin des Pazifismus«. (Brittain hatte anno 1917 als Schwesternhelferin auch deutsche Soldaten gepflegt, einen Weltkrieg später verurteilte sie die alliierten Flächenbomardements auf deutsche Städte.) Ihre nun ins Deutsche übersetzten frühen Memoiren – den Zeitraum bis zu ihren ersten schriftstellerischen Erfolgen 1923/24 umfassend – sind 1933 erschienen, bis 1939 verkauften sich ansehnliche 120000 Exemplare, bis heute beträgt die Gesamtauflage eine Dreiviertel Million. Vor vierzig Jahren hatte die BBC Brittains Bericht als Serie verfilmt, so erfolgreich, daß sich die Produktion in zwanzig Länder verkaufte. Brittain ist Sproß einer wohlhabenden Unternehmerfamilie aus Staffordshire. Dem ehrgeizigen, literarisch gebildeten wie enthusiasmierten Mädchen gelang es – gegen familiäre Widerstände – ein Stipendium für Oxford zu ergattern; Hauptantrieb: der verachteten provinziellen Enge des Städtchens Buxton zu entkommen. Die junge Dame mit ihrer Abneigung gegen schlechtsitzende, schäbige Kleidung und gegen von Unbildung zeugende Dialekte weiß früh, daß sie »eine geborene Demokratin mit überwältigender Liebe zur Menschheit« sowie Protofeministin ist. Irgendwie – zwischen Tennisstunden, Einkaufstouren und Altsprachenpaukerei wird es wie am Rande wahrgenommen – bricht dann der Weltkrieg aus. Brittains geliebter Bruder Edward und ihre – zeitlebens – große Liebe Robert Leighton, ein hoffnungsvoller Dichter, ziehen ins Feld. Brittain meldet sich – wobei die Motivlage nur angedeutet, aber nicht plastisch wird – zum Voluntary Aid Detachment, zur freiwilligen Hilfstruppe. Lange bevor die beiden Vetrauenspersonen fallen, rückt das Grauen des Krieges näher. Vor allem der Schmutz und die Entbehrungen! Rasch wird nämlich klar, daß die Titelphysiognomie trügt. Bescheidenheit und Zurückhaltung sind nicht Sache der Autorin, sie wirkt qua ihres Ausdrucks und ihrer Empfindungen weniger als vorgestrige, denn als sehr heutige Tochter des Zeitgeistes. Wenn ihr Ton denn von einer Art spöttisch-humorvollen Herablassung geprägt wäre – man täte sich gern auf eine gewissermaßen selbstironische Distanz zu den Zeitläuften einlassen. Aber nein, es ist ein verbittertes Hadern, ein Pikiertsein in Permanenz. Man kann nicht täglich baden, der Weg zwischen Schwesternwohnheim und Arbeitsstelle beträgt einen knappen Kilometer (bergauf!), im Lazarett spielen sie nervtötende Grammophonmusik. Wenn Brittain schreibt, daß sie anno 1914 »offenkundig an einem Minderwertigkeitskomplex« litt, wird diese Selbsteinschätzung eine Zeile drunter konterkariert. Denn damals schickte ihr Leighton »eins seiner eigenartig prophetischen Gedichte« mit dem Titel »I walk alone«. Brittain interpretiert, er könne damit nicht seinen eigenen Kampf gemeint haben, sondern sie selbst und ihre Ziele!

Ulkigerweise wird in einer der wenigen Fußnoten erläutert, daß die Rede vom »Great War« den Ersten Weltkrieg meint – wer wüßte es nicht? Alleingelassen wird die Leserin (denn es besteht von den ersten Seiten an kein Zweifel, daß es sich hierbei um genuine Frauenliteratur handelt) mit anderen Schlagworten und Bezugspunkten: Andrew Langs Märchenbücher? Befreiung von Mafeking? Wer war Olive Schreiner? Wer überhaupt »Thackery«? Was ist eine Pass-Mods-Prüfung? Und warum gleicht die Rektorin des Oxforder Colleges ausgerechnet einer »Tigerkatze«? Ein seltsamer Wälzer und eine Geduldsprobe. »In gewisser Weise war ich mein Krieg, und mein Krieg war ich«, schreibt Brittain, nachdem sie im Feuilleton angekommen und zum Phänotyp der liberalen Ausrichtung des Zeitgeistes geworden ist. Da ist was dran.

ELLEN KOSITZA ■

Aufrecht!

Jordan B. Peterson: *12 Rules for Life. Ordnung und Struktur in einer chaotischen Welt,* München: Wilhelm Goldmann Verlag. 575 S., 20 €

Der glänzendste Stern am Himmel des Weltkonservatismus ist derzeit der kanadische Psychologe Jordan B. Peterson. Er ist praktisch-therapeutisch wie auch als Dozent tätig. Dieser Hintergrund prägt seine Schriften maßgeblich, von denen das Buch *12 Rules for life* schnell zum Weltbestseller avanciert ist. Bekannt wurde er vor allem durch Interviews, die im Internet ein Millionenpublikum erreichten. Peterson gilt als umstritten, da er Grundsätze der »politischen Korrektheit« wie auch des Gender-Hauptstromes engagiert ablehnt.

Während deutsche Konservative häufig vom Staat ausgehen und das Individuum höchstens an zweiter Stelle rangiert, ist es bei Peterson umgekehrt. Er betrachtet ein geglücktes Leben als eines, das es schafft, Ordnung ins Dasein zu bringen. Das klingt trivial, ist aber in letzter Konsequenz äußerst schwierig, da uns Chaos (aufgrund der unabweisbaren kontingenten Daseinsfaktoren) immer wieder einholt. Der Autor spricht von der Kunst, »heroism of genuine Being« zu verwirklichen, und diese Umschreibung ist gewiss nicht zu hoch gegriffen.

Das angebliche Übergewicht gesellschaftlicher Einflüsse, von Linken unisono behauptet, hinterfragt er standhaft.

Schon die erste Regel »Steh aufrecht und mach die Schultern breit« beginnt mit einem Paukenschlag: Das Verhalten des Hummers dient in wohlbestimmter Hinsicht als Vorbild für Menschen. Peterson erklärt exemplarisch, was es bedeutet, sich nicht von unsicheren Erwartungen verstören zu lassen, sondern an einer besseren Zukunft zu arbeiten.

Praktische Fälle erörtert die Studie ebenso wie zahlreiche Beispiele aus Mythologie, biblischer Glaubenslehre, chinesischer Philosophie (»Yin und Yang«) und Weltliteratur (Milton, Alexander I. Solschenizyn, Carl G. Jung und andere). Peterson interpretiert viele Archetypen, die zeigen wollen, wie das Chaos in der Welt zu bannen ist. Besonders die biblischen Schöpfungserzählungen wie auch der Beginn des Johannes-Evangeliums stellen heraus, wie der Logos die Unordnung des Kosmos verdrängt. Die Publikation *12 Rules* wird in der Aufmachung eines Lebenshilferatgebers präsentiert; ihre Aussagen reichen indessen weit über gängige Empfehlungen dieses Genres hinaus.

Zu den Schwerpunkten der Argumentation zählen neben der persönlichen Entwicklung des Einzelnen, die Peterson am Herzen liegt, Ratschläge zur Erziehung. Sie darf seiner Ansicht nach auf bestimmte Arten von Strafe nicht verzichten. Wenn man in diesem Jahr nur zu einer Lektüre greifen sollte, dann zu dieser! Die gelegentliche Unsitte von Abschweifungen sollte niemanden abschrecken.

FELIX DIRSCH ▪



Zukunft: Tradition!

Benjamin Hasselhorn: *Königstod. 1918 und das Ende der Monarchie in Deutschland,* Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2018. 190 S., 22 €

Was wäre, wenn der letzte Hohenzollern-Herrscher sich zum Abschluß des Krieges an der Spitze eines Kommandos an die Front begeben hätte und dort gefallen wäre? Der Vorschlag stand tatsächlich im Raum, als sich die bevorstehende Niederlage des Deutschen Reiches abzeichnete, die künftige Verfassung aber noch ungewiß war. Vieles war offen und ein Hoffen auf eine Fortführung einer deutschen (parlamentarisch demokratisierten) Monarchie bis zur Novemberrevolution nicht absurd. Doch glaubte mancher am Berliner Hof, daß nur ohne den im Ausland perhorreszierten Wilhelm II. das Kaiserreich in der Nachkriegsordnung akzeptabel sein würde. Ein gefallener »Heldenkaiser« hätte seinem Nachfolger einen Sympathievorsprung geschenkt und zugleich die demütigende Rache der Siegermächte an demjenigen verhindert, den die Entente-Propaganda zum Hauptschuldigen am Krieg erkoren hatte. Der Kaiser lehnte solche Ansinnen und zunächst auch den Verzicht auf den Thron – aus nachvollziehbaren Gründen – ab, bekanntlich um dann dennoch fluchtartig das Land zu verlassen. Dies war seinem Ansehen damals und auch seinem Nachruhm wenig förderlich.

Königstod zeichnet die letzten Wochen im Amt mit Blick auf die Rationalität des herrscherlichen Handelns, die Kräftekonstellation und Möglichkeiten sowie des Kaisers eigenes Weltbild und seine Theologie nach. Auch wenn Hasselhorn zu Beginn ein »Gedankenspiel« ankündigt: Es ist keine Eventualgeschichte ausgehend von einem Fronttod des Kaisers daraus entstanden, sondern eine Art historiographischer Miniatur des Verhängnisses, in dem sich Wilhelm II. zu Ende seiner Amtszeit befand. Von theologischen und mythischen Topoi (Königsopfer und Heldentod) über die politische Geschichte des Zweiten Reiches bis zur Stellung der Kirchen um die vorige Jahrhundertwende und die »Wiederkehr des Mythos« im 20. Jahrhundert: es sind sehr, sehr viele Bezüge und Verbindungen, die hier um den bislang letzten preußisch-deutschen Monarchen herum aufgestellt werden. Hasselhorn referenziert viel, was dem belesenen Konservativen lieb und teuer ist, von George über Tolkien bis Raspail. Dies und die über 250 Fußnoten machen das durchaus kurzweilige Lesebuch zum guten Freund eines jeden, der sich für Königtum, rechte Kulturgeschichte und Metapolitik interessiert. Diese Stärke des Bandes ist zugleich seine Schwäche, denn einen roten Faden besitzt die Darstellung nicht. Thema häuft sich auf Thema, stets nur angerissen, bis sich im Leser die Frage formt, auf welches Ziel der Autor mit seiner mäandernden Abhandlung eigentlich zusteuert.



Im abschließenden Kapitel »Monarchie im 21. Jahrhundert« klärt sich manche Verwirrung. Anhand metapolitischer und politischer Gegenwartsphänomene wagt der Autor ein starkes und mutiges Plädoyer für die Wiederaneignung der Tradition. Dies verbindet er mit einer strengen Absage an den ortlosen, herkunftsvergessenen Moralismus. Es ist ihm nicht darum zu tun, gleich die Monarchie wieder einzuführen, aber es »mehren sich die Anzeichen, dass sich dieser Weltverbesserungsfuror totläuft«. So gibt der 1986 geborene Historiker und Theologe mit sanftem Humor und großer Quellenkenntnis überzeugend einfache Antworten auf pseudokomplexe Fragen: »Wie schafft und erhält man gesellschaftliche ›Homogenität‹? (…) Die Antwort lautet: Tradition«. Auf Grundlage solcher klugen Verortungen kann eine konservative Wende im 21. Jahrhundert angegangen werden.

KONRAD GILL ▪

Mr. Bundesrepublik

Hans-Peter Schwarz: *Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen,* München: Deutsche Verlags-Anstalt 2018. 734 S., 50 €

»Wahrscheinlich gehöre ich zu den Typen, denen unwohl wird, wenn große Mehrheiten in der veröffentlichten Meinung, karessiert und manipuliert von den Regierungsapparaten, ihre Auffassungen als alternativlos proklamieren und jeden Zweifel niederzumachen suchen.« Nein, Hans-Peter Schwarz beschreibt hier nicht das Deutschland der Gegenwart, sondern den politmedialen Diskurs zu Zeiten der Neuen Ostpolitik Willy Brandts. Abgestoßen vom regierungstreuen Konformismus nahezu aller Leitmedien und dem Linksdrall seiner Kollegen an den politikwissenschaftlichen Instituten der Republik, habe er sich, so der Autor, zu dieser Zeit den Konservativen zugewandt, in denen er das »kleinere politische Übel« gesehen habe. Kurz vor seinem Tod im Juni 2017 hat »Mr. Bundesrepublik«, wie der Politikwissenschaftler und Zeithistoriker mal bewundernd, mal despektierlich genannt worden ist, seine Autobiographie *Von Adenauer zu Merkel: Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen* zu Ende geschrieben.

Am Anfang stand Ernst Jünger. 1958 wurde Schwarz mit seiner Dissertation über Jünger als Zeitdiagnostiker promoviert. Der vor allem stilistische Einfluß des von ihm bewunderten Autors auf das vorliegende Werk ist unverkennbar. Klar und präzise in der Sprache, ein unerschütterliches Selbstvertrauen zum Ausdruck bringend, hart und unerbittlich im Urteil, beschreibt Schwarz seine akademische Karriere und publizistischen Erfolge. Mit Biographien über Adenauer, Axel Springer und Kohl erreichte er viele Leser auch außerhalb des universitären Elfenbeinturms. Obwohl CDU-Mitglied und Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung, betont Schwarz seinen Anspruch, die von ihm untersuchten Gegenstände ungeschönt darzustellen. Leser seiner Werke werden feststellen, daß es in der Tat nie seinem Naturell entsprach, Personen zu idealisieren. So reagierte Kohl erzürnt auf die 2012 über ihn veröffentlichte Biographie und schrieb einen empörten Brief an Schwarz, aus dem hier ausführlich zitiert wird.



Gebannt folgen wir Schwarz' subjektiv-authentischer Reise durch die Geschichte der BRD über die Wiedervereinigung bis zur sogenannten Flüchtlingskrise. Zeitgeschichtlich interessierte Leser kommen auf den gut 700 Seiten voll auf ihre Kosten. Etwas störend wirken lediglich des Autors ständige Klagen über die viele Arbeit, die er sich mit diesem oder jenem Projekt mal wieder aufgehalst habe. Hier kokettiert offensichtlich jemand mit seinem Erfolg – geschenkt. Es überwiegen die Passagen, in denen er sich so zeigt, wie es seinem Selbstbild entspricht: als ein unabhängiger, nonkonformer Analyst. Er beklagt den gegenwärtigen »Verfall des Selbstbehauptungswillens«, kritisiert den »quasireligiösen Kollektivschuldkult mit Auschwitz im Zentrum« und moniert den Einfluß »grüner Propaganda«, der maßgeblich zur nationalen Selbstaufgabe 2015 beigetragen habe. Schwarz, ein kritischer Geist, der Feigheit und Selbstzensur verachtete, wird fehlen.

MICHAEL DIENSTBIER ■

Willkommen in der Multiminoritäten-Gesellschaft

Jost Bauch: *Abschied von Deutschland. Eine politische Grabschrift,* Rottenburg: Kopp 2018. 255 S.,19.99 €.

Bauchs Buch ist nicht originell. Es ist aber aus zwei Gründen perfekt. Der erste Grund sind Erscheinungsort, Titel und Aufmachung. Einen Text, der den Leser anhand bekannter Themen und Anlässe schwuppdiwupp in die soziologische Systemtheorie und die Philosophie des Deutschen Idealismus verschleppt, damit dieser um ein paar Augenöffner reicher hervorkommt, beim Kopp-Verlag unter dem inzwischen schon genrehaften Titel *Abschied von Deutschland* (weitere Genrevertreter sind *Deutschland schafft sich ab, Finis Germania, Deutschland von Sinnen* usw.) erscheinen zu lassen, ist sehr gut erdacht. Auf diese Weise erreicht das Buch einen Leserkreis, der ihm sonst verschlossen geblieben wäre: der konservative Leser scheut reißerische Aufmachungen, der rechtsintellektuelle Leser jenen Verlag, der typische Kopp-Leser hingegen, ohne ihm zu nahe treten zu wollen, dann doch eher die philosophische und soziologische Theorie.

Der zweite Grund ist gerade das Nichtoriginelle, das Eklektische. Genau solche Bücher sind 2018 nötig, um Grundideen zum Verständnis der deutschen Gegenwart zu erklären, aufzubereiten, anzuwenden, ihnen einen doppelt festen Boden zu bereiten.

Bauch geht von drei Großen aus: Kant, Spengler und Luhmann. Spenglers Niedergangsthese der Kultur hilft, einen »tapferen Pessimismus« zu bewahren, wenn Deutschland abdankt. Luhmann hilft, Kategorien zu trennen. »Aus der Weltgesellschaft (Luhmann) folgt in der Logik der One-World-Theoretiker der Weltstaat, die globale Weltregierung. Und aus dieser wird dann die Unaufhaltsamkeit der multikulturellen Gesellschaft, besser der Multiminoritäten-Gesellschaft, geschlossen. Auch hier liegt ein kolossaler Denkfehler vor.« Und Kants Schrift zum *Ewigen Frieden* braucht man nur noch einmal genau zu lesen, um reinen antiglobalistischen Ethnopluralismus *avant la lettre*

zu finden: Das Völkerrecht »setzt die Absonderung vieler voneinander unabhängig benachbarter Staaten voraus, weil diese Absonderung besser ist als eine Zusammenschmelzung derselben durch eine die anderen überragende und in eine Universalmonarchie übergehende Macht (…), weil die Gesetze mit dem vergrößerten Umfange der Regierung immer mehr an ihrem Nachdruck einbüßen, und ein seelenloser Despotismus, nachdem er die Keime des Guten ausgerottet hat, zuletzt doch in Anarchie verfällt.«

Doch auch mikrosoziologisch kombiniert Bauch Altes und erkennt Neues. Hier hat er sich besonders den Luhmannschüler Peter Fuchs zu eigen gemacht und überlegt mit dessen Begriff der »Komplettberücksichtigung der Person« und Luhmanns »Totalinklusion«, ob Kinder in Alleinerzieher- und Patchworkfamilien noch diejenige Berücksichtigung ihres gesamten Wesens erhalten, die sie zur Entwicklung einer heilen Identität brauchen, und ob den Bildschirmmedien verfallene Bürger noch Bürger sein können, wenn sie anderweitig »totalinkludiert« werden. Die »Opfer«-Diskussionen dieser Tage führt Bauch auf die Subjektphilosophie des Deutschen Idealismus zurück und kombiniert sie mit der deutschen narzißtischen Moralhypertrophie. Der Islam läßt sich ebenfalls mit Luhmann abklopfen auf »Totalinklusions«-Ansprüche.

Hier ist Bauch nicht ganz konsequent, da er Luhmanns »funktionale Differenzierung« der modernen Gesellschaft und die bekannten Säkularisierungsargumente gegen den Islam wendet, damit aber genau die Kritikebene, die er in seinem letzten Kapitel über Identität entwickelt, unterbieten muß. Identität faßt er einleuchtend als »Sichdurchhalten eines Seienden« (diese Definition hat er, und das ist typisch für Bauch, an entlegener Stelle in einem philosophischen Wörterbuch von 1967 gefunden). Das gilt für Individiduen wie für Völker. Bauchs Volksbegriff umfaßt daher einen biologisch-ethnischen Identitätskern, einen gemeinschaftlich-historischen und an dritter Stelle erst einen konstruktivistischen Identitätsbegriff der Zustimmung zum Grundgesetz, der auf den beiden anderen ruht.

Bauch befindet sich haargenau an derselben Stelle des Übergangs der Reflexion von der beobachtenden Soziologie hin zu existenziellem Eingreifenmüssen, an der auch Karl-Albrecht Schachtschneider steht, der in seinem glasklaren, bisweilen etwas holzschnittartig-polemischen Nachwort zu *Abschied von Deutschland* schreibt, er habe früher immer Kants Definition von Politik als »ausübender Rechtslehre« bevorzugt. Doch diese ist normativ, nicht existenziell. Die Invasion des Islam nach Deutschland dränge ihn nun zum Umdenken. »Erst in der existenziellen Lage überzeugt die Schmittsche Dogmatik. Starke Kräfte betreiben den Niedergang des Deutschen, gegen die sich der Einzelne nicht wehren kann.« Luhmann fürs Beobachten, Kant fürs Begriffeschärfen, Spengler und Schmitt fürs politische Eingreifen. So soll es sein.

CAROLINE SOMMERFELD ▪

Zucht. Keuschheit. Mut. Take it real.

Alexander von Schönburg: *Die Kunst des lässigen Anstands. 27 altmodische Tugenden für heute,* München: Piper 2018. 368 S, 20€.

Alexander von Schönburg war 1999 als Teil des Jung-Dandy-Quintetts *Tristesse Royal* in Erscheinung getreten. Für das gleichnamige Buch hatten sich kulturell und finanziell privilegierte Herren ein paar Tage im Berliner Hotel »Adlon« eingemietet, um Protokoll zu führen, wie man stilvoll, zynisch und mittels hermetischer Anspielungen den Untergang des Abendlandes begießen könnte. Ach, was für eine lässige Pose!

Heute fungiert Alexander von Schönburg – ein Bruder Glorias von Thurn und Taxis – als Teil der *BILD*-Chefredaktion. Vom Regen in die Traufe, mag man unken. Elite, in Anführungszeichen! Will man sich von »so einem« ernsthaft »27 altmodische Tugenden für heute« erläutern lassen?

Um es vorwegzunehmen: Dieses Buch ist phantastisch gut, es übertrifft sogar die ähnlich gelagerten und bereits berühmt gewordenen Manieren- und *12-Rules*-Bücher von Asfa Wossen-Asserrate und Jordan Peterson. Beide Autoren zitiert von Schönburg übrigens als Gewährsleute, wie er überhaupt fast ausschließlich (über den Diversitätsphilosophen K.A. Appiah wollen wir schweigen …) bei den klügsten Denkern und Ratgebern Anleihen nimmt: Aristoteles, Thomas von Aquin, Josef Pieper, Chesterton, Hannah-Barbara Gerl-Falkovitz, Simone Weil. Im Vorwort wird – sehr unzeitgemäß – die Artusepik, ein mittelalterlicher Ritterroman, als beispielhafte Erzählung herangezogen. Abendland? Hier ist es, stilbildend und entstaubt!



Welche Tugenden will von Schönburg (* 1969, Vater dreier Kinder) gestärkt sehen? Neben erwartbaren wie Bescheidenheit, Höflichkeit, Mitgefühl und Toleranz sind es auch erstaunliche wie Humor, »Dekorum« und Milde sowie gänzlich unzeitgemäße: Keuschheit, Gehorsam, Zucht und Fleiß. Was diese Tugendlehre so besonders macht, ist, daß sie einerseits ohne jeglichen gouvernantenhaften Predigerton auskommt. Hier lesen wir keine Kanzleiansprache von einem, der sich gerade die Fliege zurechtgerückt hat und »denen da unten« eingießt. Wenn der Autor sein Tugendkatalogprojekt damit umreißt, daß er »Coolness« (begriffen als weltmännische Lässigkeit) und »Kindness« (verstanden als mitfühlende Güte) vereinen wollte, spricht daraus eigentlich genau die formvollendete, globalistische Glätte,

die das Werk (und so sollte man es durchaus nennen) eben nicht aufweist. Und auch dieser hohe Ton bei gleichzeitigem Haltsuchen in gängigen, vielmehr: elaborierten Anglizsmen, dieses Ich-bin-auch-bloß-einer-von-euch-Tiefstapeln – es wirkt nie kokett, sondern authentisch. Von Schönburg schreibt als einer, der mit dem klassischen Tugendkanon großgeworden ist, als Adeliger, der längst ein (Berliner) Großstadtleben führt, »mir steht keine andere Perspektive zu Verfügung.« Er gesteht, daß er selbst hier und dort gelegentlich oder oft versagt – auch Zurücknahmen wie diese machen das Buch in seiner ernsten Heiterkeit so eminent lesenswert.

Was also lehrt er uns, beispielsweise in punkto »Klugheit«, die nach Thomas von Aquin die Vorbedingung für sämtliche andere Tugenden sei? Klugheit ist nicht »Cleverness«, sie umfaßt einerseits *docilitas,* die Bereitschaft, sich belehren zu lassen, sprich, sich nicht von Algorithmen der eigenen Filterblase leiten zu lassen. Andererseits *solertia,* wiederum ein thomistischer Wink: die Fähigkeit, komplexe Situationen rasch zu erfassen und umgehend die richtige Entscheidung zu treffen. Wie aber? Das führt zum Kern aller Tugendübung: Durch das Einschleifen der rechten Handlungen und Einstellungen. Tugendtraining heißt, Tag für Tag, Schritt für Schritt durch Gewohnheit und gute Gesellschaft die beste Version seiner selbst aus sich herauszuholen. Tauglich auch, was der Autor uns über die Tugend des »Dekorum« lehrt, frei übersetzt: sich zusammennehmen. Das reicht von adretter Kleidung (auch im Sommer nicht alle Hüllen fallen lassen bedeutet, daß man dem Wetter überlegen ist!) und führt den Autor dazu, seine Kinder anzuhalten, am Circus Maximus sich mit »ähnlicher Pietät wie in einer KZ-Gedenkstätte zu bewegen.« Muß man das alles so eng sehen? Nein. Die Sünde verabscheuen, jedoch die Sünder lieben – das ist hier ohnehin (Stichwort: »Milde«) die Devise. Aber: Man muß die Regeln kennen, die Formen verinnerlicht haben, um sie dann und wann – es kann angebracht sein! – brechen zu können.

Ein paar der kleinen (und eher kniggeartigen) Tips, die nebenbei als auflockernde Seiten eingefügt sind, mag man als nebensächliche Geschmacksfragen abheften: Ist es wirklich ein absolutes Unding, nach der »Toilette« zu fragen? Darf wirklich niemand nie je einen schwarzen Anzug tragen? Muß eine Einladung zum Abendessen wirklich strikt nach der Nahrungsaufnahme ihr Ende haben?

Adelstypisch sind auch die kleinen Seitenhiebe auf das bekanntermaßen verkorkste, nie romanisierte Ostelbien: Die Sachsen seien eben durch die dauernde, jahrhundertlange Nähe zur Barbarengrenze gleichsam notgedrungen zu einem xenophoben und rauhen Stamm geworden – daß von Schönburg selbst nebenbei auch einer »von Glauchau« ist, wiewohl er diesen Titelanhang nicht offen führt, sollte man wissen. Warum aber all diese Anstrengung in einer oft erbarmungslosen Welt, die demjenigen mehr Meriten verheißt, der sich tugendbefreit in ihr bewegt? Diese Frage nun beantwortet der Autor leichterhand: Weil die Abkehr von der Tugend in die Hölle führt.

Alexander von Schönburg hat eine Kulturkritik vorgelegt, die es in sich hat, aber ohne Schaum vorm Mund und ohne herabgezogene Mundwinkel: voilà!

ELLEN KOSITZA ■

Asiatische Epoche für Einsteiger

Karl Pilny: ***Asia 2030. Was der globalen Wirtschaft blüht,*** **Frankfurt a. M.: Campus 2018. 328 S., 26.95 €**

Der Wirtschaftsanwalt Karl Pilny verfügt über stupende Kenntnisse der asiatischen Märkte und ihrer Staaten. *Asia 2030* ist für ein deutschsprachiges Publikum geschrieben, das zuvörderst aus Unternehmern und ihren Mitarbeitern, Juristen und Asienlaien besteht, die Interesse an dem Großraum und seinen Einzelgliederungen aufweisen. So erklärt sich die flotte, einfache Sprache und der überblicksartig nach Ländern und Themenblöcken strukturierte Aufbau. Diese Feststellung ist nicht kritisch intendiert, sondern empfiehlt sich für ein Werk, das es sich zum Ziel gesetzt hat, eine Einführung in ein kommendes asiatisches Zeitalter zu bieten, das nicht nur von China allein bestimmt wird, sondern auch von Japan, Indien, Indonesien, Südkorea, den Philippinen und Vietnam. Eine wissenschaftliche Darstellung benötigte dafür mehrere Bände und müßte aufgrund der rasanten Entwicklungen fortwährend aktualisiert werden; daher ist die populärwissenschaftliche Zugangsweise Pilnys notwendig, ebenso wie eine einfache These, die der Autor Stück für Stück untermauert: »Eurasia«, so der Berliner Asienexperte, sei »die wichtigste und größte sowie komplexeste geographische Region der Welt«, für die »Connectivity« das neue »Zauberwort« sei. Entlang dieser Marschroute stellt Pilny kompakt wie kenntnisreich die einzelnen Bausteine der eurasischen bzw. vor allem ostasiatischen Sphäre vor. Die einzelnen Länder – von China bis Singapur – werden vorgestellt, ihre Besonderheiten untersucht, ihre Potentiale und Widersprüche diskutiert. Anschließend skizziert der Autor für diese Nationen die verschiedenen Schwerpunkte; er berührt ökologische Fragen ebenso wie die Ressourcenkonkurrenz oder neue Entwicklungswege der »Industrie 4.0« rund um 3-D-Drucker, Robokratie und synthetische Biologie.

Das alles ist lesenswert, informativ und kurzweilig zugleich, obschon die Abkürzungsflut das Lesevergnügen bisweilen untergräbt:

Ob ASEM, OBOR, AIIB, NRIs, PIOs und Dutzende mehr – Pilny hat sie alle.

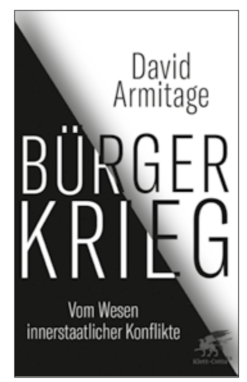
Das Entscheidende an *Asia 2030* ist jedoch, daß der Aufschwung Asiens zur ökonomisch bedeutendsten Region der Welt sehr anschaulich dargelegt wird, so daß es wirklich jeder Leser begreift und nach erfolgter Lektüre mindestens über einen Grundstock an Basiswissen verfügt. Gewisse Redundanzen im Werk sind in diesem Lesebuch und Nachschlageeinstiegswerk daher nicht störend. Sie dienen vielmehr der notwendigen Einprägung von Zahlen, Fakten, Informationen und – Abkürzungen.

BENEDIKT KAISER ■

Was ist ein Bürgerkrieg?

David Armitage: *Bürgerkrieg. Vom Wesen innerstaatlicher Konflikte,* Stuttgart: Klett-Cotta. 384 S., 25 €

Als Kain seinen Bruder Abel erschlug, beging er nach Vorstellung des Christentums das erste Verbrechen der Menschheit. Das Verstörende dieser Tat liegt nicht nur in ihrer Blutrünstigkeit, sondern vor allem in dem Grauen, Gewalt gegen den am allernächsten Stehenden anzuwenden. Der Kampf zwischen Brüdern wurde zum Symbol dafür, daß aus politischer Eintracht mörderische Zwietracht werden kann. Betrachtet man die Geschichte der Menschheit, scheint dies ihr Fluch zu sein. Von den zwischen 1816 und 2001 erfaßten 484 einzelnen Kriegen stellen jüngsten Auswertungen zufolge 296 Bürgerkriege dar. Der Harvard-Professor David Armitage nähert sich mit seiner Abhandlung *Bürgerkrieg* nun dem Phänomen aus ideengeschichtlicher Perspektive. Wie so oft zeigt der Blick auf das englische Original die Unfähigkeit deutscher Verleger, treffende Untertitel zu generieren. Denn Armitage geht es tatsächlich um *A History of Ideas* und nicht darum – wie die deutsche Ausgabe suggeriert –, »vom Wesen innerstaatlicher Konflikte« zu berichten. Armitage strebt keine Theorie des Bürgerkrieges an, er möchte nicht politische, kulturelle und psychologische Auswirkungen dieses Zivilisationsbruchs auf ein Kollektiv ergründen, sondern darlegen, wie die Deutung des Bürgerkriegs zu einem selbständigen Narrativ wurde, welches die Menschheit seitdem begleitet. Seine Darstellung wird von einem optimistischen Blick geleitet, für Armitage sind Bürgerkriege »weder unendlich noch unerklärlich«. Im Gegenteil, er ist der Überzeugung, daß der Mensch die Deutungshoheit über diese zurückgewinnen muß, um nicht ewig Getriebener in der Spirale aus Zwietracht und Gewalt zu bleiben. Zu diesem Zweck führt er den Leser mit kundiger Hand durch die Jahrhunderte. Die zahlreichen Mosaikstücke unterschiedlichster innerstaatlicher Konflikte setzt er zu einem Panorama der Bürgerkriegsgeschichte zusammen, das von der Antike bis zum heutigen Syrien reicht.



Die erste große Erzählung des Bürgerkrieges macht Armitage bei den Römern und nicht bei ihren griechischen Lehrmeistern aus. In ihrem Konzept der gesellschaftlichen Spaltung *(stasis)* will er deutliche Unterschiede zum *bellum civile* der Römer erkennen. Anders als bei den Römern sei für die antiken Griechen ein Krieg innerhalb der *polis* im metaphysischen Sinne nicht vorstellbar gewesen, lautet Armitages Fazit. Dies bringt ihn in deutlichen Widerspruch zu Giorgio Agambens Neuinterpretation des Bürgerkrieges (*Stasis,* 2015), die überwiegend auf der griechischen Theorie basiert.

Für die Römer hatte der *bellum civile* etwas zutiefst Beunruhigendes. Den Begriff daher zuerst nur widerwillig nutzend, drängte sich römischen Historikern zunehmend die Vorstellung auf, die eigene Geschichte bestehe hauptsächlich aus einer Reihe von Bürgerkriegen. Daraus ergab sich das erste Narrativ des Bürgerkrieges, welches darüber hinaus bis zur Neuzeit bestehen sollte: Er wurde als wiederkehrender und unverhinderbarer Zivilisationsbruch aufgefaßt. Armitage macht nun einen Sprung durch die Jahrhunderte, um bei den drei ideengeschichtlichen Wendepunkten in der Bewertung des Bürgerkrieges anzusetzen, die er für entscheidend hält. Den ersten erkennt er im ausgehenden 18. Jahrhundert. Dort tritt die Revolution als neue Kategorie des tiefgreifenden und gewaltsamen Umbruchs auf. Die Idee des Bürgerkrieges als sich wiederholendes Übel wird nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung durch die Vorstellung einer selbst initiierbaren Revolution ersetzt. Armitage verweist auf den interessanten Umstand, daß der Bürgerkrieg in Lexika der Aufklärung nicht mehr als Begriff auftaucht. So gedachte man diese reaktionäre Erscheinung für die Zukunft auszumerzen. Die Revolution aber gilt seitdem vielen als legitimes und notwendiges Mittel, um verkrustete gesellschaftliche Zustände zu sprengen.

Den nächsten drastischen Perspektivwechsel macht Armitage in der Mitte des 19. Jahrhunderts aus. Mit dem amerikanischen Sezessionskrieg (1861–1865) treten die Historiker als Deuter dieser Konfliktart zurück, und Juristen rükken an ihre Stelle. Von nun an gilt es, dem Bürgerkrieg die barbarische Urgewalt zu nehmen und ihn zu zivilisieren, indem man ihn in rechtlichen Kategorien einzuhegen versucht. Dies gelingt nur bedingt – auch im ausgehenden 19. Jahrhundert bleibt der Bürgerkrieg etwas schwer Begreifbares, was dazu führt, daß allein für den Sezessionskrieg 120 verschiedene Bezeichnungen existieren. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der Bürgerkrieg zu einer alltäglichen Erscheinung. Er liegt seitdem im Deutungsbereich der Sozialwissenschaftler, die ihn mit einem

technokratischen Terminus als »innerstaatlichen Konflikt« abstrahieren. Für Armitage fehlt jedoch eine abschließende Definition des Bürgerkrieges, die über den Minimalkonsens der Genfer Konvention hinausgeht, welche 1949 vom »Fall eines bewaffneten Konfliktes, der keinen internationalen Charakter hat« spricht. Bezeichnend hierfür ist der bis heute schwelende Streit um den Zustand des Iraks nach der US-amerikanischen Invasion 2003: Bürgerkrieg oder nicht? David Armitages schlüssige ideengeschichtliche Arbeit kommt dem Phänomen einen Schritt näher.

CASSIAN HEIDT ▪

Ostpreußen: Trauer? Wut!

Klaus-Jürgen Liedtke: *Nachkrieg und die Trümmer von Ostpreußen. Ein Roman aus Dokumenten,* Berlin: Die andere Bibliothek 2018. 413 S., 42 €

Vor zehn Jahren veröffentlichte Klaus-Jürgen Liedtke (geb. 1950), der bis dahin vor allem als Übersetzer skandinavischer Literatur hervorgetreten war, eine literarische Dokumentation über das ostpreußische Dorf seiner Vorfahren. Aus den mündlichen und schriftlichen Erinnerungen rekonstruierte er darin eine »versunkene Welt« (so der Titel), bevor auch diese letzten Bindungen verschwinden und Ostpreußen völlig fremd wird. Sein neues Buch schließt daran an, indem Liedtke diesmal seinen eigenen Prozeß der Aneignung der familiären Vergangenheit dokumentiert.



Ausgangspunkt ist seine Abstammung von Vertriebenen, die alles verloren hatten und sich in der Bundesrepublik mühsam ein neues Leben aufbauen mußten. Die Erinnerung an die Vergangenheit war bei ihnen daher vor allem der Rückblick auf eine heile Welt, die nun ausgelöscht war. Darin bestand der wesentliche Unterschied zu den Erinnerungen derjenigen, die kein Vertreibungsschicksal zu erleiden hatten. Auch ihre Welt hatte sich geändert, aber dieser Wandel vollzog sich am selben Ort und im Detail keineswegs so schlagartig, daß auf einmal alles in Frage gestellt worden wäre. Bei den Vertriebenen sind die Orte verloren, zerstört, besetzt und existieren nur in der Erinnerung, in der es keinen Wandel gibt.

Liedtke bietet auch in seinem neuen Buch eine Collage, die vor allem aus seinen eigenen Erinnerungen und Aufzeichnungen besteht. Erinnerungen an die Kindheit sind ebenso darunter, wie Tagebucheintragungen von Reisen nach Ostpreußen und von Archivbesuchen, Lebensläufe von Verwandten, Gespräche mit Verwandten (die es bis nach Kanada verschlagen hat), Gedichte, aber auch fremde Tagebücher (darunter ein Kriegstagebuch) und Erinnerungen Dritter (an die Vertreibung und die ersten Jahre danach). Sie sind nicht chronologisch angeordnet, sondern springen zwischen den Zeiten hin- und her. Liedtke hebt damit gleichsam die Ebene der unreflektierten Erinnerungen der *Versunkenen Welt* auf.

Die Ebenen reichen von den kulturellen Einbußen, die mit dem Verlust Ostpreußens verbunden waren (ausführlich widmet sich Liedtke dem Schloß Klein Beynuhnen und der dortigen Sammlung von Abgüssen nach Antiken, die heute verschollen sind) bis hin zu aktuellen Diskussionen über die Bewertung der Vertreibungen. An diesen Stellen verläßt Liedtke den traurig-reflexiven Duktus und wechselt in einen polemisch-zornigen. Er zitiert einen Artikel aus der *Zeit,* in dem es heißt, daß die Deutschen sich mit Vorliebe ins eigene historische Leid versenken und das Gedenken an Auschwitz nur »nachschieben« würden und fragt: »Sich zu versenken? Eher ist es so, daß ich mich dahinein verbissen habe. Mein Erbteil ist die Wut darauf, keinen Ort mehr zu haben … Das eigene Trauma beginnt nicht mit Auschwitz, sondern mit dem Körper und den Gerüchen der Großmutter, den Erzählungen des Großvaters, mit ihrer Trauer und Gebrochenheit … Und einem unterdrückten Schrei nach Wiedergutmachung.«

Liedtke gelingt es mit seinem engagierten Buch, eine Dimension der Vertreibungsgeschichte zu ihrem Recht kommen zu lassen, die bislang kaum in den Blick genommen wurde: die Geschichte derjenigen, die als Kinder von Vertriebenen aufwuchsen, die sich fundamental von denjenigen unterscheidet, die ihren Ort behalten konnten. Warum einen dieses Thema niemals losläßt, warum es jede Generation neu erfährt, macht Liedtkes Buch verständlich. Gleichzeitig versucht es, die Erinnerung an Ostpreußen wieder von den Überkrustungen der Geschichtspolitik zu befreien, indem es ihm ein eigenes Recht jenseits von nachgereichten Kausalitäten zugesteht.

ERIK LEHNERT ▪



Schiller als Digitalfighter

Manfred Spitzer: *Die Smartphone Epidemie. Gefahren für Gesundheit, Bildung und Gesellschaft,* Stuttgart, Klett-Cotta 2018. 368 S. 20 €

Manfred Spitzer hat wieder geliefert. Nach *Vorsicht Bildschirm!* (2005), seinem Verkaufsschlager *Digitale Demenz* (2012; siehe *Sezession* 51/2012) und *Cyberkrank* (2015) hat Spitzer, Jahrgang 1958, erneut ein dickes Buch zu *seinem* Thema verfaßt. Die Essenz von *Die Smartphone-Epidemie* in Kürze: Smartphones machen dick, dumm, aggressiv. Kann man das so sagen? Angesichts der offenkundig vielen schlanken, schlauen, pazifistischen Smartphone-Nut-

zer? Nun – wo gehobelt wird, da fallen Späne. Muß man hobeln, wo auch die feine Feile zur Verfügung stünde? Darüber könnte man streiten. Nur, stehen wir, steht Spitzer nicht in einem Wettbewerb, wo alle anderen ausschließlich den Hobel bedienen? Die Rede von den »Chancen und Potentialen« der digitalen Wende ertönt aus tausend Mündern. Nehmen wir nur Anja Karliczek (CDU), unsere Bildungsministerin. Sie steht hinter dem Digitalpakt, der fünf Milliarden Euro an Steuergeldern abwerfen wird, um unsere Kinder digital »zukunftsfähig« zu halten. O-Ton Karliczek: »Ich habe mich immer geärgert, wie schwer es Geschichtslehrern fällt, Schüler für ihre Themen zu interessieren. Wenn ich mir moderne historische Dokumentationen mit nachgestellten Szenen anschaue, denke ich: Wow! Zum anderen kann die digitale Bildung das Lernen individualisieren: Ein Kind, das richtig gut ist, bekommt schwierigere Aufgaben als ein Klassenkamerad, der sich schwerer tut. (…) Wir werden Infrastruktur bezahlen: das Verkehrsministerium die Breitbandzugänge für die Schulen. WLAN, Smartboards oder stationäre Endgeräte übernimmt das Bildungsministerium. Aber wir wollen auch eine bundesweite Schulcloud einrichten, in die zum Beispiel Filme hochgeladen werden.« Ja, das klingt … cool. Frau Karliczek, die »intensive Lernerfahrungen durch digitale Bildung ermöglichen« will, ist gelernte Hotelfachfrau. Manfred Spitzer ist Hirnforscher und als Psychiater tätig, er ist sowohl in Medizin als auch in Philosophie promoviert. Daher stellt es eine Zusatzqualifikation dar, wenn sich ein derart Gelehrter auch an der Werkbank versteht, wie er es hier erneut vorführt. Wir alle ahnen, daß die Lobhudeleien auf die *smart new kids* hanebüchen sind. Wie soll ein Kind durch das flimmernde Viereck Orientierung finden, wenn selbst die meisten Erwachsenen durch FakeNews und Ablenkungslinks gehirngewaschen sind? Daß sich die Suizidrate US-amerikanischer Mädchen seit Einführung des Smartphones verdoppelt hat; daß sich die schulischen Leistungen und Ergebnisse eines Landes ungefähr im selben Maße verschlechtert, gemessen daran, wieviel Geld das Land für den Ausbau seiner digitalen Infrastruktur ausgegeben hat; daß das Einstiegsalter der Smartphonenutzung sukzessive sinkt (manche Eltern finden es soo niedlich, wenn ihr Zweijähriges schon »wischen« kann!) und sich die Nutzungsdauer zugleich erhöht; daß Einkommenshöhe und Smartphonenutzung negativ korrelieren; daß die umfassende Computerisierung vor allem den schwächeren Schülern schadet: Spitzer behauptet dergleichen nicht nur, sein Buch ist ein Wegweiser durch Dutzende wissenschaftliche Studien. Digitale Medien schaden den Kindern auch, wenn nur die Eltern sie nutzen: Jeder kennt die Muttis, die den Kinderwagen schieben und dabei den kleinen Bildschirm vor Augen haben. Die Vatis, die am Sandkastenrand sitzen und tippen, statt zu bemerken, welch tollen Höhlengang der Kleine grad erschaffen hat. ADHS ist nur eine der Diagnosen, die solchen Kindern ins Haus steht, deren Eltern das Gerätchen interessanter schien als das lebendige kleine Wesen. In einer Fußnote erwähnt Spitzer, daß Angela Merkel bei der Eröffnung der Gamescom, *der* Computerspielmesse, ernsthaft Schiller zitierte: »Der Mensch ist nur da ganz Mensch, wo er spielt.« Im Ernst? Hat Schiller damit Computerspiele antizipiert? Keine Mutter, kein Vater ist in Wahrheit froh, den Sohn oder die Tochter mit geneigtem Kopf (geneigt über eine Bildschirmoberfläche) zu sehen. Wir alle wünschen uns Kinder mit aufrechtem Gang, mit wachem Blick für die unmittelbare Umwelt. Niemand will Kinder, die permanent unter Strom stehen. Kurze Skepsis: Hat Dr. Dr. Spitzer denn Kinder? Oh ja: sechs. Um erneut Schiller zu zitieren, der bekanntlich nicht nur zu Computerspielen Bescheid wußte: »Liebe Freunde! Es gab schönre Zeiten / Als die unsern – das ist nicht zu streiten!« Den neuen und erneut kulturpessimistischen Spitzer sollte man lesen oder verschenken: An Leute mit Bedarf an Gegengift.

ELLEN KOSITZA ■

Er muß es ja wissen

Martin van Creveld: *Hitler in Hell. Was er noch zu sagen hätte …*
Graz: Ares Verlag 2018. 416 S., 29.90€

In drei Großkapitel geteilt, läßt der bekannte israelische Militärhistoriker van Creveld Hitler sein Leben nacherzählen: auftrumpfend, allwissend und schockierend offen. Wien war die Schule seines Lebens. Nach München zog er, weil er im verachteten Habsburgerreich keinen Wehrdienst leisten wollte. Der Krieg ist ihm wie eine Erlösung erschienen, jedoch wich die anfängliche Begeisterung bald dem Schrecken. Für die Niederlage verantwortlich war das Fehlen einer schlagkräftigen Propaganda, wie sie die Gegner betrieben. Hitlers Schluß: Propaganda müsse nicht wahr, sie müsse überzeugend sein. Die Kriegsniederlage Deutschlands trieb ihn in die Politik. Der Zorn auf die politischen Umstände der Jahre 1918/19 habe aus ihm einen wirksamen Redner gemacht.

Die erste Maßnahme nach der Machtergreifung sei ein Treffen mit den höchsten militärischen Führern der Reichswehr gewesen, wobei Hitler ihnen eröffnete, umfangreich aufzurüsten. Obwohl die Generalität sich darüber freute, wollte sie unter keinen Umständen Krieg führen. Die Generäle seien Waschlappen gewesen, keine Bluthunde, die man an die Kette legen mußte. Viele ihres Standes seien im Innersten Feiglinge gewesen. Nur die Lage in der Bundeswehr sei noch schlimmer: »Heute scheint Feigheit in Berlin kein Hindernis auf dem Weg ins

Oberkommando zu sein, sondern eine Grundvoraussetzung dafür.« Hitler wollte den Krieg mit Polen. Priorität habe für ihn immer die Lebensraumfrage und das Verhalten Rußlands gehabt. Mit der Entscheidung, sich nach Osten zu wenden, habe er Englands letzte Hoffnung, seinen »Festlandsdegen«, ausschalten und damit gleichzeitig das Überleben des deutschen Volkes für die kommenden 1000 Jahre sicherstellen wollen. Der Krieg habe ihn davon abgehalten, Europa so umzuformen, wie er es geplant hatte. Aber er habe ihm erlaubt, den Kontinent von den Juden zu befreien. Und er habe niemandem gestattet, ihn von diesem Ziel abzubringen. Hitler bekennt, er allein sei verantwortlich für die Ermordung der Juden.

Durch den Mund des »Führers« kritisiert der Autor manche Fehlentwicklung. Dies trifft etwa auf »Hitlers« vernichtendes Urteil über die mangelnde Kampfkraft westlicher Truppen nach 1945 zu. Heutige Soldaten seien »hilflose Fachidioten und Weicheier« Creveld selbst läßt sich von Hitler als »einen bedeutenden israelischen Historiker« loben, der geschrieben habe: »In der gesamten Geschichte findet man keine Soldaten, die besser gekämpft hätten als unsere deutschen im Zweiten Weltkrieg.« Wie Creveld sagt sein Alter ego u.a., daß Frauen in den Streitkräften sich viel mehr Verletzungen zuziehen als Männer, und daß in fünf Jahren NS-Herrschaft für weibliche Berufstätige mehr geleistet wurde als in der Weimarer Republik. Die Art der Darstellung gestattet es dem Autor, zahlreiche Thesen, Analysen und Interpretationen seiner Historiker-Kollegen zu Hitler – von diesem selbst – als haltlos vom Tisch zu wischen, etwa zu dessen Antisemitismus, zu seinem Verhältnis zu Frauen, seiner physischen und psychischen Gesundheit usw. Denn wer wüßte besser als Hitler selbst, wie es wirklich gewesen ist?

OLAF HASELHORST ▪

Deus vult

Felix Dirsch, Volker Münz, Thomas Wawerka (Hrsg.): ***Rechtes Christentum? Der Glaube im Spannungsfeld von nationaler Identität, Populismus und Humanitätsgedenken,*** **Graz: Ares Verlag 2018. 251 S., 19.90 €**

Als einen »säkularisiert – universalisierten Humanitarismus« bezeichnen die Herausgeber in ihrer Einleitung die »Flüchtlingspolitik« der Regierung Merkel. Die von den Eliten »forcierte Einwanderung« entspreche ebenso wie die »weitere Abtretung von Hoheitsbefugnissen an die EU, Gender–Mainstreaming, kostenintensive Umverteilung im Zuge eines angeblich primär menschengemachten Klimawandels, der ›Ehe für alle‹ und so fort nicht den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung«. Doch wie steht es mit den Großkirchen und ihren Führungskadern? Sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – schweigen zum »Marsch für das Leben« ebenso wie zu den zahllosen Gewaltaktivitäten des Linksterrorismus. Sie legen wie Kardinal Woelki und Kardinal Marx bei der Diffamierung sogenannter »Rechtspopulisten« eine Zeitgeistkonformität an den Tag, die erbärmlich ist. Natürlich bleiben auch vom EKD-Vorsitzenden Bedford-Strohm die Gefahren der Islamisierung, der ungezügelte Haß auf Juden durch muslimische Einwanderer und die Christenverfolgung in islamischen Staaten unerwähnt. All dies schreit förmlich danach, die politischen Positionen »rechter Christen« deutlich zu machen.

Felix Dirsch skizziert in seinem Beitrag »Entwicklungslinien des Rechtskatholizismus von der Französischen Revolution bis zu aktuellen Diskussionen«, Intellektuelle von Joseph de Maistre, dem großen »Liberalismus-Verweiger« (Sloterdijk) über Carl Schmitt, der sich noch 1932/33 in rechtskatholischen Zirkeln bewegte, die sich um einen Brückenschlag zwischen katholischen Reichsvisionären und dem sich ankündigenden »Dritten Reich« bemühten, bis zu Ottmar Spann und Martin Spahn. Spann, der über Österreich hinaus großen Einfluß besaß und als »Ideengeber der konservativen Revolution« gilt, den Ständestaat propagierte und mehrere Monate im KZ Dachau inhaftiert war, ging im Gegensatz zu Martin Spahn nicht den Weg zum National-Sozialismus, den jener nach seinen Anfängen im liberal-katholischen Zentrum und späteren Übertritt in die DNVP Hugenbergs wagte. Bis 1945 blieb er Mitglied der NSDAP, kam jedoch zu der Auffassung, daß Rechtskatholizismus und NS unvereinbar waren. Im demokratischen Rechtskatholizismus der Gegenwart verortet Dirsch Publizisten und Intellektuelle wie Matthias Matussek, Alexander Kissler, Alexander Pschera und Pater Ockenfels. Leider bleibt der dem Traditionalismus nahestehende Romancier Martin Mosebach ebenso unerwähnt wie die Priesterbruderschaft St. Pius X.

Es kann hier nicht auf alle Aufsätze des Bandes eingegangen werden. Hingewiesen sei jedoch auf die Beiträge von Stefan Winckler (»Lehrer und AfD: ein problematisches Verhältnis?«), der zwei Schülerinnen vorstellt, die die politische Beeinflussung durch viele Lehrer gegen die AfD thematisieren; Martin Lichtmesz' »Notizen über Christentum, Populismus und die Religion des Globalismus«, in denen der Autor an Papst Johannes Paul II. erinnert, der 1985 in einem Rundschreiben die Achtung vor den erweiterten Bluts- und Kulturbanden der Nation und des Volkes anmahnte und Caroline Sommerfelds Beitrag »Gegen Allahu akbar hilft nur Deus vult!«, in dem sie Robert Spaemann zitiert, der an den »tausendjährigen Abwehrkampf der christlichen Zivilisation gegen die islamische Eroberung« erinnert.

WERNER OLLES ▪

Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2019 im siebzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

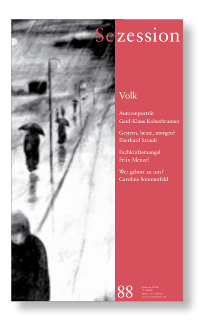
- 50 € im Normalbezug,
- 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- 75 € im Förderabonnement,
- 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2019

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Buch *Die große Autorenschlacht* von Günter Scholdt portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2019, 17. Jahrgang



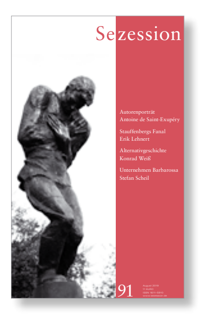
Heft 88 / Februar / 11 €
Thema: »Volk«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Gerd-Klaus Kaltenbrunner

Eberhard Straub
Volk: gestern, heute, morgen?

Felix Menzel
Fachkräftemangel

Caroline Sommerfeld
Wer gehört zu uns?



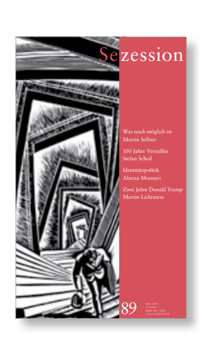
Heft 91 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Antoine de Saint-Exupéry

Erik Lehnert
Stauffenbergs Fanal

Konrad Weiß
Alternativgeschichte

Stefan Scheil
Unternehmen Barbarossa



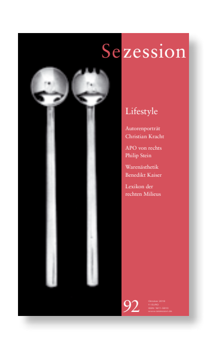
Heft 89 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Martin Sellner
Was noch möglich ist

Stefan Scheil
100 Jahre Versailles

Alireza Mousavi
Identitätspolitik

Martin Lichtmesz
Zwei Jahre Donald Trump



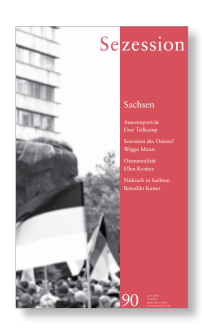
Heft 92 / Oktober / 11 €
Thema: »Lifestyle«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Christian Kracht

Philip Stein
APO von rechts

Benedikt Kaiser
Warenästhetik und Post-Politik

Lexikon der
rechten Milieus



Heft 90 / Juni / 11 €
Thema: »Sachsen«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Uwe Tellkamp

Wiggo Mann
Sezession des Ostens?

Ellen Kositza
Ostmentalität

Benedikt Kaiser
Niekisch in Sachsen



Heft 93 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Theodor Fontane

Götz Kubitschek
Was wir lesen

Till-Lucas Wessels
Neue Gedichte

Ellen Kositza
Das war 2019

Gib acht, daß du dir den Fuß nicht wundläufst und daß deine Kehle nicht durstig wird. Du aber sagst: Nein, laß mich! Denn ich bin verliebt in die Fremden und will ihnen nachlaufen.

Jeremia 2, 25